

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Versand-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehobene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Beraternungs-Kategorien 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das fertige Gedruckte Wort 20 Pf. (zuzüglich 2 fertige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphische Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Dienstag, den 14. Mai 1912.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

Selbentmannung der preußischen Duma.

Dieser Ruf ertönte aus dem Munde unseres Genossen Hoffmann, als der Vizepräsident Dr. Borisch am Montag im Abgeordnetenhaus verkündete, daß von 335 Abgeordneten nicht weniger als 319 in namentlicher Abstimmung den Ausschluß Vorchardts als gerechtfertigt erklärt hatten. Tatsächlich hat sich die „Vertretung“ des preußischen Volkes damit selbst ihr Urteil gesprochen und der Blamage, die Herr v. Erffa dem Parlamentarismus bereitet hat, die Krone aufgesetzt. Unseren Freunden mußte natürlich daran gelegen sein, die Namen derer, die den präsidialen Gewaltakt billigten, für ewige Zeiten festzuhalten und sie an den Pranger zu stellen; sie hatten deshalb namentliche Abstimmungen beantragt. Der Umstand, daß ein ähnlicher Antrag von konservativer Seite gestellt war, rief im Hause lebhafteste Heiterkeit hervor. Das Resultat der Abstimmung ist beschämend: Nur die sechs Sozialdemokraten und die beiden Dänen stimmten gegen den Präsidenten; sechs Polen und zwei Fortschrittler Runge und Wenk enthielten sich der Abstimmung, alle anderen, darunter Herr v. Erffa selbst, hatten den traurigen Mut, mit den Gewalttätigkeiten ihr Einverständnis zu bekunden. Besonders Eifer legte der Fortschrittler Cassel an den Tag, der erst nach dem Namensaufruf atemlos im Saale erschien und als letzter nachträglich noch durch sein Ja bestätigte, daß er ebenso wie die große Mehrzahl seiner Freunde zu den artigen Kindern gehört. Vielleicht verzeihen die Konservativen nun den Fortschrittler das Wahlbündnis mit der Sozialdemokratie.

Die Schmach des Freisinn wird auch dadurch nicht geringer, daß man schon vorher wußte, daß er sich offen auf die Seite der Reaktion stellen würde, wie das ja schon am Sonnabend beschlossen und der Welt verkündet worden war. Denn wenn der Freisinn selbst unfähig war, in dieser doch so klaren Situation den richtigen Weg zu erkennen, so hatten wir uns ja seiner noch in letzter Stunde angenommen, indem wir ihm nachwies, daß er in der schreiendsten Form die elementarsten Prinzipien des Liberalismus mit Füßen trete, wenn er durch seine Abstimmung das verfassungs- und gesetzwidrige Vorgehen des Präsidenten aus den subalternen formalen Gesichtspunkten heraus demonstrierend gutheißte, um sich nachher hinter eine aussichtslose Demonstration zu verkriechen! Denn die Aktion, die der Freisinn ja bezeichnenderweise auch erst an zweiter Stelle ankündigte, daß er nämlich einen Antrag auf Aufhebung des § 64 einbringen werde, wird ja, wie er ganz genau weiß, kläglich verpuffen. Sie wird bei der Reaktion nur ein höhnisches Nicken oder gar verächtliches Augenzwinkern erregen, insofern nämlich die Reaktion die Kläglichkeit und Unaufrichtigkeit der freisinnigen Retirade hinter dem Antrag ebenbürtig durchschaut, wie sie die Volksmassen durchschauen! Nein: Wollte der Freisinn wirklich einmal Mannesmut beweisen, wollte er zeigen, daß ihm das Prinzip mehr ist als ein fadenförmiges Dekamantelchen, so müßte er in dieser Frage Farbe bekennen!

War das Vorgehen des Präsidenten auf Grund des § 64 gesetzwidrig, so vermochte keine formalistische Sandhabe, und wäre sie an sich noch so stichhaltig gewesen, die Verfassung und Gesetzwidrigkeit der präsidialen Annahme schmachtend zu machen. Besäße der Freisinn auch nur eine Spur wirklich demokratischen Sinnes, so war ihm seine Pflicht klar vorgeschrieben: nämlich gegen die Billigung des Sinau- wirts Vorchardts zu stimmen. Müßten diese volksparteilichen Kleinigkeitstämmer und Sittenwächter nun einmal auch bei dieser Gelegenheit ihre bürgerlich-guten Manieren im Gegensatz zu der ruppigen Proletengarde manifestieren, so hätten sie ihr Nein ja einfach durch einen offiziellen Erguß dahin motivieren können, daß ihnen das Prinzip gebiete, die Beschwerde Vorchardts anzuerkennen, wenn ihnen auch ihr zartbesaitetes Gemüt und ihre „Kinderstube“ verbiete, die Unerzogenheit und Störrigkeit des Abgeordneten Vorchardt zu entschuldigen.

Aber der Fortschrittlichen Volkspartei gingen die „guten Manieren“ über alles. Ihre glorreichen Reminiscenzen aus der Kinderstube beherrschten sie derart, daß sie auch das preußische Abgeordnetenhaus mit der Kinderstube verwechselten, ihre Wohlgezogenheit über das demokratische Prinzip stellten und der Reaktion krupellos in die Hände arbeiteten!

Und wenn die wohlgezogenen Herren Freisinnigen sich heuchlerisch darauf berufen möchten, daß ja gerade die Rückficht auf das „parlamentarische Wesen“ ihre heldenhafte Retirade bedingt habe, so möchten wir doch auch diesen Punkt an der Sand der freisinnigen Begründung selbst noch einmal in helles Licht setzen.

Die Frage nach dem juristischen Recht oder Unrecht scheidet dabei vollständig aus. Denn so klar es ist, daß der famole § 64 gegen das Strafgesetzbuch verstößt — ebenso klar ist es, daß eine liberale Partei selbst dann gegen seine Handhabung stimmen müßte, wenn sie nicht strafbar wäre.

„In der Ueberzeugung, daß die Ordnung des Hauses gewahrt werden muß, wenn nicht das parlamentarische Wesen selbst schweren Schaden leiden soll, hat die Fraktion beschlossen, durch die Abstimmung zum Ausdruck zu bringen, daß der Präsident nach den jetzt geltenden Bestimmungen der Geschäftsordnung berechtigt war, von den ihm zu Gebote stehenden disziplinarischen Mitteln Gebrauch zu machen.“

So lautet die Begründung, die die „fortschrittliche“ Landtagsfraktion am Sonnabend in die Welt hinaus sandte. Also das „parlamentarische Wesen“ leidet Schaden, wenn die Ordnung gestört wird. Wird denn aber nicht das „parlamentarische Wesen“ durch eine solche Wahrung der Ordnung vollständig aufgehoben, also noch vielmehr als bloß geschädigt?

Wir bitten unsere Leser, nicht zu vergessen, daß das „parlamentarische Wesen“ doch auch eine spezifisch liberale Institution ist, daß also die Liberalen das allergrößte Interesse an seiner Erhaltung haben und daß sie deshalb höchst energisch gegen seine Umkehrung und seinen Mißbrauch auftreten müßten.

Worin besteht nun das „parlamentarische Wesen“? Durch den Mund ihrer Abgeordneten sollen die Wähler teilnehmen an der Gesetzgebung, womöglich auch an der Regierung des Staates. Dies letztere, nämlich die Teilnahme an der Regierung, kann in Preußen freilich bloß in der Form geschehen, daß die Abgeordneten die Wünsche ihrer Wähler aussprechen; wie weit die Regierung darauf eingehen will, bleibt ihr überlassen, ein direkter Einfluß existiert in Preußen nicht.

Nun ist der Sinn der fortschrittlichen Begründung dieser: wenn die Ordnung nicht gewahrt wird, dann werden die Abgeordneten am Reden gehindert und können den Willen ihrer Wähler nicht zum Ausdruck bringen. Wenn z. B. jemand sich vor die Rednertribüne stellt und den Redner durch fortwährende Zwischenrufe stört, so daß er nicht sagen kann, was er will, dann leidet das parlamentarische Wesen schweren Schaden.

Daß dies für den vorliegenden Fall maßlos übertrieben ist, daß eine derartige Störung gar nicht stattgefunden hat und in Preußen wie überhaupt in Deutschland auch kaum jemals zu befürchten ist, das brauchen wir unseren Lesern nicht noch einmal nachzuweisen. Wollten wir boshaft sein, so könnten wir sagen: in dieser Hinsicht sind die vielen Schlußanträge, von denen es im preußischen Abgeordnetenhaus allwöchentlich nur so regnet, viel schädlicher. Es ist eine wahre Schande, im amtlichen Stenogramm zu lesen, wie oft selbst konservative Redner durch Schlußanträge verhindert worden sind, die Wünsche ihrer Wähler zum Ausdruck zu bringen!

Aber nun die andere Seite der Sache, an die die braven „Fortschrittler“ anscheinend gar nicht gedacht haben: räumt man dem Präsidenten die Befugnis ein, einen Abgeordneten aus dem Saale zu weisen, so ist der Betroffene doch ganz und gar an seiner parlamentarischen Tätigkeit gehindert! Seine Wähler sind für die Dauer seiner Abwesenheit ganz und gar ihres Einflusses auf Gesetzgebung und Regierung beraubt! Gesetzt selbst den Fall, der Abgeordnete habe sich so unnützlich wie möglich benommen — bestraft ist doch nicht er, sondern seine Wähler! Wo bleibt denn da das „parlamentarische Wesen“?

Weit schlimmer noch ist die Gefahr des Mißbrauchs einer solchen Disziplinarergewalt. Und gerade hierfür bietet der Fall Vorchardt ein sprechendes Beispiel. Uebereinstimmung herrscht bei Freund und Feind — und auch die Herren „Fortschrittler“ werden dem nicht zu widersprechen wagen — daß der eigentliche Anlaß der ganzen Affäre ein rechter Quark gewesen ist. Die welterschütternde Frage, ob Vorchardt ein paar Schritte weiter vorn oder hinten stehen solle, wußte ein unfähiger Präsident nicht anders als mit dem Ausschluß zu regeln! Damit ist jedenfalls festgestellt, daß ein Mißbrauch aus ganz unbedeutendem Anlaß vorkommen kann. Nun kann aber schon nach den jetzigen Bestimmungen der Präsident nicht bloß einen, sondern ebenso gut auch mehrere, ja viele Abgeordnete ausschließen. Wie nun, wenn es Herrn v. Erffa einfiel, eines Tages alle 6 Sozialdemokraten auszuschließen? Und am anderen Tage noch ein Dutzend Freisinnige dazu? Die Deckung der konservativen Mehrheit würde er immer finden, ganz abgesehen davon, daß ein Einspruch, der drei bis vier Tage später zur Abstimmung gelangt, an der vollen Tagung nichts mehr ändern kann. Und weiter: gibt man einmal im Prinzip eine solche Verechtigung des Präsidenten zu, so hat auch die zeitliche Begrenzung keinen inneren Sinn mehr. Kann Herr v. Erffa für einen Tag ausschließen, warum nicht für mehrere, warum nicht für die ganze Dauer der Session? Tatsächlich kann er das ja jetzt auch schon, er braucht nur die Ausschließung jeden Tag zu Beginn der Sitzung zu wiederholen.

So zeigt gerade der geringfügige Anlaß, aus dem in diesem Falle der Konflikt entstand, daß der § 64 in logischer Konsequenz zu völliger Aufhebung des „parlamentarischen Wesens“ führen muß. Deshalb muß jede liberale Partei in jedem einzelnen Falle gegen seine Anwendung sein, ganz gleichgültig, wer gerade Recht und Unrecht hat. Von vornherein und prinzipiell muß jeder, der das „parlamentarische Wesen“ schützen will, gegen die Gültigkeit des § 64 sein, weil er

den Willen des Präsidenten über den Willen der Wähler setzt. Das war auch der Grund, weshalb Vorchardt alsbald nach seiner Entfernung wieder hereinkam. Er wollte damit zum Ausdruck bringen: Ich bin hier auf Grund des Willens meiner Wähler, und der muß höher stehen als jeder andere Wille.

Daß die Herren „Fortschrittler“ auch bei dieser Gelegenheit wieder dem reaktionären Zuge ihres Herzens folgen würden, haben wir vorher gewußt. Wenn sie sich aber dabei noch als Schützer des „parlamentarischen Wesens“ ausgeben, so wollen wir ihnen diese Maske denn doch vom Gesicht reißen!

Daß aber der Freisinn das „parlamentarische Wesen“ ausgerechnet im preußischen Dreiklassenhaus zu schützen sich berufen fühlte, das an sich ein Lob ist auf jeden Parlamentarismus, das setzt der ganzen Geschichte die Krone auf!

Protestkundgebungen gegen die Vergewaltigung im Dreiklassenhaus.

In Breslau fand am Sonntag eine riesenversammlung unter freiem Himmel statt, in der die Genossen Bruno Vorchardt und Rudolf Breitscheid unter stürmischer Zustimmung gegen den Gewaltstreich im preußischen Abgeordnetenhaus sprachen. Folgendes Telegramm wurde abgefaßt:

Freiherrn v. Erffa, Haus der Abgeordneten, Berlin.
322 neue Sozialdemokraten vollzogen heute ihren Eintritt in unsere Partei, 680 M. für den Wahlfonds wurden gesammelt, damit die Abgg. Vorchardt und Leinert bald standhafte Kollegen erhalten. Wir danken für freundliche Mithilfe.
Sozialdemokratische Partei Breslau.

In Gera gestaltete sich eine am Sonnabend abgehaltene, von 2000 Personen besuchte Versammlung zu einer imposanten Kundgebung. Nach einem Referat des Genossen Peirates über den Rechtsbruch des preußischen Junkerparlamentes sprach die Versammlung ihre tiefste Empörung über die Behandlung der Genossen Vorchardt und Leinert aus.

In Hannover protestierten Sonntagnachmittag die Arbeiter der Städte Linden und Hannover gegen die unerhörte Behandlung ihres Vertreters im preußischen Abgeordnetenhaus, des Genossen Leinert. Mindestens 10000 Personen drängten sich in und vor dem größten Saale der Stadt zusammen. Genosse Leinert, der bei seinem Erscheinen stürmisch begrüßt wurde, leitete scharf die skandalösen Vorgänge im preußischen Dreiklassenhaus. Die von der Mehrheit beschlossene und vom Herrn von Erffa durchgeführte Verschärfung der Geschäftsordnung sei eine Verhöhnung des Parlamentarismus. In stürmischer Zustimmungsausrufen und in einer Resolution gaben die Versammelten ihrem Unwillen über die Behandlung ihres Abgeordneten Ausdruck.

In Chemnitz nahm eine riesig besuchte Volksversammlung folgende Resolution an:

„Die Chemnitzer Arbeiter sprechen ihre Entrüstung darüber aus, daß die preußische Polizeibrutalität nicht einmal vor der Unerklichkeit der Volksvertreter Halt gemacht hat. Sie bekunden die tiefste Verachtung für die Junkerpartei, die das absolute Regiment des Polizeisäbels in das Parlamentshaus gerufen haben. Der kleinen tapferen sozialdemokratischen Landtagsfraktion sprechen die Versammelten ihren Dank, ihre Bewunderung, ihre vollste Sympathie aus. Sie geloben, nicht eher zu ruhen und zu rasten, als bis zu allen Vertretungskörperschaften das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht errungen ist.“

Auch in Bielefeld (8000 Personen), Herford, Minden und Bünde protestierten stark besuchte Versammlungen gegen die Vergewaltigung.

Straßendemonstration in Frankfurt a. M.

In Frankfurt a. M. protestierte die Arbeiterschaft am Sonnabendabend in einer machtvollen Kundgebung gegen die Gewaltpolitik im Junkerparlament. Obwohl die Versammlung zu einer etwas ungünstigen Zeit angesetzt war, abends 6 Uhr, die Arbeiter, die auswärts wohnen, fuhren da alle nach Hause, füllten doch circa 5000 Personen den „Tivolgarten“. Hier brandmarkten von zwei Tribünen die Genossen Krenser und Rudolph das Verhalten des Präsidenten des Abgeordnetenhauses. Die Versammelten gaben ihrer Entrüstung über die Vergewaltigung unserer Abgeordneten durch stürmische Zustimmungskundgebungen und in einer Resolution Ausdruck, in der sie sich für die verschärfte Aufnahme des Wahlrechtskampfs aussprachen.

Nach Schluß der Versammlung kam es zu einer machtvollen Straßendemonstration. Die Demonstranten zogen in losem Zuge, die Marschkolonne und den Sozialistensmarsch singend, und unter Hochrufen auf das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht den Sachsenhäuserberg herab über die Rainbrücke nach der Mitte der Stadt zu. Unbehelligt kam der Zug bis dicht an das Gewerkschaftshaus. Hier stürzte sich ihm ein halbes Dutzend Schutzleute, die von dem nahegelegenen Polizeirevier kamen, entgegen. Das kleine Häufchen Polizisten war aber gegen den Ansturm der Massen völlig machtlos. Die Schutzleute sahen dies auch ein und zogen mit den Demonstranten weiter: unter heiligen Hochrufen am Gewerkschaftshaus vorbei nach der Zeil. Beim Einbiegen auf die Zeil, an der Konstablerwache, bekamen die Schutzleute vom Polizeipräsidenten her Verärgerung. Sie versuchten erneut, den Zug abzusperren und die Masse zu zerstreuen. Wiederum vergeblich. An der Hauptwache wurde wieder eine Absperrung versucht: ein vergebliches Beginnen. Nun bekam die Polizei erhebliche

Verfälschung. Im Aufschritt marschieren die Schulsleute dem Zug voraus nach dem Hofmarkt. Hier gelang es ihnen, den Zug zu halten und teilweise in die Seitenstraßen zu drängen. Später kamen dann noch die Vertikalen angetreten, die auch auf den Fußsteig ritten und selbst hier die Menschen zu zerstreuen suchten. Um halb zehn Uhr rückte die Polizei vom Kampfsplatz am Hofmarkt und an der Hauptwache nach dem Polizeipräsidium zu ab. An der Konstablerwache kam es aber wieder zu kleineren Zusammenstößen, wobei harmlose Posten Schutzmannsäufte und Polizeisäufte zu spüren bekamen.

Das Vorgehen der Polizei ruft selbst den energischen Widerspruch der „Frankfurter Zeitung“ hervor. Sie schildert die Rißhandlung eines jungen Kaufmanns, „ein sehr schwächlich aussehender Mensch, der ein künstliches Bein hat und sich nur langsam fortbewegen kann.“ Er wurde von Schulsleuten zu Boden geworfen und ein Schutzmann schlug noch mit dem Säbel auf ihn ein, so daß er eine heftig blutende Kopfwunde davontrug. Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt hierzu, die Polizei habe ihre Befugnisse überschritten. Es klinge fast unglaublich, daß sich ein Schutzmann unter den Augen seiner Vorgesetzten solche Uebergriffe gestatte. Es sei unerhörte, daß ein bewaffneter Beamter einen humpelnden, schwächlichen Menschen mit dem Säbel auf den Kopf traktiert. Uebrigens habe die Polizei nach der Darstellung der ganzen Vorgänge nicht geschickt operiert.

Weiter wurde am Sonntag in zahlreichen Frauenversammlungen gegen die junkerliche Gewaltspolitik protestiert.

Das große Veröhnungsfest.

Der gestrige Berliner Parteitag der Nationalliberalen hat sich, wie vorauszusehen war, zu einem großen Veröhnungsfest gestaltet, zu einer machtvollen Einigkeitstunde von größter politischer Bedeutung, wie nationalliberale Blätter mit Befriedigung versichern. Diese Befriedigung ist begreiflich. Noch einmal ist es gelungen, die scharfen Gegensätze in der nationalliberalen Partei durch eine geschickte Regierkunst zu versöhnen und die sogenannte nationalliberale Partei, die eigentlich längst keine Partei mehr ist, sondern nur ein Apparat selbständiger Cliquen, vor der Welt als politische Einheit erscheinen zu lassen. War auch sonst gar manches faul an dem gestrigen politischen Komödienstück, die Regie war gut. Mit Geschick hat die Kompromißkommission verstanden, die überföhrenden Gemüter der Friedberger und Fuhrmänner wie auch andererseits der Wasseränner und Kaufmänner zu besänftigen und durch kleine Zugeständnisse an die Eigenliebe mildes Ölweß auf die Wogen der gegenseitigen politischen Befindung zu gießen. So war durch geschickte Maßnahmen hinter den Kulissen schon seit einer Woche alles Nötige für das große Veröhnungsspiel vorbereitet, die Rollen an die mitwirkenden großen Akteure verteilt, die Tendenz ihrer Reden festgelegt und für den nötigen politischen Widerhall dieser Reden gesorgt. Wenn nicht noch zuletzt ein Akteur aus der ihm angewiesenen Rolle fiel, mühte das Komödienstück klappen. Und es flüppete! Schon die dem Auftakt des Parteitages am Sonnabend vorausgegangene Sitzung des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei unter Leitung des Vizepräsidenten des preussischen Abgeordnetenhauses, wie die Vorberaumung des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugendvereine unter dem Vorsitz des Herrn Dr. Kaufmann (Stuttgart) zeigten, wie wohl Chorführer und Chor ihre hohe politische Aufgabe erfüllt hatten. Einmütig nahm der Zentralvorstand die Kompromißvorschläge an, und zugleich vermochte Herr Kaufmann nach einer längeren Debatte der Jugendlichen fröhlichen Herzens zu konstatieren, daß die Kompromißvorschläge mit „großer Mehrheit“ angenommen seien. Wenn auch manche Einwendungen in der Debatte erhoben worden seien, so hätte sich doch schließlich die Ueberzeugung durchgerungen, daß auch unter den veränderten Verhältnissen eine gedeihliche Arbeit des Reichsverbandes zum Besten der nationalliberalen Partei möglich und gewährleistet sei. So schön vorbereitet, nahm am Sonntag der Parteitag einen „glänzenden“ Verlauf. Schnell war die Wahl des Bureaus nach den Grundrissen der Parität vollzogen. Dem zur Wasserännergruppe gehörenden Vizepräsidenten des Reichstags, Herrn Baasche, der zum ersten Vorsitzenden ernannt wird, wird zur Ausgleichung des politischen Schweregewichts der rechts stehende Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Geheimrat Dr. Krause, beigegeben und dem jungliberalen Rechtsanwalt Dr. Marwit-Berlin wird das große nationalliberale Talglicht von Wilmersdorf, Professor Dr. Reidig, an die Seite gestellt. So verkörpert sich schon im Präsidium die schöne Einheit der nationalliberalen Partei und Weltanschauung.

Dann tritt Herr Krause auf und hält sein wohlstudiertes Referat über die Notwendigkeit der Einigkeit in der Partei und ihres Fortbestandes zum Wohl des teuren Vaterlandes und der ganzen Menschheit. Herr Krause redet rechts; Herr Baasche redet links — ruhig und wohlwollend, die reine Personifikation nationalliberaler Güte. Es müsse endlich, meint er, das Verhältnis des jungliberalen Reichsverbandes zur Partei geregelt werden. Das sei die Hauptsache. Der Reichsverband müsse aus der Organisation der Partei als solcher ganz verschwinden, während die einzelnen Vereine der nationalliberalen Jugend in die nationalliberale Parteiorganisation eingegliedert werden müßten. In die Geschäftsleitung der landwirtschaftlichen Verbände der Partei gehörten dafür die Vereine der nationalliberalen Jugend ihrem Stärkeverhältnis entsprechend hinein. Die landwirtschaftlichen Verbände hätten bei Entsendung ihrer Vertreter in den Zentralvorstand entsprechend Rücksicht auf die Jugendvereine zu nehmen. Ein Verbot des Weiterbestehens des Reichsverbandes habe der Zweckverband nicht beschloßen, was er auch gar nicht könnte, denn es gäbe kein Hindernis, daß sich irgendwelche Organisationen der nationalliberalen Partei außerhalb der Partei unter eigener Leitung vereinigen. Dem Reichsverbande der nationalliberalen Jugend aber erwachse aus der Tatsache, daß er nur außerhalb der Parteiorganisation stehe, eine besondere Verantwortung, der er sich aber sicherlich bewußt sein werde.

Dann empfiehlt Herr Krause die Annahme der skizzierten Kompromißvorschläge. Alle Anträge waren zurückgezogen; nur einer steht noch als letzter Störenfried des allgemeinen Einheitsbewußtseins auf der Tagesordnung. Den beschwichtigenden Worten des Herrn Baasche gelangt es, daß auch dieser Antrag zurückgenommen wird. Und nun erfolgt ohne weiteres die Annahme der schönen Vorschläge der Kompromißkommission. Die Einheit und die Fortwursterei ist gesichert.

Die ganze Prozedur hat kaum eine Stunde in Anspruch genommen. Es ist elf Uhr, die richtige Zeit zum Frühstücken. Aber man kann doch unmöglich die Komödie schließen! Dann kamen die 1114 Vertreter des nationalliberalen Volkes, die in beherzter Begeisterung für die heilige Sache aus allen Gauen

Deutschlands herbeigeeilt sind, doch nur nicht auf ihre Kosten. Das hat die Regie wohlweise bedacht und deshalb eine Rede Wassermanns, Friedbergs, Kaufmanns und Stresemanns in den Spielplan mit aufgenommen.

Zunächst tritt Herr Wassermann auf — wohl vorbereitet. Er wird von einem demonstrativen Beifallssturm empfangen und redet wunderbar: alles ist sorgfältig präpariert und temperiert. Er sagt seinen lieben „Freunden“ vom anderen Flügel Komplimente, preist die politische Bedeutung des Nationalliberalismus und verflucht seine bekannte Zweifrontentheorie. Dem „Einerseits“ folgt das „Andererseits“ — der schönste Tanz (richtiger Getängel) auf der mittleren Linie, bald mit Blechmusik, bald mit Flötenbegleitung. Nur gegen die Bethmannsche Regierung findet Herr Wassermann scharfe Worte:

„Unruh, müde und glücklos schleicht die Regierungspolitik dahin. (Sehr gut!) Und dabei müssen wir hoch bedauern, es ist dem Fürsten Bülow gelungen, bei der Reichstagsauflösung, als er den Kampf aufnahm gegen den herrschenden Ultramontanismus, aber auch gegen den damaligen Bundesgenossen des Zentrums, die Sozialdemokratie, aus dieser befreiende Stämpf durch die deutschen Lande zog, mächtig zurückzudringen. Heute aber 110 Sozialdemokraten! Die kommen auch nicht von ungefähr, sondern die kommen von ganz was anderem her. (Große Beifallssturm und Beifall.) Diese große Zahl der Sozialdemokraten kommt von einer unrichtigen Regierungspolitik her, die auch mit Schuld ist an der starken Verbitterung der bürgerlichen Parteien untereinander. (Sehr richtig!) Das soll nicht bedeuten, daß wir nun prinzipielle Opposition machen, daß wir eine Oppositionspartei quoad mema seien; wir lassen uns ausschließlich von nationalen Gesichtspunkten leiten und prüfen jede Gesetvorlage auf ihren Wert. Wir lehnen es aber ab, lediglich ein Gefäß deshalb anzunehmen, weil es dem schwarzblassen Wod paßt. (Sehr richtig!) Das machen wir nicht mit. (Beifall.) Was die Bethmannsche Sammlungspolitik anlangt, so wundere ich mich, daß ein so erleuchteter Staatsmann (Lachen) einen so total verfehlten Gedanken so lange propagiert hat. Ich kann mir wohl denken, daß es Wahlkreise und Situationen gibt, wo die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokraten zusammenstehen müssen. Aber die Sammlungspolitik als Prinzip ist ein logischer Kontrast. (Sehr richtig!) Konservativ und liberal sind Gegensätze, die sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen Ländern zeigen. Und gerade das Ringen zwischen konservativer und liberaler Weltanschauung führt zu gesunder Fortentwicklung.“

Stürmischer Beifall lobt den Redner, als er endet. Aber was will das sagen? Als Herr Friedberg redet und so ziemlich das Gegenteil sagt, wird ihm noch ein viel größerer Applaus zu teil. Herr Friedberg predigte natürlich den großen Vernichtungskampf gegen die Sozialdemokratie. Ein hartes Schneiden zieht ihn zur Rechten. Er meinte:

„Doch Gegensätze in unserer Partei vorhanden sind, wollen wir nicht bestreiten. Aber sie drehen sich nicht um unsere Haltung zur Sozialpolitik, sondern es trennt uns — namentlich im Norden und im Süden — unsere Stellung zur Sozialdemokratie. (Sehr richtig!) Ich kann die Anwesenheit von 110 Sozialdemokraten im Reichstage nicht als eine quantitative Negligeeable ansehen. (Beifall.) Das ist eine Erscheinung, die vielen von uns ernste Besorgnisse nahelegt. Man wünscht deshalb, daß die Scheidelinie nach der Sozialdemokratie mit voller Schärfe gezogen wird. (Stürmischer Beifall.) Ich sehe die Gefährlichkeit bei der Sozialdemokratie nicht bei ihren utopischen Fiktionen. Das Gefährliche an der Sozialdemokratie ist die Methode ihres Kampfes, ihre Verheerung. Dadurch wird eine revolutionäre Strömung in einem Teile unserer Bevölkerung erzeugt, die schließlich nur der Reaktion zugute kommt. (Beifall.) Deshalb müssen wir den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit aller Schärfe führen, und wir dürfen uns nicht dem Wahne hingeben, daß sich in der Sozialdemokratie ein gewisser revisionistischer Geist geltend macht, mit dem man paktieren könne. Mit dieser Partei ist nicht zu paktieren. (Stürmischer Beifallssturm.) Jeder derartige Versuch muß scheitern. (Beifall und Widerspruch.) Es klingt ja sehr schön, wenn man sagt, daß man die Sozialdemokratie zu positiver Mitarbeit erziehen wolle. Dieser Versuch wird nie gelingen. (Beifall.) Widerstand und vielfache Zurückweisung! Auch ich sehe weder rechts noch links, sondern in der Mitte. Aber wir alle haben wohl unterschiedenes den Wunsch, die Sozialdemokratie mit voller Schärfe zu bekämpfen. (Beifall.) Aus der Rede Wassermanns habe ich dasselbe entnommen. Wir wollen nicht, daß die Demokratie in unserem Vaterlande noch weiter ausgebaut werde. (Beifall und Widerspruch.)“

Es sprechen noch einige andere Redner, darunter auch Herr Reimann aus Baden. Dann ging's zum Diner.

Das Ergebnis der Tagung ist: Es wird im alten Geiste fortgewerkelt nach dem Takt des schönen bekannten Marschliedes: „Immer langsam voran!“

Noch ist die Linie nicht recht getrodnet, mit der nationalliberale Strömungen die Einigkeit der Partei über alle Mahen gepriesen haben, und schon kommt die Nachricht, die diese Einigkeit in einem recht eigenartigen Lichte erscheinen läßt. Es wird nämlich mitgeteilt, daß jene Gruppe von Nationalliberalen aus verschiedenen Teilen des Reiches, die den Beschluß des Zentralvorstandes vom 21. März als Ausgestaltung der Organisation erwirkt hatte, nach Schluß des Vertretertages dahin übereingekommen sei, diejenigen Kreise der nationalliberalen Partei enger zusammenzufassen, die es für notwendig halten, die Grundberechtigung der Vornahme politischer Sitzungen weiter als bisher sichergestellt zu sein.

Der Krieg.

Der italienische Inselkrieg.

Der Vorstoß der italienischen Flotte gegen die Dardanellen ist gescheitert, weniger aus militärischen Gründen als aus diplomatischen. Die Absicht, die Türkei „ins Herz“ zu treffen, wurde durchkreuzt von dem Gedanken an die internationalen Verwickelungen, die eine Forcierung der Dardanellen und eine Beschießung Konstantinopels nach sich gezogen hätte. Der Deckungsart bleibt natürlich verborgen, welche Einflüsse der Mächte auf die italienische Regierung am Werke gewesen sind, so daß der „Vorstoß“ nur zu einer unbedeutenden und erfolglosen Demonstration wurde. Jetzt verfährt Italien nach einem neuen Operationsplan: Armeen und Flotte sollen eine Anzahl Inseln des Ägäischen Meeres besetzen. Auf Rhodos und einigen kleineren Inseln flattert bereits die italienische Flagge.

Es handelt sich dabei um keine militärischen Großtaten, ebenso wenig kann dadurch die Türkei militärisch geschwächt werden. Für Italien bedeutet dieser Inselkrieg aber eine Verzerstellung seiner Streitkräfte und damit eine Erhöhung der Kriegslasten des italienischen Volkes. An einer Verminderung seines Expeditionskorps in Tripolitanien kann Italien nicht denken. Die Besetzung der Inseln ist aber nicht nur militärisch bedeutungslos, sie erschwert auch die Aussichten auf Friedensschluß.

Besetzung weiterer Inseln.

Rom, 12. Mai. Admiral Biale sandte drählos folgende Depesche, datiert: 12. Mai, 11 Uhr 50 Min. vormittags: Die Kriegsschiffe der Division Corfi haben auf den Inseln Scarpanto und Kasos die italienische Flagge gehißt und die Garnison sowie die Zivilbehörden zu Gefangenen gemacht. Dieselben Kriegsschiffe nahmen auch die Besatzungen und die Zivilbehörden der Inseln Epistopi und Rishros gefangen. In werde die Gefangenen nach Italien senden.

Rom, 13. Mai. (Melbung der „Agenzia Stefani“.) Nach einer drählosigen Meldung des Admirals Biale sind weiterhin die Inseln Kalimnos, Peros und Patmos von den Italienern besetzt, ihre Garnison zur Uebergabe gezwungen und die türkischen Regierungsbauten gefangen genommen worden. Unter den Gefangenen, die an Bord der Schiffe gebracht worden sind, befinden sich drei Kaimakams und vier Mudirs.

Eine deutsche Intervention.

Konstantinopel, 13. Mai. Infolge eines freundlichen Schrittes der Deutschen Botschaft gegen die Aufrechterhaltung der Kriegsgefangenschaft von etwa 50 Italienern, meist Fischern von Smyrna, beriet der gestrige Ministerrat die Angelegenheit. Wie verlautet, werden die Italiener freigelassen werden.

Italienerausweisung aus Saloniki.

Saloniki, 13. Mai. Die Behörden haben gegen weitere 8 mißliebige Italiener, unter denen sich Kaufleute, Advokaten und Ärzte befinden, einen Ausweisungsbefehl unter Bewährung einer Pfandbürgschaft erlassen.

Der Aufruhr in Albanien.

Saloniki, 13. Mai. Wie eine Unterredung ergeben hat, ist der frühere Abgeordnete von Prishtina, Hassan Bei, der Urheber der in der Umgebung von Zepel ausgebrochenen Unruhen. Zweihundert bis dreihundert Arnauten, darunter angeblich auch Hassan Bei, sind bewaffnet in das Gebirge gezogen und trachten, die Bevölkerung zum Austritt zu bewegen. Truppen sind zur Bekämpfung abgegangen. Zur Vermeidung von Blutvergießen sind Ulemas und Notabeln den Truppen vorausgeeilt, um die Arnauten darüber aufzuklären, daß die Angaben der Aufwiegler un wahr sind. Ueber Zepel und Umgebung ist der Belagerungszustand verhängt worden.

Saloniki, 13. Mai. Die Zahl der aufrehrerischen Arnauten wird auf ungefähr 2000 beziffert. Etwa die Hälfte ist auf den Höhen in der Nähe von Diakova versammelt. Eine aus Ulemas bestehende Mission, welche die unzufriedenen Arnauten zu beruhigen versucht hat, ist unrichtiger Dinge zurückgekehrt. Die Rebellen erklären, das Vertrauen zur Regierung verloren zu haben, sie stützen sich auf angebliche Verheißungen des früheren Wali von Ueskub Halil Bei und verweisen auf das geringe Ansehen der Behörden, welche nicht einmal in stande seien, den unruhigen Zuständen ein Ende zu machen, sie drohen, sich bei Waffendepots in Diakova zu bemächtigen, sollten sie diesen Plan ausführen, würden die dort liegenden Bataillone sofort in der schärfsten Weise gegen die Rebellen vorgehen.

Vom tripolitanischen Kriegsschauplatz.

Tobruk, 13. Mai. (Melbung der „Agenzia Stefani“.) Am Sonntag morgen sind die Arbeiten zur Errichtung neuer Befestigungswerke an der Küste unter dem Schutz von drei Infanteriebataillonen und einer Batterie Gebirgsartillerie fortgesetzt worden. Gegen 6 Uhr stiegen einige Abteilungen des 30. Infanterieregiments bei einem Erkundungsmarsch bei Nabi Hada auf bedeutende beduinische Kräfte, die durch türkische Regimäre geführt wurden. Die Italiener griffen den Feind sofort an, der unter dem wohlgezielten Gewehr- und Geschützfeuer zurückwich und verfolgt wurde, bis er seiner starken Verluste wegen, die auf über 100 Tote geschätzt werden, sich regelrecht zur Flucht wandte. Die Verluste der Italiener betragen ein Offizier und zwei Soldaten tot und drei Soldaten verwundet.

Aus Tripolis und Homs wird nichts Neues gemeldet.

Die Revolution in China.

Die Auszahlung der Anleihe.

Peking, 12. Mai. (Melbung des Reuterschen Bureaus.) Die Vertreter der Banken und der Finanzminister haben gestern einen Vorschlag vereinbart gegen Ausgabe von Schatzscheinen im Betrage von 10 Millionen Pfund Sterling. Die Schatzscheine sind binnen Jahresfrist aus den Erträgen einer umfassenden Anleihe einzulösen. Der Plan sieht eine wirksame Oberaufsicht durch ausländische und chinesische Revisoren vor. Wenn Juan Shihai diesen Plan billigt, soll die Nationalversammlung ersucht werden, ihn zu genehmigen. Das Projekt bedeutet eine Niederlage Tangshaozis, der noch immer dagegen ist, obwohl die unbezahlten Soldaten zu neuen Ausschreitungen neigen.

Ein russisch-chinesischer Zwischenfall.

Charbin, 12. Mai. Als ein Dampfer der ostchinesischen Eisenbahn für eine russische Firma an der Kommunikation 50 000 Rubel Korn einnehmen wollte, verboten die chinesischen Behörden den chinesischen Arbeitern, den Dampfer zu beladen, weil in den russisch-chinesischen Verträgen die Schifffahrt auf dem Honni und anderen Nebenflüssen des Sungori für russische Schiffe nicht vorgesehen sei. Der Dampfer ist ohne Ladung nach Charbin zurückgekehrt.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 13. Mai 1912.

Die Duellfrage.

Aus dem Reichstage, 13. Mai. Vor drei Wochen kam es im Reichstage zu der stürmischen Szene, bei der die große Mehrheit des Hauses gegen den Kriegsminister stand. Herr v. Heeringen hatte in nachdrücklicher Kürze den Duellgegnern das Recht der Zugehörigkeit zum Offizierskorps bestritten. Tags darauf gab Herr Dr. Spahn die bekannte Erklärung ab, in der er mit einer gründlichen Auseinandersetzung in der Kommission drohte. Aber zu der Auseinandersetzung ist es nicht gekommen, und der Kriegsminister, der damals leichtenblau wurde, brauchte weder aus dem Amt zu scheiden, noch auch nur seine Provokation zurückzunehmen. Er kleidete sie in vorsichtigeren Worte, und das Zentrum begnügte sich mit einer recht harmlosen Resolution, die so gestellt war, daß Herr v. Heeringen sie ausdrücklich akzeptierte. In dieser Resolution ist sogar die Kabinetsorder, die das Duell als Einrichtung anerkennt, besonders unterstrichen. Und hätte die Budgetkommission nicht

wenigstens das fortschrittliche Amendement aufgenommen, mo- nach gegen Duellanten auf Entlassung aus dem Heere erkannt werden soll, so wäre die Resolution ohne jede Bedeutung ge- wesen. Diese Resolution, so wie sie von der Budgetkommission vorgebracht war, verbesserte unsere Fraktion in der heutigen Sitzung noch durch einen Zusatz, der jede Maß- regelung für diejenigen Offiziere ausgeschlossen wissen will, die sich dem Duellzwang nicht unterwerfen wollen. Aber das Zentrum, das es unter keinen Umständen wegen dieser Frage auf einen Konflikt mit der Regierung ankommen lassen wollte, hatte in seiner großen Mehrheit die Unerblichkeit, gegen diesen ganz selbstverständlichen Antrag zur größten Ver- blüffung des gesamten Hauses zu stimmen. Es erlebte frei- lich die Blamage, daß trotz dieser Entfaltung und entgegen seiner Haltung unser Antrag mit 20 Stimmen Mehrheit an- genommen wurde.

In der Debatte hatte zuerst Genosse Ledebour in präziser Rede die ganz klare Auffassung vertreten, die unsere Partei über ein Problem hat, das für vernünftige Menschen längst kein Problem mehr ist. Er wies natürlich auch auf die merkwürdige Wandlung hin, die sich innerhalb des Zentrums seit dem stürmischen 21. April vollzogen hat. Aber das hielt Herrn Gröber nicht ab, alle Diplomatie aufzubieten, um mit dem früheren Standpunkt das Bedürfnis nach Eintracht mit der Regierung zu vereinbaren. Viel weniger diplomatisch war Herr v. Heeringen selbst, der sich höchstens Mühe gab, allerhand Argumente zugunsten des Duells vorzubringen. Die Argumente waren allerdings nicht eben geschickt und von einer im besten Falle soldatischen Logik. Das wollte ihm freilich niemand auf der Linken glauben, daß er das Duell bekämpft! Selbst der Nationalliberale Dr. Schiffer mußte gegen ihn polemisieren, und viel schärfer ging gegen ihn der fortschrittliche Pfarrer Heyn vor, der sehr energische Worte fand, um die Unsitlichkeit des Duells nach- zuweisen. Graf Westarp und der von vielen Schmissen heimgesuchte Reichsparteiler Mertin waren die einzigen, die die ganze Debatte über den Militäretat, die dann wieder aufgenommen wurde, konnte auch heute nicht zu Ende geführt werden. Für die Bautechniker in den militärischen Bauämtern sprach Genosse Zubeil und für Verbesserungen im Rekrutal- wesen der Armee hielt Genosse Fischer-Sachsen eine ein- gehende Rede.

In der morgigen Debatte werden die Fragen der Militär- arbeiter erörtert werden, nachdem vorher die ersten „Anfragen“ beantwortet sein werden.

Im Abgeordnetenhaus ist es zu Zwischenfällen weder vor, noch im Hause gekommen, die Angst des Präsidenten, der strenge Sperre- maßregeln angeordnet hatte, erwies sich als unbegründet. Wir hätten ihm das vorausdragen können!

Nach Erledigung des Einspruchs konnten die Abgeordneten, die extra zu diesem Punkt nach Berlin gekommen waren, ihre häuslichen Penaten wieder aufsuchen. Die zweite Lesung der Novelle zum Knappschafgesetz interessierte, da es sich um eine Angelegen- heit der Bergarbeiter handelt, die Mehrheit nicht, und die Sekundärbahnvorlage, die das Haus weiter beriet, bot lediglich lokales Interesse. So waren denn von den 335 Ab- geordneten, die zu Beginn antworfend waren, am Schluß nur noch ein Duzend zugegen.

Am Dienstag stehen die Fortlegung der ersten Lesung der Sekundärbahnvorlage und Initiativanträge auf der Tagesordnung, darunter der Diätenantrag.

Zur Streife gebracht.

Wie die „Post“ aus Einwärtskreuzer Duell erzählt, werden Reichstagsabgeordneter Baasche und Landrat v. Dewitz ihre Kreuze im Vorlande des Wehrvereins niederlegen. Schon gleich bei der Gründung des Wehrvereins hat die freikonservative Presse sich sehr entschieden dagegen ausgesprochen, daß die beiden genannten Herren in den Vorstand aufgenommen worden sind. Dabei ist Herr Baasche dafür bekannt, daß er jede Verneuerung des Heeres und der Marine jubelnd begrüßt, trotzdem ist er in den Kreisen als unsicherer Reaktionist angesehen worden.

Vormärzliches in Neuchâtel.

Aus Gera wird uns geschrieben: Dem Neuchâtel Landtag ist ein Regierungsentwurf zu einer Abänderung des § 1 des Landtagswahlgesetzes vom 8. Mai 1874 zu- gegangen, der ein wahres Prunkstück vormärzlicher Staatskunst und ein Hohn auf jedes moderne staatsrechtliche Empfinden ist.

Im Neuchâtel Landtag hat der Besitzer des fürstlichen Para- giums Neuchâtel, einer Nebenlinie des regierenden Fürstenhauses, einen erblichen Sitz. Der vorige Inhaber des Paragiums hat von diesem Privileg keinen Gebrauch gemacht. In 14 Jahren ist er nur einmal im Landtag erschienen, und die einzige kurze Serenissimus- rede, die er dort hielt, hatte den Sinn: „Ich schließe mich den Aus- sührungen des Herrn Vorredners an.“ Der gegenwärtige Besitzer des Paragiums steht erst im 25. Lebensjahr. Da er das Alter von 25 Jahren, das für die Wahlbarkeit als Abgeordneter erforderlich ist, noch nicht voll erreicht hat, kann er nach dem bestehenden Wahlrecht auch nicht in den Landtag eintreten. Diesen klaren Rechtszustand will die reichliche Regierung durch eine Verfassungsände- rung beseitigen und folgende ungeheuerliche Bestimmung in das Wahlgesetz einfügen:

Der Besitzer des Paragiums, welcher zu seinem Eintritt in den Landtag diejenigen Eigenschaften besitzen muß, die seine Wahlbarkeit als Abgeordneter begründen würden, ist berechtigt, sich, wenn er dieser Eigenschaften ermangelt oder durch länger als ein Jahr andauernde Krankheit am persönlichen Erscheinen verhindert ist, durch einen von ihm oder seinem ge- setzlichen Stellvertreter zu benennenden, als Abgeordneten wählbaren Stellvertreter ver- treten zu lassen. Die Benennung des Stellvertreters hat stets auf die Dauer einer vollen Wahlperiode zu erfolgen.

Es ist auf den ersten Blick höchst auffällig, daß sich die reichliche Regierung plötzlich im Jahre 1912, ohne daß ein Antrag des betroffenen Paragiumsinhabers vorliegt, zur reaktionären Verschönde- lung einer ohnehin genügend rücksichtigen Verfassung gedrungen fühlt, die schon 40 Jahre besteht. In der Begründung zur Re- gierungsvorlage wird im Regierungsjargon ausgeführt, es sei ein Mangel des jetzigen Gesetzes, „daß dasselbe im Gegensatz zu dem früheren Gesetze den Besitzer des Paragiums der Möglichkeit be- raubt, die ihm als Abgeordneter zustehenden Befugnisse, wenn er das 25. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt hat oder dauernd erkrankt, durch einen Stellvertreter ausüben zu lassen.“ Mit dem früheren Gesetz ist das Landtagswahlgesetz vom 16. Mai 1856 gemeint. Schon im Jahre 1871 ist mit diesem Gesetz, das die absonderliche Einrich- tung der stellvertretenden Abgeordneten hatte, als einem unerträg- lichen Plunder endgültig aufgeräumt worden. Wie die damaligen Landtagsverhandlungen klar erkennen lassen, wollte man, ob- wohl der erbliche Sitz für Neuchâtel noch beibehalten wurde, diesem keine weiteren Privilegien mehr ein- räumen. Man nannte die parlamentarische Stellvertretung,

auch für den Inhaber des erblichen Land- tags-sitzes, eine Anormität, und selbst die konser- vative Partei bezeichnete es damals als dem modernen staatsrecht- lichen Empfinden widersprechend, für den Großgrundbesitz ein be- sonderes Vorrecht zu schaffen. Man hielt dessen Interessen schon durch die drei damals geschaffenen Extradomäne der Höchstbesteuer- ten für genügend geschützt. Es sind also im Jahre 1871 für das bestehende Landtagswahlgesetz klare Bestimmungen getroffen worden, so daß die Regierungsvorlage jedes verfassungsmäßigen Inhalts entbehrt.

Der wirkliche Grund für das Einbringen der Vorlage ist indessen in folgendem Satz ihrer Begründung enthalten:

„Nebst dem liegt solches (Einschließung eines Stellvertreters) auch im eigenen Interesse des Landtags, insofern dadurch die Gefahr der ihm bei der geringen Zahl seiner Mitglieder ständig drohenden Beschlußunfähigkeit verringert wird.“

Auch dieser Satz gibt die eigentlichen Regierungsschmerzen nur verdeckt und nur dem Eingeweihten ersichtlich wieder. Der reichliche Landtag hat 16 Sitze. Für seine Beschlußfähigkeit ist verfassungsmäßig die Anwesenheit von Zweidrittel seiner Mitglieder, also 11 Abgeordneten, erforderlich. Bisher ist eine Beschlußunfähigkeit des Landtages wegen Fehlens von Abgeordneten kaum jemals eingetreten, fast nie waren gleichzeitig mehr als 5 Abgeordnete am Erscheinen verhindert. Die Regierung brauchte also auch, sollte man meinen, keine Besorgnisse für die Zukunft zu hegen.

Nun besteht aber gegenwärtig die sozialdemokratische Fraktion des reichlichen Landtages aus 5 Mitgliedern. Da jetzt der Inhaber des fürstlichen Paragiums dauernd fernbleiben muß, sind die sozialdemokratischen Abgeordneten jeder Zeit in der Lage, den nur noch aus höchstens 15 Abgeordneten bestehenden Landtag Be- schlußunfähig zu machen. Diese Macht will die Regierung der Sozialdemokratie in Neuchâtel, entziehen, und deshalb be- absichtigt sie die vorhin erwähnte Einrichtung eines parlamentarischen Stellvertreters für den Inhaber des Paragiums zu schaffen. Die gegenwärtige Situation ist der reichlichen Regierung umso un- angenehmer, als sie schwarze Pläne einer Verschlechterung der Gemeindeförderung hegt, um der zahlreichen unter sozialdemokratischen Mehrheiten stehenden Gemeindeförderung des Fürstentums besser Herr werden zu können.

Nur die Furcht vor der sozialdemokratischen Obstruktion gegenüber den geplanten Attentaten auf die Rechte des Volkes hat also der Regierung den vormärzlichen Gesetz- entwurf diktiert. Es ist indessen selbstverständlich, daß unsere Ver- treter im Landtag sich ihre Rechte nicht entwinden lassen, sondern auch bei dieser Vorlage von ihrer augenblicklichen Macht Gebrauch machen und die Annahme des reaktionären Regierungsentwurfs zu verhindern wissen werden. Immerhin zeigt das Vorgehen der reichlichen Regierung, welcher Streiche die reaktionären Mächte im Kampfe gegen die Arbeiterklasse noch heute fähig sind.

Jesuiten.

Ein Druckpapier, dessen durchschnittliche Verwertung seine sachkundigen Redakteure zu dem Ausdruck veranlaßt hat: Schulp- leute wären für den Abgeordneten Vorstand viel zu schade ge- wesen, das nächste Mal würde man Kanakreuziger nehmen, dieses Blatt hat es wieder einmal mit den Jesuiten.

Natürlich sollen sie hier nicht verteidigt werden, aber . . . Das Blatt zitiert aus einem Brief von Loyola: „ . . . muß, außer dem Willen auch den Verstand opfern, so daß er nicht nur dasselbe will, sondern auch dasselbe denkt wie der Obere und sein Urteil dem des Oberen unterwirft. . . . Auch geht dann verloren die blinde Einfachheit des Gehorsams, indem wir bei uns erwägen, ob, was der Obere befiehlt, Recht ist oder nicht. . . . Juerst müht ihr in der Person des Oberen nicht einen Zerrümpel und Schwächen unterworfenen Menschen, sondern Christus selbst erblicken. . . . Seid eifrig bemüht, was der Obere befiehlt oder denkt, auch bei Euch stets zu verteidigen, niemals aber zu tadeln. . . . Diese Unter- werfung des eigenen Urteils und diese Willigung und Quäselung ohne jede Untersuchung dessen, was immer der Obere befohlen hat. . . . müssen wir, wenn etwas unseren Augen weis erscheint, was die Kirche aber als schwarz definiert hat, dies gleichfalls für schwarz erklären. . . .“

Haben wir da nicht die Grundmaximen der preussischen Ver- waltung, des Militarismus? — Ist das nicht Preußen: das An- beten des Vorgesetzten, die Denkfähigkeit der Autorität gegenüber und die Heuchelei, Meinungen der oberen Stellen ohne Untersuchung im Volk als richtig anzuposaunen?

Die Jesuitengefahr in allen Ehren. Und wenn der § 128 des Strafgesetzbuches die Teilnahme an einer Verbindung bestraft, in welcher gegen bekannte Obere unbedingter Gehorsam versprochen wird (so zitiert wenigstens das Blatt), so mühte sich der Kaiser eines Tages sehr einsam fühlen, da man seine Untergebenen vom Unteroffizier bis herab zum Reichskanzler eingestreckt hätte.

Aus dem sächsischen Landtage.

Zum Beginn der Montagssitzung des sächsischen Landtages wurde eine Erklärung der Regierung verlesen, daß sie jetzt bereit sei, die Interpellation über den Fall Roth zu beantworten. Wie man hört, hat eine neue Untersuchung durch das Ministerium des Innern über die Vorgänge in Kurzscheid stattgefunden. Dabei soll sich noch etwas ergeben haben, was den Bürgermeister Roth dazu bestimmt hat, nunmehr von seiner Kandidatur für Rittau zurückzutreten. Ob die Freisinnigen die Interpellation aufrechterhalten, ist noch fraglich. Weiter wurde über die indirekten Steuern verhandelt. Genosse Reichner vertrat namens der Fraktion einen Antrag, die indirekten Landessteuern aufzuheben und an deren Stelle eine Reform der direkten Steuern vorzunehmen. Die Freisinnigen hatten einen etwas abgeänderten Antrag eingebracht, der nur die Aufhebung der Schladt- steuer und der Leberungsabgabe auf Fleisch verlangte. Beide An- träge wurden abgelehnt, und die indirekten Steuern im Verlage von über 18 Millionen Mark bewilligt.

Frankreich.

Die sozialistischen Stichwählerfolge.

Paris, 13. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts.“) Außer den vier Mandaten in Paris wurden die Mandate in St. Denis, Roubaix, Toulouse, Orest zurück- erobert. Große Fortschritte wurden in der Pariser Um- gebung und in der Provinz erzielt. In Lyon wurden elf Mandate gewonnen.

Die Gemeindevahlen.

Paris, 12. Mai. Heute fanden die Gemeinderats- wahlen statt. Der Pariser Gemeinderat wird nach dem nunmehr vorliegenden Endergebnis bestehen aus 10 Kon- servativen, 10 Liberalen, 17 fortschrittlichen und unabhängigen, 5 Unabhangigen Sozialisten und 15 geeinigten Sozia- listen. Er wird 11 neugewählte Mitglieder zahlen. Die geeinigten Sozialisten gewinnen 4 Sitze von den Radikalen und Sozialistisch-Radikalen.

Hausjhung.

Paris, 12. Mai. In der Redaktion des Blattes „L'Anarchie“, das eine Verherrlichung des Autodamien Bonnot gebracht hatte, wurde heute eine Hausjhung vorgenommen und ein Mitarbeiter des Blattes namens Poivin, der auch Militrflchling ist, verhaftet.

Spanien.

Eine republikanische Riesenkundgebung.

In Baracaldo, im Bergwerksgebiet von Biscaya (Nordwest- spanien) fand am 6. Mai eine vom republikanisch-sozialistischen Bund einberufene Versammlung im Freien statt, an der nach Schätzung der monarchistischen Presse, mehr als 30 000 Personen teilnahmen. Aus Bilbao und der ganzen Gegend waren Teilnehmer in Massen erschienen. Vorsitzender war der republikanische Abge- ordnete Horacio Echebarrieta, unter den Rednern Genosse Iglesias und der Führer der Republikaner Melquiades Alvarez. Der bekannte Schriftsteller Perez Galdos hatte sein Fernbleiben mit Krankheit in einem begeistert aufgenommenen Schreiben ent- schuldigt. Wie Gen. Fabra Ribas schreibt, wird die Versamm- lung geschichtliche Bedeutung haben. Der Vorsitzende, ein reicher Mann, der sich bisher etwas zurückgehalten hatte, bekannte sich zur Notwendigkeit, eine Umgestaltung, sei es auch mit den schärfsten Mitteln, herbeizuführen. Iglesias und Alvarez erklärten unter großem Beifall, daß der Kampf sich nicht nur gegen das Mi- nisterium Canalejas und die Rückkehr Maura's richte, sondern gegen die Monarchie.

Besondere Bedeutung hatte es, daß nicht nur die Einigkeit aller republikanischen Richtungen, mit Ausnahme der Gruppe Lecour in Barcelona, die sich der Monarchie genähert, aber durch die Korruptionsskandalleungen viel an Bedeutung verloren hat, klar zutage trat, sondern auch die nationalen Parteien von Nordspanien ihren Anschluß an die Republikaner vollzogen. Nicht nur die ohnehin radikale Bewegung von Catalonien, deren Ziel eine provin- zielle Selbständigkeit ist, hat die Forderung auf Verfassung unter der Monarchie aufgegeben, auch der Führer der baskischen Nationalpartei, die bisher auf der reaktionären Seite stand und den extremen radikalen Carlismen Halt gegeben hat, Baracaldo, erklärte, daß er die Monarchie für unfähig halte, den Forderungen der Basken gerecht zu werden, und das seine Partei, die nicht groß, aber infolge ihres Einflusses auf den ganzen tüchtigen Volkstamm von politischer Bedeutung ist, sich den Republikanern anschließe. Diese völlig unerwartete Erklärung hat überall tiefen Eindruck gemacht. So wird der Entscheidungskampf, der die Erlösung des armen Volkes von der monarchistischen Säbel- und Weihwedelherr- schaft bringen soll, nicht mehr lange ausbleiben. —

Steuerkrawalle.

Madrid, 12. Mai. Sechshundert Einwohner von Aldea- rucoba am Ebro stürmten das Rathaus, während der Ge- meinderat die Verteilung der Steuern beriet. Die Gemeinderats- mitglieder wurden mißhandelt und die Archive verbrannt. Gen- darmenrie ist nach Aldeanueva abgegangen.

Marokko.

Die angebliche Plünderung der Farm Neuschhausen.

Paris, 13. Mai. Hier eingetroffene Meldungen aus Marrasch vom 10. Mai bezeichnen die Verichte über die Plünderung einer deutschen Niederlassung durch scherifische Soldaten als unrichtig. Ein Vorgehen der Polizeitruppen unter Hauptmann Vary habe nur am 29. April in einem Duar bei Arbawa stattgefunden und die Ergreifung eines Deserteurs zur Folge gehabt.

Kontribution der Stadt Fez.

Paris, 13. Mai. (B. Z. N.) Nach einer Meldung des „Temps“ ist der Stadt Fez eine Kriegskasse von 200 000 Duros (850 000 M.) auferlegt worden zur Strafe dafür, daß ein Teil der Bevölkerung an dem Aufruhr am 17. April teilgenommen hat.

Parlamentarisches.

Kleine Anfragen.

Von dem neugeschaffenen Rechte, kleine Anfragen an den Reichs- kanzler zu richten, wird zum ersten Male in der Dienstagssitzung des Reichstages Gebrauch gemacht. Es liegen zwei Anfragen vor: die erste, vom Genossen Dr. Frank gestellt, hat folgenden Wortlaut: Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft darüber zu geben, ob Holland seine Zustimmung zu der Erhebung von Schiffsabgaben auf dem Rhein erklärt hat?

Genosse Richard Fischer richtet folgende Anfrage an den Reichskanzler: Ist der Herr Reichskanzler bereit, darüber Auskunft zu geben, ob bei der demnächst zusammentretenden internationalen Schiffsahrtkonferenz auch Vertreter der Schiffsleute zu den Ver- handlungen zugezogen werden?

Marinevorlage und Marinestetat in der Budgetkommission.

Die Kommission beendete in der Montagssitzung die Beratung der Marinevorlage. Die Genossen Vernstein und Ledebour beklmpften in eingehenden Darlegungen nochmals die Vorlage. Im Anschluß an die vertrauliche Besprechung des Spionageverweises be- tonnte Genosse Ledebour, daß erst durch die deutschen Flotten- rstungen England sich zu den mannigfaltigsten Kriegsvorbereitungen veranlaßt sah, weil die Engländer sich sagten, die deutschen Rstungen richteten sich gegen England. Genosse Kossik beklmpfte die For- derung von 70 000 M. für den Geheimfond. Die Summe wurde aber gegen die sozialdemokratischen Stimmen bewilligt. Die Forderung von 5 Millionen zur Beschaffung weiterer Unterseeboote führte zu einer Aussprache über den Preis dieser Boote, ebenso wurde über den Ausbau des Flugwesens für die Marine gesprochen. Genosse Bogtr regte internationale Abmachungen an, die zu dem Verbot führen sollten, daß von Flugzeugen aus Sprengstoffe ge- schleudert werden dürfen.

Staatssekretär v. Tirpitz erklärte, daß Deutschland noch gar keine Flugzeuge zu solchen Zwecken besitze, also gar keine Ver- anlassung zu solchen Abmachungen habe. Die Marinevorlage wurde von den bürgerlichen Parteien hierauf angenommen. Da die Redner aller bürgerlichen Parteien für die Vorlage sich ausdrücklich erklärten, die Annahme also feststand, ließ nach allem und stets geubtem Gebrauch der Vorsitzende die Bevlligung nicht durch eine Abstimmung ausdrücken, sondern stellte einfach die Annahme fest. Obwohl mit diesem stets in der Kommission geubten Gebrauch vertraut, unternahm Abg. Erdinger den illoyalen Versuch, in einer zur Geschftsbildung abgegebenen Erklärung feststellen zu wollen, die diese, die Stellung der sozialdemokratischen Kommissionsmitglieder berchtigende Erklärung wendeten sich unsere Genossen sehr energisch unter Hinweis darauf, daß die Stellung der Sozialdemokraten durch die Debatte völlig klargelegt worden sei. Die sozialdemo- kratischen Redner haben sich ja mit aller Schärfe gegen die Vor- lage gewendet und sie bekämpft. — Die Kommission trat dann noch in die Beratung des Marinestetats ein.

Gewerkschaftliches.

Die Aussperrung der Metallarbeiter im Maingau.

Am Montag, den 6. Mai, trat bekanntlich die vom Verband der Metallindustriellen für Frankfurt a. M. und Umgegend angeordnete Aussperrung von 60 Proz. der bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter in Kraft. Nach den Angaben dieses Verbandes beschäftigten die ihm angeschlossenen Firmen zirka 15 000 Arbeiter. Da von diesen rund 4000 im Streik stehen, kämen für die Aussperrung noch 11 000 Beschäftigte in Betracht; es hätten also mindestens 6500 Arbeiter ausgesperrt werden müssen. Nach den Feststellungen des Metallarbeiterverbandes sind aber nur 4032 Arbeiter ausgesperrt, so daß nicht 60 Proz., sondern 36,6 Proz. wirklich ausgesperrt wurden. Selbst wenn einige Hundert nicht organisierte Aussperrte von diesen Zählungen nicht erfaßt sein sollten, so steigt dadurch der Prozentsatz der Aussperrten sicher nicht über 40 Proz. Unter den 4032 ausgesperrten Arbeitern befinden sich nur 2733 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes und rund 1000 Unorganisierte; der Rest gehört anderen Verbänden an. Der Metallarbeiterverband zählte am 31. März er. im Kampfgebiete 24 746 Mitglieder.

In einer Anzahl von Betrieben griff die Organisation der Arbeiter zu Gegenmaßnahmen, so daß die Produktion bei diesen Firmen völlig unterbrochen wurde. Zu diesem Zweck haben sich im Eiderstedt mit ihrer Organisationsleitung 982 Arbeiter, darunter 766 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, den Aussperrten angeschlossen. — Die Arbeitszeiten sind bei den Firmen, die aussperrten mußten, zum guten Teil kürzer, als in den bestreikten Frankfurter Betrieben, und zwar 58 Stunden pro Woche bis herab zu 55 Stunden. Damit widerlegt sich die vor einiger Zeit öffentlich aufgestellte Behauptung des Unternehmerverbandes, daß die große Mehrzahl der im Unternehmerverband vereinigten Firmen die 57stündige Arbeitszeit habe.

An den einzelnen Orten gestaltete sich die Aussperrung folgendermaßen: Die Orte Mainz, Wiesbaden, Höchst a. M. und Siegen weisen überhaupt keine Beteiligung an der Aussperrung auf, im Darmstadt beträgt die Zahl der Firmen, die dem Unternehmerverband angehören, 10 mit zusammen 1480 beschäftigten Arbeitern. An der Aussperrung nicht beteiligt haben sich 8 Firmen mit zusammen 380 Arbeitern. Die übrigen sieben Betriebe mit 1100 Beschäftigten haben 615 Arbeiter ausgesperrt; davon sind 424 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, 40 bei anderen Verbänden und 151 nicht organisiert. Es sind nur 41,5 Proz. ausgesperrt.

Zur Vermeidung der Verwaltungsstelle Frankfurt des Metallarbeiterverbandes (inkl. Homburg v. d. Höhe) sind rund 20 000 Arbeiter in der Metallindustrie beschäftigt. Von diesen stehen zirka 4000 im Streik. 14 Betriebe mit zusammen 3005 Arbeitern haben sich an der Aussperrung beteiligt; ein Betrieb mit etwa 100 Arbeitern sperrt überhaupt nicht aus, andere Betriebe sind in den letzten Jahren aus dem Unternehmerverband ausgestiegen. Bei den genannten 14 Betrieben wurden im ganzen 1706 Arbeiter, das sind 68,4 Proz. der Beschäftigten, ausgesperrt. Durch die Organisation wurden 659 Arbeiter zum Anschluß an die Aussperrten veranlaßt, so daß außer den Streikenden in Frankfurt 2365 Arbeiter im Kampf stehen. Von diesen sind 1566 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. — In H a n a u haben 2 Betriebe mit 412 beschäftigten Arbeitern ausgesperrt. Bei diesen beiden, dem Unternehmerverbande angeschlossenen Firmen sind von den 2600 Hannover Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes 252 beschäftigt. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter beträgt dort 219 oder 53,1 Proz. Unter diesen 219 Aussperrten befinden sich über 106 Unorganisierte und 24 Mitglieder anderer Verbände, so daß in ganz Hannover nur 89 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes ausgesperrt sind.

In Offenbach haben 39 Firmen mit 3047 Beschäftigten ausgesperrt. Eine dem Unternehmerverband angehörende Firma mit etwa 300 Arbeitern hat nicht ausgesperrt. Von den genannten 39 Betrieben hat einer mit rund 50 Arbeitern die Entlassungen zurückgenommen, so daß als aussperrende Betriebe noch 38 mit 2907 Arbeitern verbleiben. — Aussperrt wurden 1492 Arbeiter, das sind von der Gesamtzahl der bei den Verbandsfirmen beschäftigten Arbeiter 44,6 Proz., von der Zahl der bei den aussperrenden Firmen Beschäftigten 49,8 Proz. Unter den Aussperrten sind 1185 Mitglieder des Metallarbeiterverbandes. Auf Veranlassung der Organisation haben sich 279 Arbeiter, darunter 217 Mitglieder, den Aussperrten angeschlossen. 172 Aussperrte sind in anderen Verbänden, außerdem wurden 294 Unorganisierte gefaßt. — Von den an der Aussperrung beteiligten Betrieben haben 19 mit 1645 Beschäftigten eine wöchentliche Arbeitszeit von 54 Stunden, 19 Betriebe mit 1352 Arbeitern eine solche von 57 Stunden.

Insgesamt ergibt sich also folgendes Bild: Im Aussperrungsgebiet werden von den Verbandsfirmen 15 000 Arbeiter beschäftigt. Aussperrt haben 61 Verbandsfirmen, die 7536 Arbeiter beschäftigen. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter beträgt 4032, davon sind Mitglieder des Metallarbeiterverbandes 2733.

Die Aussperrung muß also um so mehr ihren Zweck verfehlen, da sie völlig verpufft ist und bei der Größe der Arbeiterorganisation keinerlei Wirkung auf die Metallarbeiter auszuüben vermag.

Berlin und Umgegend.

Noch kein Friede im Stuckaturgewerbe.

Am Sonnabend fand zwischen den Beauftragten beider Parteien eine verbindliche Aussprache statt. Herr von Schulz, der die Verpächter leitete, meinte, die Publikationen, die von beiden Kontrahenten in der letzten Zeit herausgegeben worden seien, hätten gezeigt, daß noch Mißstände vorhanden wären, die noch geklärt werden können und müßten. Am Sonnabend hatten nun W e n g e l s von den Arbeitnehmern und C a s p a r i von den Arbeitgebern unter Anwesenheit des Herrn von Schulz eine Zusammenkunft, die das Ergebnis zeitigte, daß heute Dienstag eine Subkommission vor dem Einigungsamt Vorbereitungen pflegen soll. Die Arbeiter hatten auf Wunsch und Veranlassung der Vorbereitungen zu entscheiden, ob schon während der beginnenden Verhandlung die Arbeit aufgenommen werden soll. Eine Versammlung der streikenden Stuckateure, die am Montag stattfand, stimmte über die Frage ab, ob die Mitglieder die Arbeit aufnehmen wollen. Dies wurde von der Versammlung glattweg abgelehnt. D e r weiteren erfolgte eine Abstimmung über die Frage, ob bei den kommenden Verhandlungen die Verkürzung der Arbeitszeit in der bisher gewohnten Form vorzugestellen sei. Dafür sprachen sich von 614 abgegebenen Stimmen 605 aus, dagegen 8, während 1 Bettel unbeschrieben blieb.

Die Mineralwasserarbeiter der Firma G. Kinkel-Schöneberg, Helmstr. 5, welche zum Teil ganz pöchtig und ohne jeden Grund entlassen wurden, ersuchten durch ihren Vertrauensmann, die grundlosen Entlassungen doch zurückzunehmen oder anzugeben, weshalb dieselben erfolgt sind. Dies lehnte der Unternehmer ab. Auch ein Vermittlungsversuch durch den Transportarbeiterverband mißlang. Ein Vertreter versuchte eine Verständigung herbeizuführen, aber auch dies lehnte der sehr neidische Herr recht erregt telephonisch ab. Der „gute Mann“ ließ sich überhaupt gar nicht reden, sondern erklärte sehr ausgezuckt, daß bei ihm nicht getreilt würde und er überhaupt nicht zu sprechen sei, im gleichen Moment lag auch schon der Hörer auf dem Apparat. Die Differenzen bestehen also weiter, dies um so mehr, als die Firma, die in einem Tarifverhältnis mit dem Transportarbeiterverband nicht steht, geringere Löhne zahlt als die allgemein üblichen.

Herr Kinkel scheint auf die Arbeiterklasse überhaupt recht schlecht zu sprechen zu sein. Bei der geringsten Veranlassung ergeht er sich in die größtmöglichen Schimpereien. Der Betrieb ist für organisierte Arbeiter gesperrt. Die Mineralwasserarbeiter ersuchen die Gesamtmitgliedschaft, für weitgehende Verbreitung dieser Mitteilung zu sorgen.

Die in der Getränkeindustrie beschäftigten Arbeitnehmer sind im Besitz einer grau-grünen Kontrollkarte, die, wenn sie Gültigkeit haben soll, allmonatlich abgestempelt sein muß. Wir ersuchen, daß die Konsumenten sowohl als auch im besonderen die Mitglieder des Reichs nach der Kontrollkarte fragen, wer nicht im Besitze einer solchen ist, muß als Unorganisierter betrachtet werden. Die Branchenleitung der Mineralwasserarbeiter und -Kauscher des Deutschen Transportarbeiterverbandes.

Fleischerstreik Neustädten. Die Neustädter Junungsleiter verjagen mit allen Mitteln die Wirkung des Boykotts abzuwachen. Das durch den „Gesellenauschuh“ herausgegebene Flugblatt wird noch immer den Kunden als „Beilage“ zu dem Fleisch beigegeben. Ferner wird von den Meistern der Kundschaft erzählt, der Boykott sei von der Parteileitung und der Gewerkschaftskommission gegen den Willen der Zentralverbandsleitung aufgehoben, da die Neustädter Arbeiter es verlange, was jedoch eine große Unwahrheit ist. Der von der Parteileitung und Gewerkschaftskommission einstimmig beschlossene Boykott besteht nach wie vor und wird nicht früher aufgehoben werden, bis die Arbeitgeber die berechtigten Forderungen der Gesellen bewilligen. Die Neustädter Arbeiter werden dafür sorgen, daß trotz aller Unwahrheiten, die die Fleischmeister verbreiten, die Gesellen anständige Löhne und Arbeitsbedingungen erhalten.

Viele Fleischmeister glauben sich dadurch hervorzuheben zu können, wenn sie die Streikenden verhöhnern und verpöhlen. Besonders hervorzuheben ist der Fleischmeister Gleich, Hohenzollerplatz 7. Der Fleischmeister Bartsch, Anleebstr. 41, versucht sich als die verfolgte Unschuld hinzustellen, verschweigt aber, daß er den Tarifvertrag gebrochen hat und sich auf keinerlei Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen eingelassen. Der Fleischmeister Kaplick, Emser Straße, und sein Geselle Oß, der Herausgeber des gelben Flugblattes, welches die Fleischmeister an ihre Kunden jetzt abgeben, wollen anscheinend berühmt werden. Es werden Leute auf die Polizei geladen und ihnen eröffnet, sie hätten Herrn Kaplick und seinen gelben Gesellen belästigt und beleidigt, woran die Betroffenen gar nicht gedacht haben. Der gelbe Ausschuh steht in den Abendstunden gewöhnlich vor der Haustür, um sich „belästigen“ zu lassen, das heißt, um zu provozieren, damit Anlaß zum Einschreiten der Polizei gegeben wird. Wir möchten daher die Arbeiter bitten, lieber die Nähe des Kaplickschen Geschäftes zu meiden, um nicht Unlieblichkeiten dieser Art ausgesetzt zu sein.

Zentralverband der Fleischer. Die Streikleitung.

Deutsches Reich.

Der Tabakarbeiterverband im Jahre 1911.

Auch im Jahre 1911 litt die deutsche Tabakindustrie noch recht erheblich unter den Folgen des 1909 in Kraft getretenen Tabakwersteuergesetzes. Trotzdem ein Teil der Tabakarbeiter aus der Industrie verdrängt worden ist, hatten doch noch viele mit großer Arbeitslosigkeit und Verkürzung der Arbeitszeit zu kämpfen. Das und die fortwährende Verlegung der Betriebe in Gegenden mit billigen Löhnen, sowie die bedeutende Vermehrung der Frauenarbeit, erschweren die Organisationsstätigkeit in der Tabakindustrie ungemein. Deshalb ist auch die Entwicklung des Tabakarbeiterverbandes anders zu bewerten, als die vieler anderer Gewerkschaften.

Trotz aller Schwierigkeiten hat der Tabakarbeiterverband im Jahre 1911 einen durchaus beachtenswerten Fortschritt gemacht. Seine Mitgliederzahl ist von 34 046 auf 35 449 gestiegen. Unter diesen neugewonnenen 1403 Mitgliedern befinden sich allein 1285 weibliche Mitglieder. Der Verband zählt jetzt 17 775 männliche und 17 674 weibliche Mitglieder. Im nächsten Jahre dürfte die Mehrzahl der Mitglieder bereits aus Frauen bestehen. Die regulären Einnahmen einschließlich Extrabeiträgen betragen im Berichtsjahre 877 177 M. gegen das Vorjahr 182 532 M.; mehr; dazu kommen noch 309 000 M. aus Anlaß von Kämpfen vereinnahmten freiwilligen Beiträgen (Generalallosion) und ein aufgenommenes Darlehen von 295 329 M., so daß die Gesamteinnahme einschließlich des Kassenbestandes von 425 570 M. sich auf 1 910 737 M. stellt. Bemerkenswert ist, daß die Mitglieder aus Anlaß der weitläufigen Aussperrung bis zum Schlusse des Berichtsjahres aus Extrabeiträgen 85 100 M. aufbrachten. Die Gesamtsumme betrug 1 899 024 M. der Kassenbestand am Schlusse des Jahres betrug 211 247 M. Eingezahlt mag werden, daß sich die finanziellen Verhältnisse in den ersten Monaten dieses Jahres infolge günstig gestaltet haben, als jetzt nicht mehr von einer Schuldenlast geredet werden und die Kasse wieder als materieller Stützpunkt in den Kämpfen um die Verbesserung der Lebenshaltung der Tabakarbeiter gelten kann. Der größere Teil der von der Generalallosion vereinnahmten Gelder ist erst nach 1911 eingegangen; außerdem sind nach Abschluß der Jahresrechnung noch erhebliche Summen aus Extrabeiträgen der Mitglieder eingegangen und gehen noch ein, so daß der Schlag der weitläufigen Aussperrung den Verband nicht niedergebungen hat. Natürlich sind die Leistungen für Kampfszwecke im Berichtsjahre infolge des Kampfes in Weisfalen, Lippe-Deimold, Walde, Hamburg und Bremen sehr große gewesen; sie betragen 1 028 778 M. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 146 315 M. ausgegeben. Das Mehr gegen das Vorjahr von 61 805 M. ist auf die ungünstige Wirkung der Tabaksteuer zurückzuführen. Die Krankenunterstützung kostete dem Verband 208 270 M.

In Kämpfen mit den Unternehmern hat es dem Verband nicht gefehlt, so sehr auch die Konjunktur infolge der Tabaksteuer daniederlag. War doch oft die misérable Geschäftslage die Ursache zum Kampf, indem die Fabrikanten sich anshidten, die Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verschlechtern. Die erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise drückte die schlecht bezahlten Tabakarbeiter furchtbar. In Weisfalen wollten die gut organisierten Fabrikanten ein Exempel statuieren und sperrten Tausende aus. Der Kampf verbreitete sich auf die Tabakindustriegebiete Hamburg und Bremen, so daß schließlich rund 14 000 Tabakarbeiter im Kampf standen. Der Kampf, der am Jahreschlusse freilich noch nicht beendet war, ist bekanntlich für die Tabakarbeiter günstig verlaufen. Die Fabrikanten haben ihren Willen, die Organisation zu sprengen, nicht durchgesetzt.

Der Verband hatte insgesamt 108 Lohnbewegungen zu führen, die sich auf 685 Betriebe mit 12 531 Beschäftigten, davon 8083 weibliche, erstreckten. Von 147 Angriffsbewegungen ohne Streik hatten 2, von 30 Angriffsbewegungen mit Streik 8 keinen Erfolg. Ein Streik war am Jahreschlusse noch nicht beendet. Von 8 Abwehrestreiks hatten drei einen Erfolg. Alle übrigen Bewegungen hatten einen vollen oder teilweisen Erfolg. Von 3 Aussperrungen verlief eine günstig, zwei ungünstig für die Arbeiter. Die weitläufige Aussperrung ist hier nicht eubegriffen. Der Erfolg der Organisation war, daß insgesamt 9180 Tabakarbeiter der wöchentliche Verdienst um 50 Pf. bis 2,50 M. gesteigert wurde. Für 2383 Arbeiter wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe bis 5 Stunden wöchentlich erkämpft. Während zu Anfang des Berichtsjahres in 207 Orten oder Lohngebieten und 630 Betrieben mit 3278 Arbeitern, darunter 1461 weiblichen, Tarifverträge bestanden, bestanden solche Ende 1911 in 258 Orten bzw. Lohngebieten für 344 Betriebe mit 5001 Beschäftigten, darunter 2579 weiblichen.

Der Tabakarbeiterverband hat schwere Zeiten durchmachen müssen. Wenn trotz dieses Umstandes und trotz der ungeheuren Organisationschwierigkeiten und des geringen Verdienstes der Tabakarbeiter es dennoch möglich war, das zu leisten, was in den vorstehenden Siffern ausgedrückt ist, so ist nicht zu zweifeln, daß der Verband mehr denn je in der Lage ist den wirtschaftlichen Aufstieg der Tabakarbeiter energisch zu fördern. Hierzu wesentlich beitragen wird auch die in allerhöchster Zeit erfolgende langst er-

schnte Beschneidung des Tabakarbeiterverbandes mit dem Verbands der Zigarrenfabrikanten und Stickenbelleber, die von letzteren bereits im vorigen Jahre grundsätzlich beschlossen wurde.

Achtung, Feilenhauer! In Hannover streifen die Feilenhauer seit mehreren Wochen. Die Unternehmer lehnen jede Verhandlung ab; sie erhalten in Remscheid Streifarbeiter gemacht. Leider sind auch einige Feilenhauer und Schleifer als Streikbrecher nach Hannover gekommen. Besonders aus Rheinland und Westfalen finden sich solche Brüder ein. Kann da nicht etwas zur Abhaltung der Leute geschehen? Die Metallarbeiter und besonders die Feilenhauer werden gebeten, dazu behilflich zu sein.

Beendigung der Textilarbeiter-Aussperrung in Leipzig.

Leipzig, 13. Mai. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Nachdem die Streitigkeiten bei den Firmen Sühr u. Co., Kammergarnspinnerei Leipzig und Kammergarnspinnerei Gauß durch Vergleich gelöst worden sind, ist die Aussperrung beendet und nehmen am Dienstag sämtliche Arbeiter der drei Betriebe die Arbeit wieder auf. Die drei Firmen haben den streikenden Arbeitern Lohn-erhöhung in Aussicht gestellt. Von der Aussperrung waren, wie wir bereits meldeten, zirka 5000 Textilarbeiter betroffen worden.

In der Stadtfabrik von Rodscholl, Bettenhausen-Rassel, waren, weil die Arbeiter die Politik zu stellen hatten, Differenzen ausgebrochen. Nach mehrtägigem Streik sind die Differenzen beigelegt worden. Fünf Kollegen blieben auf der Straße, dieselben hatten während des Streiks bei der Geschäftsleitung sich deartig mißlieblich gemacht, daß sie nicht wieder eingestellt wurden. Aber auch jetzt scheint die Firma mit weiteren Maßregelungen vorzugehen. Besonders die Holzraspeler werden arg schikaniert, und wurden am Sonnabend 2 Raspeler entlassen. Unter diesen Umständen werden die Stadtarbeiter aller Kategorien dringend davor gewarnt, im Betriebe von Rodscholl, Bettenhausen-Rassel, Arbeit anzunehmen. Besonders die Raspeler werden darauf hingewiesen, daß die Arbeitsmethode dort besonders gesundheits-schädlich ist, da die Ventilation im Raspeleraal nicht funktioniert. Deutscher Holzarbeiterverband. Zentralkommission für die Stöckindustrie.

Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Brauereiarbeiterstreik in Hefen. Mit dem 1. April war der mit den drei hiesigen Brauereien vor drei Jahren vereinbarte Tarif abgelaufen. Trotz vieler Verhandlungen, die der Verband der Brauereiarbeiter und Mälzereiarbeiter mit dem Vertreter der Brauereien, Herrn Dr. Wolff-Hannover, pflegte, konnte eine Einigung für einen neuen Tarifvertrag nicht erzielt werden. Zugunsten ist streng fernzuhalten!

Achtung! Buchbinder! Kartonnagearbeiter! In Burgkhardt (Sachsen) steht die Buchbinder, Limierer und Kartonnagearbeiter in einer Tarifbewegung. Das Verhalten der Unternehmer läßt einen Streik wahrscheinlich erscheinen, weshalb Zugunsten fernzuhalten ist.

Ausland.

10 000 Textilarbeiter ausgesperrt!

In dem österreichisch-schlesischen Textilkreuz von Bieltz sind seit einigen Tagen 10 000 Textilarbeiter ausgesperrt, nachdem sich die Arbeiter einiger Fabriken durch die Drohung der allgemeinen Aussperrung nicht zum Abbruch des Streiks haben zwingen lassen. Ueberdies hatten die Unternehmer die schon gemachten Zugeständnisse unter dem Druck der Scharfmacher zurückgenommen.

Verfammlungen.

Zu der Erklärung, die Dr. E. Restriepke im „Vorwärts“ vom 12. Mai auf die vom Verbandstag des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen gefaßte Entschlieung gegeben hat, ist unfererseits folgendes zu bemerken:

Dr. Restriepke, der bisherige Parteisekretär der Demokratischen Vereinigung, ist nach deren Zusammenbruch bei den Reichstagswahlen Angestellter des bürgerlichen Bundes der technisch-industriellen Beamten und Mitglied der sozialdemokratischen Partei geworden. Als Angestellter jenes Bundes der technisch-industriellen Beamten hat Dr. Restriepke auch für den Bund der kaufmännischen Angestellten agitiert, der im vorigen Jahre als Konkurrenzorganisation gegen den freigewerkschaftlichen Zentralverband der Handlungsgehilfen gegründet worden ist. Noch am 15. April 1912 hat Dr. Restriepke eine Agitationsversammlung in Rassel für den Bund der kaufmännischen Angestellten abgehalten, obwohl dieser Bund eine laibhafte Propaganda für die Lostrennung der Angestellten von der freigewerkschaftlichen Arbeiterbewegung betreibt. Trotzdem erklärt Dr. Restriepke im „Vorwärts“ vom 12. Mai, daß er sich nicht beteiligt gewesen ist, jemals gegen den Anschluß der Handelsange-stellten an die freie Gewerkschaft agitiert zu haben. Das Urteil darüber überlassen wir den Lesern. Zentralverband der Handlungsgehilfen. J. A.: Paul Lange.

Letzte Nachrichten.

Moloch Militarismus in Oesterreich-Ungarn.

Budapest, 13. Mai. (W. Z. B.) Die verlanet, beschließt die Regierung in der Rekrutierungsvorlage ein erhöhtes Kontingent von 135 000 Mann zu beantragen.

Ein würdiger Kirchenfürst.

Moskau (Herzogowo), 13. Mai. (P. U.) Der Archimandrit des griechisch-orientalischen Klosters Christophoros Micholowitsch ist auf Anordnung der Behörden dem hiesigen Gefängnis eingeliefert worden. Nach der einen Behauptung soll sich der Bischof eines Sittlichkeitsverbrechens an einem 13jährigen Mädchen schuldig gemacht haben, nach einer anderen soll er mit großen Unterschlagungen des griechisch-orientalischen Kirchenfonds in Verbindung stehen. Der Staatsanwalt hat die sofortige Untersuchungshaft über den Bischof verhängt. Micholowitsch hat bereits wegen der Fälschung eines Testaments eine längere Kerkerstrafe hinter sich.

Aus der Pariser Gesellschaft.

Paris, 13. Mai. (P. U.) Ein neuer Sittensandal, durch den mehrere Mitglieder der Pariser Gesellschaft stark kompromittiert sein sollen, erregt hier großes Aufsehen. Die Polizei verhaftete gestern im Montmartrebezirk, in der Nähe des Elysées, in den hauptsächlichsten Vergnügungslökalen 21 Personen, meistens Mütter, die ihre Töchter im Alter von 13—16 Jahren an Fremdenhäuser verpupelt hatten. Wie es heißt, sollen auch mehrere bekannte Pariser Persönlichkeiten in die Angelegenheit verwickelt sein. Weitere Verhaftungen sollen bevorstehen.

Südamerikanische Ortschaft in Flammen.

Montevideo, 13. Mai. (P. U.) Eine verheerende Feuerbrunst wütet seit gestern vormittag in dem Flecken Saucha in Uruguay. Das Feuer wird durch den herrschenden Wind stark begünstigt. Ueber 20 Häuser sind den Flammen bereits zum Opfer gefallen, zahlreiches Vieh ist verbrannt. Man fürchtet für die ganze Niederlassung. Mehrere Häuser mußten wegen der drohenden Gefahr und der übergroßen Hitze des Brandes von ihren Bewohnern geräumt werden. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind Menschen nicht zu Schaden gekommen. Die Entstehungsurache der Feuersbrunst ist noch nicht bekannt.

Reichstag.

61. Sitzung. Montag, den 13. Mai 1912, nachmittags 2 1/2 Uhr.

Am Bundesratsitz: v. Heeringen.

Die zweite Beratung des Militäretats

wird fortgesetzt und zwar mit der Diskussion über die Duellresolution der Budgetkommission,

die folgenden Wortlaut hat:

A. Den Herrn Reichszugler zu ersuchen, alsbald Schritte zu tun, die geeignet sind, die Zweikämpfe zu beseitigen, insbesondere dem Zwange zur Herausforderung zum Zweikampfe und zur Annahme eines solchen entgegenzutreten; vor allem aber schleunigst zu veranlassen, daß die Bestimmungen der Orde vom 1. Januar 1897 über die Einschränkung und Vermeidung der Zweikämpfe überall und in allen Teilen zur strengsten Durchführung gelangen, daß namentlich

- 1. Personen von eheloser Bestimmung für einen Ehrenhandel unter allen Umständen auszuschließen;
2. gegen die Beleidiger schleunigst und scharf vorgegangen wird;
3. Ehrenhandel erst nach erfolgtem ehrengerichtlichen Verfahren zum Austrage gebracht werden;
4. die Ablehnung eines Zweikampfes aus religiösen oder sittlich gerechtfertigten Bedenken ebensowenig wie Streitigkeiten dienstlicher oder privatgeschäftlicher Natur zum Gegenstand eines ehrengerichtlichen Verfahrens gemacht werden.

B. Den Reichszugler zu ersuchen, die erforderlichen Schritte zu tun, um dem gesetzwidrigen Duellwesen im Heere dadurch ein Ende zu machen, daß eine Aenderung des Militärstrafgesetzbuches in dem Sinne herbeigeführt wird, daß bei der Beirufung im Zweikampfe unter Herausforderung zum Zweikampfe auf die Nebenstrafe der Entlassung aus dem Heere zu erkennen ist.

Abg. Lebebour (Soz.)

Mit dem ersten Teil der Resolution A sind wir einverstanden, ebenso mit der Resolution B, die in der Kommission von den Freisinnigen beantragt war. Dagegen sind wir nicht einverstanden mit dem zweiten Teil der Resolution A, die in der Kommission vom Zentrum beantragt war, weil in diesem Teil die Durchführung der Orde vom 1. Januar 1897 verlangt wird und weil diese Orde eine

grundätzliche Anerkennung des Duells

enthält und nur dessen Einschränkung wünscht. Deshalb müssen wir diesen Teil ablehnen und werden daher getrennte Abstimmung beantragen.

Wie die Dinge sich zunächst hier im Hause und dann in der Budgetkommission entwickelt und abgehandelt haben, ist überaus interessant. Die Duellfrage wurde hier durch die Verhandlungen am 24. April akut, als auf eine Anfrage des Abg. Erzberger wegen des Falles Sambeth der Kriegsminister eine Antwort gab, die die höchste Entrüstung besonders in den Reihen der Zentrums- und Sozialdemokraten erregte. Die fraglichen Worte des Kriegsministers lauteten: „Hier handelt es sich nicht um würdig oder unwürdig, sondern hier handelt es sich lediglich darum, jemand, der Aufstellungen befehlet, wie es der betreffende Herr getan hat, paßt unter den vorliegenden Umständen nicht in die Verhältnisse, unter denen er bisher war.“

Kleines feuilleton.

Julian Borchardt und — M. Porcius Cato. Genosse Borchardt kann sich für das Mißgeschick, das ihm im preussischen Abgeordnetenhaus widerfuhr, mit dem Gedanken trösten, daß er einen berühmten Leidensgefährten in der Person des jüngeren Cato besitzt. Im April des Jahres 59 v. Chr. wurde dieser in einer denkwürdigen Senatssitzung auf Befehl des Präsidenten durch Polizeigewalt aus dem Sitzungssaale entfernt. Man kann sich überhaupt das parlamentarische Leben der späteren römischen Republik gar nicht modern genug denken. Bei dem heftigen Parteikampf, der in jenen Jahrzehnten zwischen den Konservativen, den Optimaten, und der Volkspartei, den Popularen, geführt wurde, ist es begreiflich, daß man auch zur Anwendung der Obstruktion im Senat schritt. Zunächst existierte zwar eine Redefreiheit in unserem Sinne nicht, der Vorsitzende forderte vielmehr in einer bestimmten Reihenfolge allen Senatoren auf, sich zur Tagesordnung zu äußern. Natürlich sprachen in der Regel nur die Parteiführer. Wenn nun ein Senator aufgefordert war, konnte er so lange reden, wie er wollte, und dabei jedes beliebige politische Thema anfragen. Der Vorsitzende hatte nicht das Recht, ihn zur Sache zu rufen oder zum Schluß zu nötigen. Sodann bestand der Grundlag, daß keine Senatssitzung länger als bis zum Sonnenuntergang dauern dürfe. Bei dieser Rechtslage brauchte ein obstruierender Senator nur eine Dauerrede bis zu dieser Tageszeit zu halten, und jeder Beschluß war unmöglich.

Im Jahre 79 v. Chr. wurde zum erstenmal diese Verschleppungstaktik im römischen Senat angewandt. Aus den folgenden 20 Jahren sind uns noch zehn weitere Fälle von Obstruktion überliefert. Der größte Meister in dieser Kunst war aber der jüngere Cato, der Wortkämpfer der römischen Junker. Jahrelang stand man der Obstruktion völlig wehrlos gegenüber, bis der römische Senat einen Vorsitzenden erhielt, der sich von irgend einem Hindernis nicht ablassen ließ. Es war C. Julius Cäsar. Im Jahre 59 verwaltete er das Konsulat, die Präsidialfunktion der römischen Republik. Er plante eine großzügige Agrarreform. Die Vorlage wurde von den Optimaten aufs heftigste bekämpft, und Cato besaß, sie auf die übliche Weise totzureden. Da kam Cäsar auf folgenden Ausweg. Nach römischem Recht konnten die höchsten, gewählten Würdenträger des Staates von jedem Bürger unbedingten Gehorsam verlangen. Sie wurden deshalb stets von einigen Polizeidienern, den Victoren, begleitet. Als nun in der Senatssitzung Cato trotz allen Mahnungen des Vorsitzenden immer weiter redete, stellte Cäsar fest, daß ein Widerstand gegen die in ihm verübte Staatsgewalt vorliege, und befahl den Victoren, Cato auf der Stelle zu verhaften und ins Gefängnis abzuführen. Als aber die Beamten sich anschickten, Cato aus dem Saale zu bringen, erhoben sich sämtliche konservative Senatoren und erklärten, sie würden Cato ins Gefängnis begleiten. Als Cäsar die Herren zum Weichen aufforderte, da er die Sitzung noch nicht geschlossen habe, rief ihm ein Mitglied der Opposition zu: „Ich will

sich und den Offiziersstand mit dieser Äußerung außerhalb des Gesetzes.“

In den Kommissionsverhandlungen erlebten wir aber etwas ganz anderes. Während hier im Hause die Entrüstung der Zentrums- und Sozialdemokraten, wie die Brandung des empörten Meeres, hörten die Ausführungen in der Kommission sich an, wie das Gefäusel eines sanften Windes.

Trotzdem der Kriegsminister von seinem prinzipiellen Standpunkt nicht um Haarsbreite abwich, wurde eine Resolution gefaßt, zu der er selbst seine Zustimmung erklären konnte. Nach der Darlegung des Kriegsministers in der Kommission kann es nicht ertragen werden, und zwar weder von der Heeresverwaltung, noch von den obersten Inhabern der Kommandogewalt, noch von dem Offizierskorps, daß ein Offizier, der das Duell verweigert, noch im Heere bleibt. Das Strafgesetzbuch bestraft aber den Duellanten ganz ausdrücklich; nach dem Strafgesetzbuch ist jeder verpflichtet, das Duell zu verweigern, und schon durch die Herausforderung macht er sich strafbar. Wir haben hier einen klaffenden Widerspruch nicht bloß zwischen den Anschauungen der Mehrheit des Volkes und des Offiziersstandes, sondern auch in der Betätigung dieser Anschauungen, wie sie von den obersten Stellen, die die Hüter des Gesetzes zu sein in Anspruch nehmen, von dem Kriegsminister, dem Kaiser, dem Offizierskorps, gefordert werden, von dem Offizierskorps, wie ich zu seinen Ehren annehme, nicht aus der innersten Anschauung, daß die Befolgung der Gesetze etwas Nebenwichtiges sei, sondern unter dem terroristischen Druck, daß derjenige aus dem Heere ausgeschlossen wird, der das Gesetz befolgt. Das ist ein Zustand, der nicht ertragen werden kann. (Lebhafte Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hier dürfte der Reichstag sich auf keinerlei Schwächungen einlassen. Das schlimmste ist, daß von der höchsten Militärbehörde und von dem Inhaber der obersten Kommandogewalt

die Offiziere zum Duell gezwungen

werden. Das ist der Sinn der Ehrengerichtsordnung und der Rabinetsorder vom 1. Januar 1897. In der Kommission wollten die Herren vom Zentrum durch Verurteilung auf diese Rabinetsorder verzichten, eine Abschwächung der Duellregeln herbeizuführen. Diese Rabinetsorder erkennt diese Duellregeln grundsätzlich an und will sie sogar unter Umständen erzwängen. Die Pflicht des obersten Hüters des Gesetzes wäre es, zu sagen, ich will, daß dem Duell der Offiziere ein für allemal ein Ende gemacht wird. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Stattdessen wird nur gesagt, es soll ihm mehr wie bisher vorgebeugt werden, und aus dem ganzen Inhalt der Orde geht hervor, daß die Offiziere unter Umständen zum Duell gezwungen werden sollen, und wenn sie dem terroristischen Druck nicht Folge leisten, aus dem Heere entlassen werden. Dieses widergesetzliche Verfahren, durch die daran mitwirkenden Personen einschließliche des obersten Inhabers der Kommandogewalt, sich selbst außerhalb des Gesetzes stellen, ist das aller schlimmste. Dazu kommt noch eins. Die Monarchen selbst lehnen für ihre Person das Duell unter allen Umständen ab, und die königlichen Prinzen stehen außerhalb des Duellzwanges. Wir haben also eine dreiklassige Ehrenordnung.

Auf der obersten Stufe stehen die Monarchen und die Prinzen der königlichen Häuser; diese brauchen keine Satisfaktion zu geben, sie begnügen sich, wenn sie beleidigt werden, mit dem Einschreiten der Gerichte. Die zweite Klasse besteht aus dem Offizierskorps und Leuten aus anderen Berufen, die den Anspruch erheben, auch unter dem Ehrenlob der Offiziere zu stehen. Diese müssen sich unter Umständen ducken. Und dann kommt die dritte Klasse, die überwiegende Mehrzahl der Menschen, die überhaupt nicht satisfaktionsfähig sind und zwar wird die Satisfaktionsfähigkeit nicht davon abhängig gemacht, ob der Betreffende irgend etwas getan hat, was sich mit dem Ehrenlob der Offiziere nicht verträgt, sondern ob er bestimmten Berufen angehört. So würde ein Offizier die Herausforderung eines Schneidergesellen sicherlich ablehnen, und niemand würde einen Grund zur Entlassung aus dem Heere finden. Wie weit die Grenze der Satisfaktionsfähigkeit geht, ist nicht ganz klar, am allerwenigsten nach den Ausführungen des Kriegsministers am Sonnabend. Ein junger Mann, der eine Tante hat, die mit Eiern oder Heringen handelt, oder ein orthopädisches Institut einrichtet, kann ja nach diesen Ausführungen nicht Offizier werden und ist

dann wohl logischerweise auch nicht satisfaktionsfähig. Nach unserer Auffassung stehen alle die Leute, die den Duellzwang aufrecht erhalten und Offiziere zum Duell zwingen, nicht nur außerhalb des Gesetzes, sondern auch unterhalb der Moral, die in unserem Volke herrscht, und am aller niedrigsten auf der Stufenleiter der Moral stehen doch unbedingt diejenigen Personen, die, während sie selbst ein Duell ablehnen würden, andere Leute zum Duell zwingen wollen. Diese stehen auf der aller tiefsten Stufe der Moral, und das sind leider diejenigen Personen, zu denen in erster Reihe auch der Inhaber der obersten Kommandogewalt gehört. (Unruhe rechts.)

Präsident Raemys: Ich kann nicht zulassen, daß Sie von dem Inhaber der obersten Kommandogewalt sagen, er stehe auf der tiefsten Stufe der Moral.

Abg. Lebebour (fortfahrend):

Ich habe das nicht allgemein, sondern nur in bezug auf diesen Punkt gesagt, in bezug darauf, daß er andere Leute zum Duell zwingt, während er für sich und seine Familie das Duell ablehnt. In dieser Beziehung steht er auf der tiefsten Stufe der Moral. (Erneute Unruhe rechts.)

Präsident Raemys: Das ist genau daselbe. Ich bitte Sie, sich zu nähigen.

Abg. Lebebour (fortfahrend):

Wenn einmal ein paar königliche Prinzen im Duell niedergelassen würden, bekämen wir sofort eine Rabinetsorder, die dem Offizierskorps das Duell verbietet. Gegenüber diesen Zuständen sollte der Reichstag alles aufbieten, um seinerseits das Duell auszurufen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da der Reichstag nicht ausschließlich die gesetzgebende Gewalt und auch nicht die Kommandogewalt hat, so kann er das nur auf indirektem Wege, und insofern sind die Teile der Resolution, die prinzipiell die Unzulässigkeit des Duells betonen, und die Duellanten und Herausforderer zum Duell aus dem Heere zu entlassen fordern, ein Fortschritt; sie stimmen mit unserer Auffassung überein, wenn wir auch eine stärkere Fassung wünschen. Der andere Absatz dagegen, der unter Berufung auf die Rabinetsorder vom 1897 die Einschränkung der Duelle wünscht, enthält eine prinzipielle Anerkennung des Duells. Diesem Teile können wir nicht zustimmen.

Rum hat der Kriegsminister noch eine Bemerkung in der Kommission gemacht, die gleichfalls zurückgewiesen werden muß. (Der Kriegsminister unterhält sich in einer Ecke des Saales.) Wir sind es ja gewohnt, daß die Minister bei Verhandlungen, die ihnen unangenehm sind, eine

Vogelstrauchpolitik

treiben und den Kopf in den Sand stecken (Unruhe rechts). Es wäre vielleicht zweckmäßig, daß der Kriegsminister darauf aufmerksam gemacht wird, daß es nicht richtig ist, wenn hier über Fragen seines Ressorts verhandelt wird, sich mit den Vertretern anderer Parteien zu unterhalten und eine Art Sonderparlament zu bilden. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten, der Kriegsminister nimmt seinen Platz wieder ein.) Indem der Kriegsminister ausführte, daß eine Einschränkung des Duells wünschenswert sei, sagte er: „ein voller Erfolg wird aber erst möglich sein, wenn bei Zusammenstößen zwischen Mitgliedern der Armee und Personen außerhalb derselben durch eine Aenderung der Gesetzgebung der Schutz der persönlichen Ehre wesentlich gestärkt worden ist.“ Das ist ein Stück von ungenierter Zustimmung an den Reichstag, wie sie wirklich ihresgleichen sucht. Der Kriegsminister sagt, wir haben das Vorrecht, ein Duell einzugehen und die Gesetze zu brechen, und wenn man uns zumutet, uns dieses Vorrecht zu begeben, so muß erst das Strafgesetzbuch gegen andere Leute verschärft werden. Das ist geradezu unerhört, Herr Gröber! (Der Abg. Gröber nickt zustimmend.) Es freut mich, daß wir einmal übereinstimmen und ich hoffe, diese Uebereinstimmung wird länger vorhalten, als die vom 24. April. Der einzige milde Umstand für den Kriegsminister ist, daß diese

ungenierte Herausforderung des Reichstages

zweifellos nicht in seinem Kopfe gewachsen ist, sondern daß sie ihm von seinen juristischen Beratern eingegeben ist. In der Zeit Wagner, die glücklicherweise nicht perfekt geworden ist, hat sich ja gezeigt, wie von konservativen und selbst von national-liberalshülenden Juristen auf eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Beleidigungen hingearbeitet wird. Das ist eine der gefährlichsten Reaktionspläne, denn er geht auf

lieber mit Cato ins Gefängnis, als mit Dir im Senat sitzen! Es blieb Cäsar nichts übrig, wenn er einen ungeheuren Skandal vermeiden wollte, als den Haftbefehl wieder zurückzunehmen. Catos Obstruktion war aber gebrochen.

Theater.

Romische Oper (Gastspiel des Neuen Schauspielhauses): „Spiele ihrer Erzellenz“ von Joe Fekels und Rudolf Strauß. Das bereits in Wien mit Erfolg aufgeführte Stück wurde auch hier mit starkem Beifall aufgenommen. Gewiß, es arbeitet mit Sensationen; aber es bietet in der Psychologie einer eigentlich lombardischen russischen Aristokratendame, die Heberfärbung und Sucht nach neuen Aufregungen eine Zeit lang ins revolutionäre Lager treibt, und in der Kontrastierung ihres hohen Mutterwesens mit der selbstlos schlichten Hingabe wirklicher Revolutionäre auch viel Gedankentiefes, das mehr als äußerliche Spannung auslöst.

Die Gesellschaftszusammen des ersten Aktes in dem Salon des grougnanten, vor einem Attentate zitternden Gouverneurs sind sehr charakteristisch in der Schilderung des zynisch-frivolen Lons. Vera, die schöne Gouverneursgattin, die ihren Mann nicht weniger als ihre flirtenden Verehrer verachtet, amüsiert sich, die Herrschaften durch unverschämte Sottisen zu verflüchten. Im Kopf und Herzen leer, hat sie's in diesem Spiel zu seltener Virtuosität gebracht. Sie hegt den Grafen Alexinski, der es an Impertinenzen mit ihr aufnehmen, durch halbe Zusagen in Betrügnungen, ob nicht die Revolutionäre am Ende interessanter wären als die langweiligen Stützen des Staates. Den Gouverneur, der beim Demonstrationzuge auf die wehrlosen Massen feuern ließ, ruft ein gefälschtes Telegramm auf die Straße. Man hört den Knall einer Bombe. Der Generalknecht ist in die Luft gesprengt, und Vera, nachdem der erste Herdenschuß vorüber, widmet sich der angenehmen Sorge um die Willensollette.

Sie möchte sich vor dem Attentäter im Gefängnis aufspielen, vielleicht die Namen der Komplizen, die er standhaft verweigert, ihm ablesen. Der Polizeidirektor verschafft ihr die Gelegenheit. Am Anfang martiert sie die über den Tod ihres Gemahls Untröstliche. Der Terrorist entgegnet, sie möge an alle jene Frauen denken, die durch ihren Mann Witwen geworden sind. Aus feinen ruhig festen Worten leuchtet verborgene Begeisterung, von der sie nie gehört. Die selbstgefällige Zurücklosigkeit, in der er, vom Sieg der Freiheit überzeugt, dem Tode entgegengeht, imponiert ihr als ästhetisches Schauspiel, und in die Bewunderung mischen sich Instinkte weiblicher Verliebtheit. Die Lust zu etwas unerhörtem Kühnen kommt sie an. Sie will ihn retten. Er weist es ab.

Der Schlußakt rückt das Melodrama dieser Bekehrung ironisch das richtige Licht. Vera hat mit ihrem Gelde dem Freunde des Gehens das Gefängnis geöffnet. Sie konspiriert, hält sich für eine Nihilistin und schmückt sich mit Worten des Toten, dem ihre Seele ewig angehören werde. Sie findet, daß die Neue Rolle ihr vorzüglich steht und die aller spannendsten Abenteuer verspricht. Wie interessant, daß man ihren Verehrer, den Grafen

Alexinski, auf die Liste der vom Geheimkomitee Verurteilten gesetzt hat, und daß sie, gerade sie, ihn in den Hinterhalt locken soll. Aber noch interessanter wäre, wenn sie ihn selber tötete. Welch eine Sensation. In ihrer Eitelkeit plappert sie vor dem steifisch lächelnden Galan das Geheimnis ihrer Beziehungen aus und greift dann plötzlich drohend zum Revolver. Er laßt sie aus, und als sie merkt, daß sie durchschaut ist, verliert sie selbst die Freude an der Pose, schlüpft aus dem erborgten Löwenfell in ihr angebrochenes Kostentum zurück, läßt sich, da es zu einer modernen Judith doch nicht langen wollte, vom Grafen auf eine Bergnügungsdampfer nach Monte Carlo mitnehmen.

Die Wüst brachte das Komödiantentum des verstiegenen Dämchens mit brillant lebendigem Temperament zum Ausdruck. Salfner als Gesangener war kraftvoll männlich, Kaiser-Tich ein Hevaleresk gewandter Graf.

Humor und Satire.

Knechte

Kemer Kolb, du wirst unsterblich und kannst nichts dafür. Ach, dein Amt ward dir verberblich, armes Opfertier. Traurig ist dein Ruhm, und eines tröste dich allein: schließlich ist es nichts Gemeines einmal Hausknecht sein. Und kein braver Hausknecht möge tauschen mit der Schär der freiwillig-preussischen Knechte, die dein Auftraggeber war.

Valthasar Jörn.

Notizen.

Theaterchronik. Das Neue Volks-Theater (Neue freie Volksschule) veranstaltet zu Ehren von Schnitzlers 50. Geburtstag am Mittwoch eine Aufführung von „Literatur“ und „Liebeslei“.

Strindbergs Befinden ist nach Stockholmer Meldungen hoffnungslos. Seit Sonntagabend hatte er das Bewußtsein verloren.

Die höchsten Eisenbahnen der Welt. Die Eisenbahnstrecke zwischen Chile und Bolivia, die vor kurzem vollendet worden ist, hat eine Teilstrecke von Rio-Plata bis Potosi, die 4880 Meter hoch ist, und als die höchste Eisenbahn der Welt gelten darf. Wie in der „Natur“ mitgeteilt wird, kommen zwei Schienenwege in Peru diesem Rekord am nächsten, nämlich die Eisenbahnlinie, die sich bei Morococha bis 4840 Meter, und die, die sich bei Tielco bis 4780 Meter erhebt. In Lima erreicht die Eisenbahn bei La Craya eine Höhe von 4750 Meter; 4873 Meter ist der Schienenweg im Süden von Peru bei Portez del Cruzero hoch und 4200 Meter erreicht die über die Anden führende Eisenbahnstrecke zwischen Argentinien und Chile.

während Präsident Dr. Fehr. v. Erffa sich auf seinen Platz unter den Konservativen begibt.

Der Einspruch des Abg. Vorchardt.

Das Haus nimmt die Mitteilung, daß von den Abgeordneten Dr. v. Sydbrand (L.) und den Sozialdemokraten übereinstimmend beantragt wird, über den Einspruch des Abg. Vorchardt gegen seine Ausschließung aus der Sitzung vom 9. Mai namentlich abzustimmen, mit lebhafter Heiterkeit entgegen und beschließt, namentlich abzustimmen.

Der Namensaufruf dauert etwa eine halbe Stunde. Das erste „Nein“ auf die Frage, ob die Ausschließung gerechtfertigt war — wird von dem Abg. Vorchardt (Soz.) abgegeben. (Große Heiterkeit rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Selbstenennung der preussischen Duma! (Pfeiferei rechts.)

Vizepräsident Dr. Fehr: Ich bitte, solche unparlamentarischen Zwischenrufe zu unterlassen. Wir gehen über zum

Knappschaftsgesetz.

Abg. Lehner (Soz.)

bedauert, daß die Kommission nicht über die Reglementsvorlage hinausgegangen sei, nachdem der Minister ihr erklärt hatte, er sei der Meinung, daß es nicht notwendig wäre, neue Bestimmungen in die Kreise der Versicherten hineinzubringen. Infolgedessen sind die Verbesserungen für die Arbeiter bei diesem Gesetzentwurf nicht größer, als sie von der Reichsversicherungsordnung vorgeschrieben werden. Ja, es bedeutet eine Verschlechterung, daß die Festsetzung des Grundlohns vom Oberbergamt auf das Oberbergamt übergeht. Da das Oberbergamt mehr oder weniger den Unternehmerstandpunkt für die fiskalischen Betriebe vertritt, bedeutet diese Aenderung, daß die Arbeitgeber selbständig ohne Zuziehung der Arbeiter entscheiden. Der Minister hat diese Aenderung damit begründet, daß sonst in Betrieben ohne Oberbergamtsamt, z. B. in Schleifen, Arbeiterbesitzer, die nicht Vergläute sind, über den Grundlohn mitentscheiden würden. Da sei es zweckmäßiger, daß das Oberbergamt die Sache mache. Weil also im Oberbergamtsbezirk Breslau die Vergarbeiter nicht teilnehmen könnten, sondern nur andere Arbeiter, sollen in allen anderen Fällen die Vergarbeiter von der Mitwirkung ausgeschlossen werden! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sehr bedauerlich ist, daß alle Anträge auf

Berichtigung der Strafgewalt der Knappschaftsassenverwaltung und ebenso die abgelehnt worden sind, die bei der Festsetzung kleiner Heilmittel und bei der Höhe der Zuschüsse für größere Heilmittel die Massenmitglieder unter das Oberbergamtsamt, statt unter das Oberbergamt stellen wollen. Die Strafgewalt geht bis zu einem Abzug von drei Tagen Krankengeld. Dadurch soll die Aufrechterhaltung der Ordnung gesichert werden. Dieser Anschauung können wir uns absolut nicht anschließen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da aber der § 181 a die Befugnis der Verwaltung doch etwas einschränkt, stimmen wir für das Gesetz. Das bedauerlichste an dem Entwurf bleibt, daß die Rechte der Jubilanten nicht mehr in dem früheren Ausmaß wieder hergestellt werden. Hier hat sich die Gesetzgebung von 1906 als die denkbar größte Ungerechtigkeit erwiesen. Hätte damals das Abgeordnetenhaus nicht die Rechte der Jubilanten angetastet, dann wäre es heute nicht dazu gekommen, zu beschließen, daß nur diejenigen Jubilanten wahlberechtigt bleiben, die ihre Beiträge zur Krankenkasse zahlten.

Dieser Gesetzentwurf beweist aber auch, daß die sozialpolitische Gesetzgebung des Reichstages turmhoch über derjenigen des Abgeordnetenhauses steht, obgleich man anerkennen muß, daß die Reichsversicherungsordnung durchaus kein Gesetzeswerk sozialer Art

ist, in dem die Rechte der Arbeiter gewahrt werden. Aber immerhin würde, wenn nicht die Reichsversicherungsordnung der Landesgesetzgebung bestimmte Verpflichtungen auferlegte, noch heute an eine Aenderung des Knappschaftsgesetzes nicht gedacht werden und ohne den Zwang der Reichsversicherungsordnung würde auch das geheime Wahlrecht noch nicht eingeführt werden. Gerade deshalb aber stimmen wir für das Gesetz, das nun auch für die Knappschaftsassen die Bestimmungen einführt, die die anderen Krankenkassen längst haben. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Brust (B.) erklärt sich für die Vorlage, die darauf einstimmig angenommen wird.

Vor leeren Bänken wird darauf die Kleinbahnbesatte fortgesetzt, wobei wieder einige Duzend Redner die Eisenbahnwünsche ihrer Wahlkreise vertreten. Einige Abgeordnete suchen sich die Langeweile zu vertreiben, indem sie die Sekundärbahnreden mit lebhaften „Hört! hört!“-Rufen und Zustimmungsgeläutern begleiten, was immer einige Heiterkeit hervorruft.

Dienstag 11 Uhr: Weiterberatung, Diätenantrag, Lehrergehaltfrage, Singernot, Petitionen.

Aus der Frauenbewegung.

Die Frauen und der Boykott.

Mit der unaufhaltsam fortschreitenden ökonomischen Entwicklung, die das Meer der Beschäftigten immer gewaltiger anschwellen läßt, werden auch die Frauen mehr und mehr in das Getriebe der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe hineingezogen. Die ehemals so beschränkten und unterwürfigen Hausfrauen treten als aktive Kämpferinnen an die Öffentlichkeit, vereinen sich mit ihren männlichen Klassengenossen zum Kampfe gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Anfangs waren es nur wenige Frauen, die es wagten, sich öffentlich zu den Forderungen und Zielen der modernen Arbeiterbewegung zu bekennen, sie hatten schwer zu kämpfen gegen die Rücksichtlosigkeit der eigenen Geschlechtsgenossinnen, die es unbegreiflich fanden, daß sich auch Frauen gewerkschaftlich und politisch betätigen können. Obwohl auch heute noch die Zahl der indifferenten proletarischen Frauen gewaltig groß ist, so ist doch nicht zu verkennen, daß auch das Meer der politisch aufgestellten und zum Klassenbewußtsein erwachten Proletarierinnen stärker und immer stärker wird. Diese hochherausgehende Tatsache wird am besten offenbart durch die rege Anteilnahme der Frauen an den großen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen, die das Proletariat in den letzten Jahren auszufechten hatte. Und es ist von größter Bedeutung, daß nicht nur die Arbeiterfrauen der Großstädte sich an den Kämpfen beteiligen, sondern es gibt auch zahlreiche kleinere Städte und Industriegemeinden, die heute schon eine große Anzahl operativer und kampfkundiger Arbeiterfrauen aufweisen können.

Wo die gewerkschaftliche und politische Organisation festen Fuß gefaßt hat, da ist auch die Möglichkeit gegeben, die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen. Leider wird in dieser Richtung nicht genügend gearbeitet, sonst müßte die Zahl der tätigen Genossinnen eine noch weit größere sein, als sie jetzt vorhanden ist. Wie dringend notwendig aber gerade die Mitarbeit der Frauen ist, dafür ein Beispiel aus der bremischen Minnstadt Vegesack und deren Umgegend, den Industriegemeinden des Kreises Wilmsloh. Seit

9 Wochen stehen hier die freigeberwirtschaftlich organisierten Schlächtergesellen im Kampfe gegen ein kapitalistisches und deshalb präventives und äußerst rücksichtsloses Unternehmertum. Es waren nur sehr bescheidene Forderungen, die die Organisation der Schlächtergesellen, der Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands, den Meistern unterbreitet hatte. 12stündige Arbeitszeit, ein Mindestlohn von 18—16 M. und die Anerkennung des Verbandsarbeitsnachweises, mehr verlangten die Schlächtergesellen nicht. Den Meistern aber war es schon zuviel, daß die Gesellen sich überhaupt erdreiseten, Forderungen zu stellen. Das patriarchalische Verhältnis im Schlächtergewerbe hatte es so mit sich gebracht, daß nur die Herren Meister kommandierten und die Gesellen demütig gehorchten. So war es immer gewesen und sollte auch in Zukunft so bleiben. Eine andere Auffassung bekundete die organisierte Arbeiterkraft von Vegesack und Umgegend. Sie fühlte sich verpflichtet, den bedrückten Arbeitsflaven im Schlächtergewerbe beizuhelfen. Der Boykott wurde über etwa 30 Schlächtermeister verhängt und dauert heute noch fort. Im Laufe des neunwöchentlichen Kampfes sind die materiellen Forderungen der Schlächtergesellen gänzlich in den Hintergrund gedrängt worden. Der Kampf hat sich durch das brutale Verhalten der Meisterpropaganda zu einer Nachfrage gestaltet. Man will die Organisation als Verhandlungsberechtigten Faktor nicht anerkennen und den Gesellen die Koalitionsfreiheit verweigern. So wird der Kampf nur noch geführt um das wichtigste und heiligste Recht, das heute der Arbeiter besitzt: um das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht.

In solchen Kämpfen, die durch den Boykott entschieden werden sollen, ist die Mithilfe der Frauen durchaus erforderlich, denn diese treten in erster Linie als Käuferinnen auf und entscheiden dadurch den Kampf zugunsten der einen oder anderen Partei. Es verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß sich eine ganze Anzahl Genossinnen von Vegesack und Umgegend bereit erklärten, vor den Läden der boykottierten Schlächtermeister fast täglich während der Hauptgeschäftsstunden Posten zu stellen. Als das zum ersten Male geschah, war das Speichertum rein aus dem Häuschen. Und selbst ein Teil der unaufgeklärten Arbeiterfrauen ließ sich von den Schlächtermeistern und deren Gesinnungsverwandten dazu verleiten, auf die eigenen Klassengenossinnen zu schimpfen. Die weiblichen Boykottposten mußten Beschimpfungen, ja sogar Verwundungen über sich ergehen lassen, ohne daß die Täter von der Polizei zur Rechenschaft gezogen wurden. Statt dessen ging ein Hagel von Strafmandaten auf die Boykottposten hernieder, die sich der Belästigung von Kunden und der Verkehrshinderung schuldig gemacht haben sollten. Aber alle diese Maßnahmen waren nicht dazu angetan, die weiblichen Posten vor den Läden der boykottierten Schlächtermeister zu vertreiben. Bei jeder Witterung kamen sie ihrer Pflicht gewissenhaft nach und hatten dafür die Genugtuung, daß die Arbeiterfrauen und auch ein großer Teil bürgerlicher Kunden den boykottierten Läden fernblieben. Die Scham vor dem Boykottposten hielt viele Käufer davon ab, in die Läden der boykottierten Schlächtermeister hineinzugehen.

Eine Reize hat vor allem der Schlächterboykott in Vegesack und Umgegend gezettelt, die ernsteste Beachtung erheischt. Vor der Verhängung des Boykotts soll man sich auch vergegenwärtigen, ob man der Unterstützung der Frauen sicher sein kann; ob genügend energische und geistig regsame Frauen vorhanden sind, die sich der schweren Arbeit des Boykottpostenstehens unterziehen wollen. Denn Männer wirken lange nicht so gut als Boykottposten wie unsere Frauen. Der Hauptwert ist daher auf die praktische Mitarbeit der proletarischen Frauen zu legen; erzieht die Frauen zu opferwilligen und freudigen Mitkämpferinnen im Befreiungskampfe der Arbeiterklasse. Dann wird auch das jetzt so notwendige Hilfsmittel des Boykottpostenstehens gänzlich überflüssig werden. Dann genügt schon eine Aufforderung zur strengen Durchführung des Boykotts, der jede Arbeiterfrau, jeder aufgeklärte Arbeiter freudig nachkommen wird.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse. Himmelshahrt, Donnerstag, den 10. Mai: Ausflug nach Pichelwerder nach dem Lokal „Zum alten Freund“. 1/10 Uhr: Treffpunkt Bahnhof Brunenwald (Waldseite). Marsch nach Pichelwerder, dort Treffpunkt für Nachzügler.

Gerichts-Zeitung.

Ein Lockspiegel

mußte gestern vor dem Schöffengericht einige Aufklärungen über den Betrieb seines „ehrenhaften“ Gewerbes geben. Er trat als Zeuge auf gegen den Schankwirt Pfaffenfläger, der gegen ein polizeiliches Strafmandat wegen Uebertretung der Polizeistunde gerichtliche Entscheidung beantragt hatte. Hartung ist der Name des jungen Mannes. Er bezeichnet sich als Kaufmann und wohnt Endenerstraße 20. Als der Vorsitzende an ihn die Frage richtete: „Sie haben wohl an jenem Abend eine Bierreise gemacht?“ hüllte sich der Zeuge Hartung in Schweigen, so daß man annehmen mußte, die Annahme des Vorliegenden sei zutreffend. Durch Fragen, die der Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Diebknecht, später an den Zeugen richtete, stellte sich heraus, daß der junge Mann keineswegs des oblen Gerstenstafes wegen in das Lokal des Angeklagten gegangen war, sondern daß er in der fraglichen Nacht im Auftrage des Kriminalhauptmanns Schmidt gegen einen Lohn von 4 Mark und Erstattung der baren Auslagen 4 bis 5 Schanklokale besucht hat, lediglich zu dem Zweck, Unterlagen für Anzeigen gegen die betreffenden Wirte zu beschaffen.

Nachdem Hartung diese Tatsachen zugegeben hatte, hielt ihm der Vorsitzende vor: „Meine Frage, ob sie eine Bierreise gemacht hätten, haben Sie nicht beantwortet. Warum haben Sie nicht gleich gesagt, aus welchem Grunde Sie das Lokal besuchten? Es war ihnen also nur darum zu tun, die Wirte ans Messer zu liefern. Ein sehr achtungswertes Gewerbe.“

Auf weitere Fragen gab Hartung die Auskunft, er sei damals, als er für Schmidt tätig war, stellunglos gewesen. Ob er später wieder für die Polizei tätig sein werde, wisse er nicht, jedenfalls habe er durch einen Termin in einer dergleichen Sache Unannehmlichkeiten gehabt. — Dazu bemerkte der Vorsitzende: „Ja, wenn man sich öffentlich hinstellen und als Vigilant bezeichnen muß, das ist allerdings nicht angenehm.“ Zur weiteren Kennzeichnung des Herrn Hartung richtete Rechtsanwalt Diebknecht an ihn die Frage, ob er zu dritten Personen gesagt habe, es käme ihn unter Umständen gar nicht darauf an, seine Aussage abzuschwächen, vor Gericht ließe sich eine ganze Masse machen. Hartung gab zu, sich so geäußert zu haben.

Zur Sache selbst gab der Zeuge an, er habe um 1 Uhr nachts an das geschlossene Lokal Pfaffenflägers, Wielestr. 52, angeklopft, er sei eingelassen, habe ein Glas Bier bestellt und erhalten. Im Schankraum waren noch zwei Herren und eine Dame als Gäste gewesen.

Pfaffenfläger stelle den ganzen Vorgang in Abrede. Er behauptete, Hartung sei überhaupt nicht in seinem Lokal gewesen. Die Anzeige beruhe auf unwarharen Angaben. Am fraglichen Abend seien nach Schluß des Lokals nur zwei seiner Angehörigen im Lokale gewesen, um ihn bei der Reinigung zu helfen. — Es wurde weiter angegeben, Hartung habe auch gegen einen anderen Schankwirt eine auf unwarharen Angaben beruhende Anzeige veranlaßt, was bereits festgestellt ist.

Das Gericht beschloß, den Zeugen Hartung nicht zu verurteilen, weil er, wenn nicht als Anstifter, so doch als Teilnehmer an der Uebertretung anzusehen sei. Zum Zweck weiterer Verweisaufnahme wurde die Verhandlung auf nächsten Montag vertagt.

160 Vorstrafen

hatten zwei Angeklagte hinter sich, gegen welche gestern die dritte Strafkammer des Landgerichts I wegen schwerer Unterschlagung zu verhandeln hatte. Angeklagte waren die Aufwärterin Hedwig Graeb und die Arbeiterin Pauline Tieg. — Die beiden Angeklagten hatten längere Zeit in einem Hause der Rüdersdorfer Straße gewohnt und waren, da sie mehrere Monate keine Rente gezahlt hatten, schließlich ermittelt worden. Die Folge war, daß es ihnen sehr schwer fiel, eine andere Wohnung zu erlangen, da sie inzwischen von dem Grundbesitzerverein auf die sogenannte „schwarze Liste“ gesetzt worden waren. Um aus diesem Dilemma herauszukommen, fälschte die Angeklagte Graeb auf mehreren Mietquittungen die Unterschrift des früheren Hauswirts. Mit Hilfe dieser Quittungen gelang es ihnen denn auch, einen anderen Hausbesitzer in der Rüdersdorfer Straße zu veranlassen, ihnen eine Wohnung zu vermieten. Als sie dann auch bei diesem die Rente schuldig blieben, kam der ganze Schwindel zur Entdeckung. (Vor Gericht ergab sich, daß die Angeklagte Graeb circa 50 mal wegen Kuppel-, Unterschlagung-, Sittenpolizeiübertretung, die Angeklagte Tieg wegen der gleichen Straftaten sogar über 110 mal vorbestraft ist.) Das Gericht hielt eine Mitwisserschaft der Tieg nicht genügend festgestellt und erkannte gegen diese auf Freisprechung. Die Angeklagte Graeb wurde mit Rücksicht darauf, daß sie sich in einer gewissen Zwangslage befunden habe, zu einer Woche Gefängnis verurteilt.

Ergebnisse eines Kriminalschuttmanns.

Ein etwas eigenartiges Abenteuer, welches der Kriminalschuttmann Otto Rippe in der Nacht zum 7. Januar gehabt hat, beschäftigte am Sonnabend bis zum späten Abend das Schwurgericht des Landgerichts I.

Wegen Raubes, Beleidigung und Körperverletzung waren angeklagt die Arbeiter Brüder Fris, Oswald und Franz Röder, Richard Schmidt, Paul Hofwaller, Michael Schleifer, Franz Reinrich, Arbeiter Hermann Rosolowski, Bohrer Rudolf Rosoff und Schlosserlehrling Richard Siepe. Herr Rippe, der am 6. Januar vom uniformierten zum Kriminalschuttmann geworden ist, ging in der Nacht zum 7. Januar zwischen 1 und 2 Uhr die Salitzer Straße nach dem Schleifischen Tor entlang. In der Nähe der Kaserne des 3. Garderegiments traf er auf etwa zehn Mann, welche sich unterhielten. Als Rippe an ihnen vorbeiging, rief ihm einer „guten Abend“ zu und Herr Rippe erwiderte den Gruß mit „guten Abend“. Nun kam einer von den Leuten an R. heran und fragte ihn, wie es wäre, ob sie nicht „einen Zug machen“ und sich amüüsieren wollten. R. ging zum Schein darauf ein, nachdem er auf die Frage, ob er denn auch Geld habe, einen Zwangsschein gezeigt hätte, den er lose in die Ueberrücktasche steckte. R. ging dann mit dem jungen Manne, der ihn angesprochen, den Heinrichplatz, die Baumhof-, Waengel- und Eisenbahnstraße entlang nach der Köpenicker Straße zu. Unterwegs rempelten sich die anderen jungen Leute wiederholt gegenseitig an, so daß es den Anschein hatte, als ob sie eine Schlägerei beginnen wollten. In der Nähe des Schleifischen Tores fingierten sie wieder eine Schlägerei, wobei sie dem Rippe den Weg verstellten. Als dieser verlangte, daß ihm Platz gemacht werde, kam einer auf ihn los und gab ihm eine Ohrfeige. Auch die anderen stürzten auf ihn und schlugen unter dem Schlittruf: „Gaut ihn!“ auf ihn ein. Rippe stürzte zu Boden, erhob sich aber sofort wieder und rief ihnen zu: er sei Kriminalbeamter. Gleichzeitig zog er seine Browningpistole hervor und erklärte, jeden niederkuscheln, der ihn angreifen würde. Als sie die Pistole sahen, schrien sie sofort: „Recht ihm die Pistole weg!“ Die Pistole wurde ihm auch trotz seiner Gegenwehr, wobei er nicht zum Schießen kam, entziffen; man schlug mit harten Gegenständen auf ihn ein, so daß er von neuem zu Boden stürzte. Es gelang ihm jedoch, sich wieder zu erheben. Er wollte entfliehen. Aber es wurde immer wieder auf ihn eingeschlagen und es erscholl der Ruf: „Haut den Blauen nieder! Rahe für Raabit und den Arbeiter Herrmann!“ Man trat ihn mit Stiefelabsätzen in den Leib und während dieser ärmlichen Szene wurde Herr R. das in seiner Ueberrücktasche befindliche Geld gestohlen. Schließlich gelang es ihm, sich aufzuraffen, seinen Angreifern zu entfliehen und sich in die Gastwirtschaft Köpenicker Straße 7 zu flüchten. Dort wurde er aber von Anwesenden gepackt und aus dem Lokal geworfen. Am Schleifischen Tor traf er schließlich zwei Schaulente, die er von dem Vorfall in Kenntnis setzte. Die neun jetzt Angeklagten wurden als die Beteiligten festgestellt. Rippe hat Verletzungen am ganzen Körper, besonders aber an der Nase und am rechten Auge davongetragen und war lange Zeit bettlägerig.

Die Angeklagten, die zum Teil unbescholten sind, hatten an jenem Abend eine Geburtstagsfeier begangen gehabt. Die Strafsache war feinerzeit unter dem Gesichtspunkte des Diebstahls und der Körperverletzung vor der 3. Strafkammer zur Verhandlung angelegt gewesen, wurde aber dem Schwurgericht überwiesen, da nach Ansicht des Gerichts nicht Diebstahl, sondern Raub vorlag. Diese Bewertung der Straftat ließ der Staatsanwalt auf Grund der sehr umfangreichen Verweisaufnahme fallen, da nicht nachzuweisen war, daß die übrigen Teilnehmer an dem Skandal dem Schuttmann mißhandelt hatten, um dem Angeklagten Heinrich Siepe Wegnehmen der 20 M. zu ermöglichen. Je nach dem Maße ihrer Beteiligung wurden verurteilt: Fris Röder zu 5 Monaten, Heinrich Röder zu 3 Monaten, Oswald Röder zu 7 Monaten, Richard Schmidt und Paul Hofwaller zu je 3 Monaten und Franz Reinrich zu 9 Monaten Gefängnis. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen. Den Verurteilten wurde die Untersuchungshaft angerechnet.

Verbrechen an einer Geisteskranken.

Ein schweres Verbrechen an einer geistesschwachen Patientin hat der Krankenwärter Martin Richter begangen, gegen den gestern das Schwurgericht des Landgerichts II mehrere Stunden unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu verhandeln hatte.

Der Angeklagte war in dem neuen Krankenhaus der Stadt Renteln in Budow als Krankenwärter angestellt gewesen. Er hatte unter anderem als einziger männlicher Angestellter in einer Station zu tun, in welche vor einiger Zeit eine junge Dame eingeliefert worden war, die in einen auf hysterischer und epileptischer Basis beruhenden Schlafzustand verfallen war und künstlich ernährt werden mußte. Eines Tages machte eine in dem Krankenhaus angestellte Krankenschwester zufällig eine Beobachtung, die sie sofort dem leitenden Arzt mitteilte. Nachdem in völlig zweifelhafter Weise festgestellt worden war, daß an der Bewußtlosen ein schweres Verbrechen verübt worden war, wurde der Angeklagte, der wenige Minuten vorher das Krankenzimmer verlassen hatte, sofort verhaftet.

Er bestritt, ein derartiges Verbrechen begangen zu haben und setzte dieses hartnäckige Leugnen auch vor Gericht fort. Die Verweisaufnahme fiel zu seinen Ungunsten aus.

Dem Wahspruch der Geschworenen gemäß wurde der Angeklagte unter Verlesung mildrender Umstände zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Zuchthaus verurteilt. — Der Angeklagte erklärte, sich bei dem Urteil zu beruhigen und die Strafe sofort antreten zu wollen.

Inferem Genossen 31442
O. Hering
 die herzlichste Gratulation zur
 Silberhochzeit wünschend
 Die Genossen vom 404. Bez.,
 II. Teil, im IV. Berliner
 Reichstagswahlkreise.

Die herzlichsten Glückwünsche
 unserer Kollegin
Wilhelmine Lange
 der Vorwärts-Ausgabestelle
 Trapp zu ihrem 20jährigen
 Jubiläum im des Vorwärts-
 Antrags. 18923
 Die Votenfrauen
 der Filiale Trapp.

Dem Genossen
Paul Möller und Frau
 die herzlichsten Glückwünsche
 zum 25jährigen Ehejubiläum.
 Die Genossen des 234. Bezirks.
 III. Kreis.

Todes-Anzeigen

Am Sonntag verstarb nach
 langem, schmerzhaftem Leiden
 unsere liebe Schwester, herz-
 gute Mutter, Schwiegermutter und
 Großmutter
Frau Berta Dachsel
 geb. **Granowski**
 im Alter von 53 Jahren.
 Dies zeigen mit der Bitte um
 stille Teilnahme tiefbetrübt an
 Die trauernden Hinterbliebenen.
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr,
 von der Leichenhalle des städtischen
 Friedhofes in Friedrichsfelde
 aus statt. 18885

Soziald. Wahlverein für den
 3. Berl. Reichstagswahlkreis
 (Bezirk 144).
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unsere Genossin
Berta Dachsel
 geb. **Granowski**
 verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 15. Mai, nachmittags
 5 1/2 Uhr, von der Halle des Zentral-
 Friedhofes in Friedrichsfelde aus
 statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 210/15 **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Wahlverein
 für den
 4. Berliner Reichstags-Wahlkreise.
 Straßauer Viertel. Bezirk 327.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Genosse, der Tapfer
Rudolf Bitterhof
 Gubener Str. 32, gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute,
 Dienstag, den 14. Mai, nachm.
 7 Uhr, auf dem Parochial-Fried-
 hof, Boghagener Straße, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein
 des
 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.
 Am 10. d. Mts. verstarb unser
 Genosse, der Arbeiter
Friedrich Scheller
 Reinickendorfer Str. 30.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, nachmittags 5 1/2 Uhr,
 von der Halle des städtischen
 Friedhofes in der Müllerstraße,
 die Seestraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 1887 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Glasarbeiter
 und -Arbeiterinnen Deutschlands.
 Am 10. Mai verschied unser
 Kollege, der Polierer
Friedrich Scheller
 an der Wollersdorfstr.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Dienstag, 14. Mai, nachm. 5 1/2 Uhr,
 auf dem städt. Friedhof, Müller-
 str. Seestraße, von der Leichen-
 halle des Apostel-Philippus-Fried-
 hofes aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 71/2 **Der Vorstand.**

Danksagung.
 Herzlichen Dank für alle Kranz-
 spenden anlässlich der Beerdigung
 meines geliebten Gatten, unseres
 Vaters, Schwiegervaters, Großvaters,
 des Bauers **Karl Herzog**,
 besonders den Vätern des Hauses
 Aurlärtenstr. 35, der freien Turn-
 schaft Tempelhof-Mariendorfer II. Abt.,
 dem S. G. „Fusmaniana“, Reußhän,
 dem S. G. „F. C. Union“, dem
 Vollerwerblichen Verlorenen Glück,
 Familie Herzog, Mariendorfer, Str.-
 Aurlärtenstr. 35. J. K.: Adolf Herzog.

Allen Freunden und Bekannten
 hiermit die traurige Nachricht, daß
 mein lieber Mann, unser herz-
 guter Vater, Bruder, Schwager
 und Schwiegerjohn
Stanislaus Radtke
 am Sonntag früh 4 Uhr nach
 schwerem Leiden verstorben ist.
 Im Namen der Hinterbliebenen
Witwe Anna Radtke
 und Kind.
 Reußhän, Leinestr. 51.
 Die Beerdigung findet Mittwoch,
 den 15. Mai, von der Halle des
 Reußhänner Gemeinde-Friedhofes,
 am Mariendorfer Weg, aus statt.

**Sozialdemokrat. Wahlverein
 Neukölln.**
 Den Parteigenossen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Tischler
Stanislaus Radtke
 Leinestraße 51/52 (16. Bezirk)
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet morgen,
 Mittwoch, nachmittags 5 1/2 Uhr,
 von der Leichenhalle des Reuß-
 hänner Gemeinde-Friedhofes,
 Mariendorfer Weg, aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß
 unser Kollege, der Tischler
Stanislaus Radtke
 Reußhän, Leinestr. 51/52, im Alter
 von 34 Jahren gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 15. Mai, nachmittags
 5 1/2 Uhr, auf dem Reußhänner Ge-
 meinde-Friedhof, Mariendorfer
 Weg, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 83/11 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher
 Metallarbeiter-Verband**
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Rempner
Theodor Walter
 am 11. d. M. an Gefährleiden
 gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am
 Mittwoch, den 15. Mai, nach-
 mittags 4 1/2 Uhr, von der Leichen-
 halle des neuen Kirchhofes in
 Bernau aus statt.
 Rege Beteiligung erwartet
 117/5 **Die Ortsverwaltung.**

**Deutscher
 Bauarbeiter-Verband.**
 Zweigverein Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, der Maurer
Friedrich Paul
 (Bezirk Südost)
 am 8. Mai verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, den 14. Mai, vor-
 mittags 11 Uhr, auf dem städtischen
 Friedhof in Buch, Schwane-
 becker Chaussee, statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 139/10 **Der Vorstand.**

Am Freitagnachmittag verschied
 nach langem, schwerem Leiden
 mein lieber Mann und Vater,
 der Tischler
Ferdinand Robst
 Wollersdorf, Kaiser-Wilhelm-Str. 13.
 Die Beerdigung findet heute,
 Dienstag, den 14. Mai, nach-
 mittags 4 Uhr, von der Halle
 des hiesigen Gemeinde-Friedhofes
 aus statt.
Witwe Klara Robst
 nebst Sohn.

**Deutscher
 Holzarbeiter-Verband**
 Zahlstelle Wollersdorf.
 Am Freitagnachmittag verschied
 nach langem Leiden unser lang-
 jähriges, treues Mitglied
Ferdinand Robst.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute
 Dienstag, nachmittags 4 Uhr, von
 der Halle des hiesigen Gemeinde-
 Friedhofes aus statt.
 Um rege Beteiligung ersucht
 83/10 **Der Vorstand.**

Danksagung. 35A
 Für die tüchtige Teilnahme und die
 reichen Kranzspenden bei der Beerdigung
 meiner lieben Frau, unserer
 guten Mutter, jagten mir allen, sowie
 Herrn Dr. Schäfer für seine kost-
 reichen Worte, auch den Gatten und
 den Kollegen der Firma Schäfer u.
 Gaudmann unsern aufrichtigsten Dank.
Max Schlicht nebst Kindern.

Todesanzeige.
 Am Freitag, den 10. Mai, ver-
 schied nach längerem, schwerem
 Leiden unser Vater
Oswald Stein
 im 44. Lebensjahre.
 Er war uns jederzeit ein
 humaner und gerechter Vor-
 gesetzter, dessen Andenken wir
 stets in Ehren halten werden.
 Berlin, den 14. Mai 1912.
 Das Gesamtpersonal der Buch-
 druckerei R. Boll.

**Verein für Frauen und Mädchen
 der arbeitenden Klassen.**
 Den Mitgliedern zur Nachricht,
 daß unser Mitglied, die Genossin
Berta Dachsel geb. **Granowski**
 am Sonntag verstorben ist.
 Ehre ihrem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Mitt-
 woch, nachmittags 5 1/2 Uhr, von
 der Halle des städtischen Fried-
 hofes in Friedrichsfelde aus statt.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet
 63/8 **Der Vorstand.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
 Zweigverein Berlin.
Putzerträger!
 Mittwoch, den 15. Mai, abends 8 Uhr, im Englischen
 Garten, Alexanderstr. 27c:
Versammlung
 Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben!
 Erscheinen aller Kollegen notwendig!
 Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
 Verwaltung Berlin.
 Mittwoch, den 15. Mai 1912, abends 8 1/2 Uhr,
 in den Concordia-Festsälen, Andreasstr. 64:
**Gemeinsame
 Vertrauensmänner-Versammlung**
 für sämtliche Bezirke und Branchen.
 Tagesordnung:
 1. Die Aufgaben eines Vertrauensmannes. 83/12
 2. Verbandsangelegenheiten.

**Pollmanns
 Bandagen.**
 Geschäft, nebst Artikel zur
 Gesundheits- u. Krankenpflege,
 Verbandstoffe, Gummwaren etc.
 Berlin N., Lothringener Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen
 Eigene Werkstatt.

Stempelfabrik
 Robert Hecht,
 Inh.: Alfr. Schmeller
 Berlin S. 42,
 Ritterstr. 114.
 Befert schnell und
 billig alle Arten
Stempel
 in bester Ausführung.

**Schuhputz
 Servus
 das Beste**

Überall zu haben in Dosen à 10 und 20 Pfg.
 Fabrik: Lubszynski & Co., G. m. b. H., Berlin-Lichtenberg.

Erster Wahlkreis.
 Heute, Dienstag, den 14. Mai, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche politische Versammlung
 im Marinehaus, Brandenburger Ufer, an der Baisenfürde.
 Tagesordnung:
 1. „Herrn v. Bethmanns Staatskunst“.
 Referent: Reichstagsabgeordneter Ph. Scheidemann.
 2. Diskussion.
 Zahlreichen Besuch erwartet
 Der Einberufer.
 Karl Petermann, Mittelstr. 49. 206/10*

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Sektion der Putzer.
Achtung! Putzer! Achtung!
 Mittwoch, den 15. Mai, abends 6 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58-59
Mitglieder-Versammlung.
 Tagesordnung:
 1. Bericht über den in der letzten Versammlung gestellten Antrag: Genossenschaft betreffend. 2. Kor-
 mierung der Kandidaten als Richter zum Innungs-Schiedsgericht. 3. Wichtige Vereinsangelegenheiten.
 Recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen erwartet
 189/8* **Die örtliche Verwaltung.**

**Vornehme
 Herren-
 Bekleidung
 fertig und nach Maß**
 erhalten Sie in der modernen
Mass-Schneiderei
J. Kurzberg
 auf Wunsch Wochenrate.

**von
 1 Mark
 an**

Rosenthaler Strasse 40
 Hackescher Markt.
 Frankfurter Allee 104
 Ecke Friedenstrasse.
 Reinickendorfer Str. 4
 Weddingplatz.

1 Mark
 wöchentl. Teilzahlungen
 liefern elegante fertige
**Herren-
 Garderoben**
 Ersatz für Mass-
 Anfertigung n. Mass
 Tadellos Ausführung
Julius Fabian
 Schneidermeister
 Gr. Frankf. Str. 37 1/2
 Eingang
 Straßberger Platz.
 K. G.
 schließt Turmstr. 18
 nur 1. Etage,
 in: kein Laden, 13

**Elegante
 Herren-Moden**
 fertig u. nach Mass
 von 1 Mark
 wöchentliche Teilzahlung.
S. Boltuch
 Frankfurter Allee 75
 Eingang Tilsiterstrasse

Damen-Konfektion
Robert Baumgarten
 Engros Export
 Hausvogtei-Platz II
 1. Etage (kein Laden)
 schrägüber Untergrundbahnhof
 (an der Jerusalem StraÙe)
 verkauft

auch
 einzeln
 Paletots
 Kostüme
 Kostüm-
 Röcke
 Seiden-
 Mäntel
 Blusen

Stoffe
 für eleg. Maßanzüge, Ulster, Paletots,
 Damenkostüme etc. 2, 4, 6, 8, 10, 12, 14, 16, 18, 20.
 Laden für Herrenstr. 1, 50, 2, 50.
 Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.
 Gertraudenstr. 20/21 vis-à-vis der
 Petrikirche.

Pumpen aller Art
 für Abortier u.
 Kesselbrunnen,
 Jauchepumpen
 usw. in bester
 Ausführung zu den
 billigsten Preisen.
 Kataloge gratis.
**Paul Gries, Berlin SO 16,
 Köpenicker Strasse 44.**

**Steppdecken
 Spezialhaus**
Emil Lefèvre
 Berlin Oranienstr. 158.
Steppdecken in voller
 Bettgröße
 Similiseide in den 5²⁵ bis 21⁰⁰
 Seidenestz.) Farben
 bord, 9⁰⁰ bis 27⁰⁰
 blau, oliv
 Similiseide (doppel- 8²⁵ bis 25⁰⁰
 seitig)
 Daunendecken 25⁰⁰ bis 125⁰⁰
 Schlafdecken 2⁵⁰ bis 48⁰⁰
Spezial-Katalog
 650 Abbildungen gratis u. franko.

Der zweite proletarische Frauentag.

Im ganzen Deutschen Reich gestaltete sich der zweite proletarische Frauentag am Sonntag, den 12. Mai, zu einer machtvollen Demonstration für das Frauenwahlrecht. Noch vor ein bis zwei Jahrzehnten wäre ungläubigem Lächeln begeben, wer davon gesprochen hätte, daß die Frauen zu Tausenden sich zusammenfinden würden für ihre gemeinsamen Rechte. Am Sonntag füllten allein in Berlin Tausende die Versammlungsräume, und Zehntausende erhoben allerorten ihre Stimmen: Her mit dem Frauenwahlrecht!

Die große Beteiligung an den Versammlungen und die rege Anteilnahme an den Verhandlungen zeigten, daß die Frauen dem politischen Leben nicht mehr fremd gegenüberstehen. Nicht mehr lauschen sie, als würde ihnen ein unbekanntes Land eröffnet. Sie verfolgen selbständig die politischen Ereignisse, und die Redner brauchen nur anzudeuten, um doch auf volles Verständnis zu stoßen. In spontanen Kundgebungen gaben die Frauen ihr eigenes Urteil ab. Die Redner zwingt auch sie, über die Ursachen und die Heilmittel nachzudenken. Deshalb forderten die proletarischen Frauen auch nur die politische Gleichberechtigung und das Wahlrecht, um Klassenherrschaft überhaupt unmöglich zu machen. Auch gestern fühlten sich die Frauen in erster Linie als Proletarier, als Sozialdemokraten.

In dem gemeinsamen Gehen zu den Versammlungsorten, in der begeisterten Aufnahme der Reden und der Resolution, in dem allerorten ruhigen und besonnenen Verhalten gegenüber dem provozierenden Verhalten der Polizei, berriet die proletarische Frauenwelt, daß sie reif ist für die soziale und politische Gleichberechtigung. Nicht mit Unrecht sprachen wohl alle Redner in mannigfachen Variationen den Gedanken aus, daß solche empörenden Vorgänge, wie sie sich nacheinander in Abgeordnetenhaus abspielten, nicht möglich wären, wenn Frauen drin säßen. Die Reize unserer proletarischen Frauen geht schon längst über die der nach dem Dreiklassenwahlrecht Bekürten hinaus.

So wird das Proletariat Jahr für Jahr seine weibliche Heerschar abhalten. Und in jedem weiteren Jahre wird die bürgerliche Gesellschaft mit Schrecken erkennen, daß die Zahl unserer Anhängerinnen, ihrer Todfeindinnen, gewachsen ist.

In sämtlichen Versammlungen Deutschlands am Frauentag wurde folgende Resolution unterbreitet und angenommen: Die Forderung des Frauenwahlrechts findet ihre beste Begründung in der Revolutionierung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse durch den Kapitalismus. Die Leistungen der Frauen in Industrie und Landwirtschaft, im Handel und Verkehrswesen, die Pflichten, die sie erfüllen als Mütter und Hausfrauen, geben ihnen einen berechtigten Anspruch auf soziale und politische Gleichberechtigung.

Die Frauen fordern das Wahlrecht, um ihre Interessen selbst schützen und vertreten zu können; sie fordern es ferner, um teilzunehmen an der Eroberung der politischen Macht zum Zwecke der Aufhebung der Klassenherrschaft und der Verwirklichung des Sozialismus.

Die am 12. Mai Versammelten erklären deshalb, daß sie sich zur Erringung des Frauenwahlrechts in die Reihen der Sozialdemokratie stellen wollen und mit Energie und Ausdauer für die Erringung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen öffentlich-rechtlichen und politischen Vertretungsorganen für die über 20 Jahre alten Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechts kämpfen.

Die sozialdemokratische Partei ist die einzige politische Partei, die als konsequente Vorkämpferin für das volle Bürgerrecht des Weibes anzupreisen ist.

Ihre wachsende Macht ist die alleinige Gewähr für die Demokratisierung aller öffentlichen Einrichtungen und für die Befreiung der Arbeiterklasse von der Klassenherrschaft, wodurch auch der Frau erst das volle Menschentum berührt wird.

Die Versammelten geloben daher, die Ausbreitung der sozialistischen Anschauungen zu fördern und an der Stärkung der sozialdemokratischen Organisation und der Verbreitung ihrer Presse unablässig mitzuwirken.

Der Frauentag in Berlin.

Die Straßen Berlins, in denen die Versammlungen stattfanden, waren bereits mittags gegen 1 Uhr von Versammlungsbefucherinnen und Besuchern belebt. Besonders fielen die von ihren Bezirkslokale geschlossenen stehenden organisierten Frauen und Mädchen auf. Mit roten Keilen geschmückt, legten sie dafür Zeugnis ab, daß dieser Tag den proletarischen, den sozialdemokratischen Frauen gehört. Die für manche Leute in Berlin noch ungewohnte Erscheinung, daß so viele Frauen sich zu einem ersten Zweck zusammenfinden, erregte Aufsehen, und manche von denen, die ihrem Vergnügen nachgingen oder auf den vollbesetzten Straßenbahnwagen nach den Vororten hinausfuhren, belagerten durch diesen Anblick noch erst einen Begriff davon, daß eine proletarische Frauenbewegung besteht und immer mehr anwächst. Man konnte unter den Zuschauern hier und da die erstaunte Frage vernehmen, wo denn alle die Frauen hinwollten und was sie eigentlich vorhätten, und nicht immer fand sich einer, der schlau genug war, um eine ausreichende Antwort darauf zu geben. Aber die Frauen wußten, was sie wollten, und das zeigte sich in dem Ernst und der Würde, womit sie ihres Weges gingen, und wie sie sich in den großen Sälen versammelten.

Die Sonntagsspaziergänger im Friedrichshain hielten im beglücklichen Schlendern inne. In dichten Scharen liebten sie am Parkrande stehen und saugten ob der feinen Ende nehmenden Blicke von Frauen und Mädchen, die auf den Genuß des schönen Sonntagstages verzichteten, um gleichzeitig mit anderen Zehntausenden Gleichgestandener Protest zu erheben gegen die Rechtslosigkeit ihres Geschlechts und laut und vernehmlich den Wächtern von heute ihre Forderung zuzurufen: „Her mit dem Wahlrecht, her mit der Gleichberechtigung der Frauen!“ Eindrucksvoller als Worte es können, zeigte die Erscheinung dieser Tausende rechtloser Proletarierinnen, die ruhig und selbstbewußt dahinschritten, daß die Frauen der Arbeiterklasse reif sind für die politische Gleichberechtigung und daß sie nicht willens sind, sich auf die Dauer als Menschen minderen Rechts behandeln zu lassen.

Wie immer, so schenkte auch bei dieser Gelegenheit die Polizei der Demonstration unserer Genossinnen die gewohnte Aufmerksamkeit. Wenn auch auf der Straße kaum mehr als die alltäglichen Schutzmanssposten zu sehen

waren, so merkte man doch, daß sich die Polizei für ein außerordentliches Ereignis gerüstet hatte. Beobachtungsposten lauchten auf, die zwar keine Uniform trugen, aber doch auf den ersten Blick als Polizeibeamte kenntlich sind. Radfahrende Ordnungsmänner flogen hin und her. Ein höherer Polizeioffizier inspizierte in eigener Person die Gegend. Doch dem imposanten Anmarsch der Demonstrantinnen wurde kein Hindernis bereitet. Die Polizei fand keinen Anlaß zu einer Gegen demonstration. Sie begnügte sich von Torwegen und gemieteten Kellern aus, gleichsam im Hintergrunde für die Ruhe des behaglichen Bürgertums zu sorgen. Nur einmal trat sie vor Beginn der Versammlung in Funktion. Der große Raum in den Pharusälen war bald soweit gefüllt, daß die Polizei, offenbar in großer Besorgnis um das Wohl der Proletarierinnen, die Absperrung vornahm, obwohl, da die Männer der Versammlung stehend beimohnten, noch einige Sitzplätze vorhanden waren. Aber die Absperrung raubte in diesem Fall keinem die Möglichkeit, an der Veranstaltung teilzunehmen, denn im unteren Saale war noch Platz genug, und es waren ja auch von vornherein zwei Versammlungen nach den Pharusälen einberufen worden.

Nach Annahme der Resolution verließen die Versammlungsbefucher, meist wiederum in geschlossenem Zuge, die Lokale. Sehr bald lösten sich diese kleineren Züge ganz auf. Man hatte nur gemeinsame Wege, um irgendein Gartenlokal zu erreichen und dort den warmen Nachmittag zu verbringen. Zu Zusammenstößen mit der Polizei kam es daher mit einer Ausnahme auch nirgends. Vernünftigerweise ließen die Schutzleute überall die Versammlungsbefucher ruhig ihres Weges ziehen. Nur am Schönhauser Tor führte die Nervosität eines Polizeileutnants zu häßlichen Ausbrüchen. Nach der Versammlung in der Brauerei Königsplatz spazierte ein solcher Trupp, Männer und Frauen, in der Stärke von 100 bis 150 Mann, nach dem Schönhauser Tor, um von dort die Ringstraße nach dem Tiergarten zu gewinnen. Beim Herannahen des Trupps stürmten unter Führung von zwei Polizeileutnants etwa 20 bis 30 Polizisten aus einem Hause, postierten sich quer über die Straße und hielten den Trupp auf. Die Schutzleute waren verhältnismäßig höflich und zurückhaltend. Ein Polizeileutnant aber, eine Hünengestalt, sprang wütend gegen die Leute, schlug Frauen und Männer vor die Brust und ins Gesicht; an einer Ecke riß er eine jüngere Frau, der schon das Blut aus Mund und Nase floß, zu Boden und trat auch noch mit Füßen nach ihr. Der Mann hatte nicht den Mut, auf wiederholte Fragen von Parteigenossen seinen Namen zu nennen. Wie ein Besessener griff er immer wieder nach dem Säbel und drohte auf die Frauen einzuschlagen. Wären die Schutzleute demselben Wutanfall erlegen, es hätte ein unabsehbares Blutbad geben können.

Nach halbstündigen „Kampfe“ hatte der größte Teil der Demonstration sich den Durchzug doch erzwungen und marschierte Hochrufe auf das Frauenwahlrecht ausbringend, dem Tiergarten zu.

In der Löwenbrauerei im Osten endete die Versammlung gleichfalls mit der Bildung eines zunächst kleinen Trupps, der harmlos die Straße entlang ziehen wollte. In der Nähe bereitgehaltene fliegende Polizeiwachen wurden alarmiert, sie trieben die Menge, die sich rasch verstärkte, die Frankfurter Allee hinaus, bis sie in Lichterberg auf Landgebiet übertrat, wo die Macht der Jagowischen „Schutz“leute ein Ende hat.

Die Versammlungen in Berlin.

In den „Corona-Sälen“, Kommandantenstraße, zeichnete Genossin Mathilde Burtm vor etwa 180 Personen in scharfen Strichen ein Bild von der Stellung der Frau vom Mittelalter an bis zur Gegenwart. Sie schloß mit den Worten der Genossin Böhl: „Keine bleibe zurück.“

Im „Hofjäger“ in der Hasenheide waren über 600 Frauen erschienen. Vor ihnen und einer kleinen Anzahl Männer referierte die Genossin Luise Bieh. Ihre begeisterten und zum Kampf anfeuernden Worte fanden stürmischen Beifall.

Die Versammlung in den „Kreuzberg-Pharusälen“ war von ungefähr 400 Personen besucht. Referent war der Genosse Kurt Rosenfeld.

In den „Arminiallen“ sprach Genossin Regina Friedländer vor zirka 400 Personen, unter denen nur ein kleiner Teil Männer waren.

Der große Saal der „Brauerei Friedrichshain“ war überfüllt. Das Referat des Reichstagsabgeordneten Otto Büchner wurde mit großem Beifall aufgenommen. Dieses und die stürmischen Zustimmungskundgebungen von denen das Referat mehrfach unterbrochen wurde, zeugten davon, daß Genosse Büchner den Versammelten aus dem Herzen sprach. Die Versammlung wurde durch ein proletarisches Kampflied stimmungsvoll eingeleitet und ebenso beendet.

Die Versammlung in der „Löwenbrauerei“ mußte wegen des starken Andranges nach dem Garten verlegt werden. Es waren zirka 2000 Personen anwesend. Referent war der Genosse Josef Hartmann, dessen packendes Referat starken Beifall auslöste.

Die Versammlung in Lubwigs „Victoria-Garten“ am Trepptorpark war sehr gut besucht. Im vorderen Teil des Gartens sprach Genosse Störmer, im hinteren Teil Genosse Dr. Silberstein. Der Männerchor „Eidolf“ leitete die Versammlung mit Gesang ein und schloß sie mit folchem:

Die gut besuchte Versammlung in Kölers „Gesellschaftshaus“ in der Weberstraße wurde vom Männerchor der Transportarbeiter mit dem Liede „Dem Lenz entgegen“ eröffnet. Genosse Julian Worchardt hielt das Referat und erntete großen Beifall. Mit dem „Arbeiter-Vaterlandslieb“ wurde die Versammlung geschlossen.

In drangvoller Enge saßen und standen die Besucher im großen Saal der Brauerei „Adnigshabt“, wo zirka 3000 Frauen anwesend waren. Wichtig brauchte das Lied: „Morgengrauen“, vorgetragen vom Vädergesangsverein, durch den weiten Raum. Dann nahm Emil Eichhorn das Wort, um in einem etwa einstündigen Vortrage die Notwendigkeit und Verwirklichung der Frauenforderung sowohl vom historischen, als auch vom wirtschaftlichen und kulturellen Standpunkte zu begründen. Raum war der stürmische Beifall, der den Ausführungen folgte, verflungen, so fehlte der Sängerkor wieder ein und wiederum klang es hell und siegesfroh: „Empor zum Licht!“ in den frühlingserhellten Tag hinaus, worauf dann noch das prächtige Lied der „Sturm“ folgte. Nach einem temperamentoollen und eindringlichen Schlußwort des Frau Vohse war die Veranstaltung beendet.

Im „Kastanienwäldchen“, Badstr. 15/16, fanden sich die ersten Besucher im Anfang nur sehr spärlich ein. Das wurde aber anders, je weiter die zweite Stunde heranrückte. Da bekam die auch sonst sehr belebte Straße mit einem Mal ein fremdes und eigenartiges Gepräge: Langsam und zwanglos näherten sich lange Züge von Frauen, die dem Versammlungsorte zuströmten, während die Männer die Züge beschloßen. Die drügend heißen Sonnenstrahlen brachen durch die dichtbelaubten Kronen der prächtigen Kastanien, die schon ihre Ärzen feillich aufgestellt hatten. Wegen Ueberfüllung mußten die Stühle bald aus dem Saale entfernt werden. Viele Frauen mahlten stehen, und eine große Anzahl konnte im Saale selbst nicht anwesend sein. Sie verteilten sich dann auf

den Garten, wo die Männer von vornherein sich schon niedergelassen hatten. Das Referat hatte Hans Weber übernommen, der mit zündenden Worten auf die Bedeutung des Tages hinwies und die Forderungen der Frauen nach politischer Gleichberechtigung begründete:

Der Gesundbrunnen Gesangsverein „Harmonie“, der die Veranstaltung mit dem sehr hübsch vorgetragenen Liede: „Dem Lenz entgegen“ sehr stimmungsvoll eingeleitet hatte, schloß dieselbe würdig ab mit dem Gesänge: „Wir glauben an der Arbeit Sieg.“ Die Zahl der Teilnehmerinnen kann auf 3000 geschätzt werden.

Im oberen großen Saal der Pharusälen waren mindestens 1500 Frauen versammelt. Männer sah man nur vereinzelt. Schon lange vor 2 Uhr war der Saal polizeilich abgesperrt. Es war überhaupt ein zahlreiches Polizeiaufgebot zur Stelle. Aus den einzelnen Abteilungen des sechsten Kreises kamen die Frauen in geschlossenen Zügen zum Versammlungsort. Als die 2. Abteilung mit ihren 150 Frauen in der Kullerstraße am Polizeirevier vorbeimarschierte, sahen alle Schutzleute aus den Fenstern; sie glaubten wohl, die Revolution sei im Anmarsch. Eingeleitet wurde die Versammlung durch das in vortrefflicher Weise vom Gesangsverein „Weddinger Harmonie“ vorgetragene Lied: „Empor zum Licht!“ Oft durch Beifallskundgebungen unterbrochen, verstand der Referent, Genosse Dr. Hermann Beyl, den versammelten Frauen die Bedeutung des Frauentages klarzumachen. Mit dem Vortrage des Liedes „Völkerströmung“ durch den Gesangsverein schloß die Versammlung.

In dem unteren Saale war Genosse Kubig der Redner, und in kräftigen Worten feuerte er zu unablässigem Kampf für das Frauenwahlrecht auf. Er knüpfte an an die Worte des seeben verklungenen Liedes: „Empor zum Licht!“ Es ist etwas Großes, so viele Frauen beisammen zu sehen, die alle besetzt sind von dem Gedanken der Erringung ihrer Menschenrechte, die alle heraus wollen aus der Knechtschaft und Unterdrückung, die emporen wollen zum Licht, zu einem freieren Menschensein!

In den „Germania-Sälen“ folgte man mit größter Aufmerksamkeit dem Vortrage des Genossen Braunwald. Durch die Frauen, sagte der Redner unter anderem, kommt erst ein hoher Zug in unsere Bewegung hinein. Die Frauen zeichnen oft ein hohes Maß von Selbstlosigkeit aus, ja von einer Bescheidenheit, die manchmal so weit geht, daß sie sich nicht einmal getrauen zu sagen, daß sie überhaupt da sind. Aber die Frauen müssen sich freimachen von aller Jaghaftigkeit und ihre Menschenrechte, ihre Rechte als Bürger des Staates und der Gemeinde fordern.

Im „Stadttheater Moabit“ zeigte Genosse Wilhelm Düwelle in einem einstündigen Referat den gepannt lauschenden Frauen, in welcher Rechtslosigkeit sie heute noch leben. Es liege im ureigenen Interesse der Frauen, mit Begeisterung der Fahne der Sozialdemokratie zu folgen. Lebhafter Beifall wurde diesen Ausführungen gezollt; viele Frauen bewiesen durch ihren sofortigen Eintritt in den Wahlverein, wie die Worte des Referenten gegündet hatten. Die vorgelegte Resolution wurde gegen eine Stimme angenommen.

Berliner Vororte.

In Bohnsdorf referierte vor 130 Frauen Genosse Hurow-Neufuß.

Die Versammlung in Britz-Budow war von 150 Personen besucht, darunter 120 Frauen. Referent war Albin Moh.

Die Versammlung für Steglitz und Friedenau lagte im „Birkenwäldchen“. Der Besuch war ein zufriedenstellender und fondete die trefflichen Ausführungen des Genossen Hirsch alleseitigen Beifall.

In Groß-Lichterfelde referierte Genosse Lehmann vor zirka 300 Personen.

Die Versammlung in Mariendorf war von 150 Personen, fast ausschließlich Frauen, besucht, welche den trefflichen Ausführungen des Genossen Robert Fendel mit atemlosset Stille folgten.

In Kottbus referierte Genosse Otto Braun in einstündigem, mit lebhaftem Beifall aufgenommenem Vortrage über die Forderung des Frauenwahlrechts. — In der Distrikte nahm die Genossin Waihe das Wort, um den zahlreich anwesenden Frauen das Unwirdige der seit Jahrhunderten ertragenen Rechtslosigkeit und die Bedeutung des von ihnen geforderten allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts für die gesamte Arbeiterklasse vor Augen zu führen.

Die Versammlung in Adnigshausen war besucht von 150 Frauen und einem Teil von Männern. Das Referat hielt der Genosse B. Siering-Verlin. Reicher Beifall lohnte den vortrefflichen Vortrag.

Charlottenburg. Der Frauentag gestaltete sich zu einer großartigen Kundgebung. In hellen Scharen zogen die proletarischen Frauen nach dem „Volkshaus“. Genossin Klara Diefel hatte das Referat übernommen. Die trefflichen Ausführungen der Referentin wurden häufig von begeistertem Beifall unterbrochen. Zu erwähnen ist noch, daß der diesmalige Frauentag unter dem besonderen Schutze der Polizei stand. Uniformierte und „Geheime“ waren in großer Anzahl aufgeboden worden, um die gefährdete Ordnung zu führen.

Neukölln. Die Demonstration der hiesigen Genossinnen trug einen imposanten Charakter. In den verschiedenen Versammlungen konnten an die 5000 Frauen gezählt werden. Im „Feldschloßchen“ referierte Genosse Hugo Boehsch, in den „Hohenhausensälen“ Paul Dupont, bei Hoppe Georg Davidsohn, bei Pelti Emil Dillmer, bei Wolff Franz Schneider. Schon der Anmarsch der Genossinnen bot ein imponantes Bild. Die Organisierten unter ihnen versammelten sich in ihren Jagadenlokalen und gingen von dort zu Hunderten nach den Versammlungsorten. Wie der Anmarsch beeinflusste auch der Abmarsch der Frauen das Straßenbild in erheblichem Maße.

In Adnigshausen fand die Versammlung im „Kaiserhof“ statt. Sie war von zirka 400 Frauen besucht. Der Genosse Hänisch referierte.

Die Schöneberger Versammlung fand bei Großer, Meiningers Straße 8, statt. Besucht war dieselbe von 900 bis 1000 Frauen. Dazu kamen einige wenige Männer. Die Frauen gingen gruppenweise von ihren Bezirkslokalen nach der Versammlung. Eröffnet und geschlossen wurde die Versammlung durch Lieder vom Gesangsverein „Männerchor“. Das Referat hatte Genosse Fretter übernommen. Derselbe ging außer auf die Forderungen auch auf die letzten Vorgänge im Landtage ein. Großer Beifall lohnte die Ausführungen des Referenten.

Treptow. Im Sportrestaurant sprach vor rund 200 Versammlungsbefuchern, davon 170 Frauen, der Genosse B. Ermuth. Reicher Beifall lohnte den Referenten für seine Ausführungen.

In Baumshulenberg sprach in Serpentin Festsälen vor einer fast ausschließlich von Frauen besuchten Versammlung der Arbeitersekretär Genosse Hermann Müller unter reichem Beifall der Versammelten.

Die in Wilmerdorf-Hasensee abgehaltene Versammlung war über Erwarten gut besucht; zu neun Zehnteln füllten Frauen den Saal des Kurfürstenturms. Nachdem die Leitung den Parteigenossinnen Marxwig, Vahr und Schmolli übertragen war, sprach Genosse Piel in zündender Rede über die Bedeutung des Befreiungskampfes der proletarischen Frauen.

Friedrichshagen. Die Versammlung war von ungefähr 200 Teilnehmerinnen, größtenteils Frauen, besucht, die mit großem Interesse den Ausführungen des Genossen Kauf folgten.

Lichterberg. Die Versammlung, welche im „Schwarzen Adler“ stattfand, war so überfüllt, daß sie nach dem Garten verlegt werden mußte. Genosse Dr. Julius Wolfe lenkte die Versammlung mit kräftigen Strichen die Dreiklassenwahlrecht und ging dann besonders auf das Frauenwahlrecht ein. Die allgemeine Resolution wurde einstimmig angenommen. Eine zweite Resolution, welche sich gegen die Schmach

im Dreiklassenparlament Wendel, fand ebenfalls einstimmige Annahme. Der Gesangverein Lichtberger Männerchor verabschiedete durch seinen Gesang den Tag der Frauen. Nach einem dreimaligen Hoch auf die internationale, völkervereinlich und frauenbefreundende Sozialdemokratie verließen die Anwesenden den im schönsten Grün prangenden Versammlungsgarten. Der nicht endenwollende Strom ergoß sich die Frankfurter Allee entlang bis zur Broskauer Straße, wo er durch ein Schuttmannsaufgebot von zirka 50 Mann in die Seitenstraßen abgelenkt wurde.

Die Versammlung in Oberschöneweide war gut besucht. Es waren aus Ober- und Niederschöneweide sowie Korchhorst etwa 500 Personen anwesend. Referent war Genosse Adolf Ritter. 30 Neuaufnahmen von Frauen waren zu verzeichnen.

In Nieder-Schönhausen waren zirka 200 Frauen aus Pankow und Nieder-Schönhausen versammelt. Referent war Genosse Paul John.

Reinickendorf-Öst. 400 Teilnehmerinnen aus Reinickendorf-Öst und Wilhelmshagen wurden gezählt. Referent war Genosse Leid. Reinickendorf-West. In der gut besuchten Versammlung referierte der Genosse Ritzke unter lebhaftem Beifall der Anwesenden. Nach Schluß der Versammlung ließ sich eine Anzahl Frauen in den Wahlverein aufnehmen.

Die Versammlung für Strauß-Kummelsburg fand im Garten des „Café Bellevue“ zu Kummelsburg statt. Eingeleitet und geschlossen wurde sie vom Kummelsburger Gesangverein durch stimmungsvolle Lieder. Anwesend waren ungefähr 1500 Personen, größtenteils Frauen. Den Vortrag hielt Genosse Gah.

Tegel. Anwesend waren gut 500 Personen, fast ausschließlich Frauen. Referent war Genosse Sooger.

Weißensee. Die Versammlung fand im „Schloß Weissensee“ statt. Besuch zirka 750 Personen, meist Frauen. Die Ausführungen Waldes Manaffes fanden lebhaften Beifall.

Berlin. Obgleich am heutigen Sonntag die Suffitenspiele mit einem großen historischen Festzug eröffnet wurden, hatten sich doch eine große Anzahl Frauen und Männer im Saale des „Schützenhauses“ eingefunden, die den vorzüglichen Ausführungen des Genossen Stadthagen mit großem Interesse zuhörten. Besonders löste es einen Sturm der Entrüstung aus, als der Referent auf die letzten Vorgänge im Landtage zu sprechen kam. Reicher Beifall lohnte den Redner für seinen Vortrag. Am Schluß wurde eine Resolution einstimmig angenommen, in der die Forderungen der Frauen auf soziale und politische Gleichberechtigung ausgedrückt wurde und auch protestiert wird gegen die Vergewaltigung der Vertreter der Arbeiterklasse im preussischen Landtage.

Spandau. Die Versammlung war überaus stark von Frauen besucht. Das Referat der Genossin Jick wurde beifällig aufgenommen. Durch den Beitritt einer größeren Anzahl Frauen zum Wahlverein fand die imposante Versammlung ihren Schluß.

Potsdam. Die Versammlung, in der Genosse Gäberl - Charlottenburg referierte, war von etwa 200 Personen, fast nur Frauen, besucht. Nach dem beifällig aufgenommenen Vortrag trug ein Genossin ein die Frauen zu politischer Tätigkeit anfeuerndes Gedicht vor.

Kärntenwalde. Die hiesige Versammlung war von 300 Personen besucht. Der Vortrag der Genossin Fahrtenwald - Berlin fand begeisterte Zustimmung.

Alt-Glienicke (St. Zeltow). Die Versammlung fand statt in Schäfers Saal am Wasserturm und war von zirka 150 Personen besucht. Es referierte Hildebrandt - Neukölln. Die Resolution und das Referat fanden begeisterte Zustimmung.

Hüderdorf-Kalkberge. Hier referierte unter dem lebhaften Beifall der Versammelten Genosse Georg Lka. Eine Diskussion fand nicht statt; die Resolution wurde einstimmig angenommen.

Im Reich

fanden in allen Orten, in denen eine Parteiorganisation besteht, gut besuchte Versammlungen statt. Der Verlauf war überall ein glänzender.

Hamburg-Altona. In mehr als 20 Versammlungen demonstrierten die Frauen für die Forderung des Frauenwahlrechts. Zahlreiche Neuaufnahmen in die sozialdemokratische Organisation fanden statt.

Im Wahlkreis Kiel-Rendsburg fanden 7 Versammlungen statt. Im Stadtbezirk Kiel waren etwa 1000 Frauen versammelt.

Lübeck. Die Versammlung war von 1000 Personen besucht. Bremerhaven: In Lehe und Geestemünde fanden zwei große Protestversammlungen statt mit etwa 3000 Teilnehmern, die eine scharfe Resolution gegen den Polizeistaat im preussischen Dreiklassenhaus annahmen. Die Frauenversammlung, die von etwa 1200 Frauen besucht war, verließ außerordentlich imposant.

Stettin: In Groß-Stettin waren die neun Versammlungen des Frauentages überfüllt. Gleichzeitig protestierten die Versammlungen gegen die brutale Polizeivergewaltigung im preussischen Abgeordnetenhaus. Die Polizei, auch die dienstfreie Mannschaft, war bereit gehalten, fand aber keine Arbeit.

Mühlhausen i. Th.: Die Frauenversammlung fand unter freiem Himmel statt. Zirka 1000 Frauen und Männer beteiligten sich daran. Die Versammlung demonstrierte für das Frauenwahlrecht und nahm gleichzeitig eine scharfe Protestresolution gegen das preussische Interparlament an. Im Anschluß daran fand eine spontane Straßenkundgebung mit Hochrufen auf das Wahlrecht statt.

Düsseldorf: Die Frauen hatten sich in einer großen, überfüllten Versammlung zusammengefunden. Nach der Versammlung zog ein Demonstrationszug zum Gefängnis, um den Genossen Verten abzuholen, der nach einer dreimonatigen Gefängnisstrafe am Sonntag entlassen wurde. Mehrere Tausend hielten sich am Gefängnis zusammengefunden. Genosse Verten wurde mit Hochrufen begrüßt und es wäre vermutlich alles ruhig abgelaufen, wenn nicht ein großes Polizeiaufgebot erschienen wäre, um die Massen auseinanderzutreiben. Die Polizei nahm Verhaftungen vor, auch eine alte Frau verfiel diesem Schicksal, einige Polizisten zogen Blank und schlugen auf die Menge ein. Wenn die Massen nicht flüchtig gewesen wären und gute Disziplin gehalten hätten, konnte es leicht größeres Blutvergießen geben.

Hannau: Im Hannover Wahlkreis wurden vier öffentliche Versammlungen abgehalten; sie waren durchgängig gut besucht. Neben der Kundgebung für das Frauenwahlrecht wurde gegen den polizeilichen Gewaltstreik im preussischen Landtage protestiert. Am Sonntag sollen weitere Protestversammlungen gegen die Vorgänge im Abgeordnetenhaus stattfinden.

Leipzig: In zwei Sälen des Volkshauses fanden Versammlungen statt, die von zirka 4000 Frauen besucht waren. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, eine sehr große Zahl von Aufnahmen in die sozialdemokratische Organisation sind zu verzeichnen.

Dresden: In der Stadt und in der Umgebung fanden vier Versammlungen statt, die durchgängig sehr stark besucht waren. Vor dem großen Volkshaus fand ein hartes Schuttmannsaufgebot zusammengezogen, das aber nicht zu tun bekam.

Nürnberg: Der Frauentag verlief imposant. Die Versammlung im Belodrom war sehr stark besucht. Ein beachtlicher Waffenbruch unterblieb auf Anraten der Versammlungsleitung. Die Massen zogen in starken Trupps nach verschiedenen Stadtteilen. Aus zahlreichen Orten der Umgebung wird über glänzenden Verlauf des Frauentages berichtet.

Braunschweig: Eine öffentliche Versammlung unter freiem Himmel war von über 1000 Personen besucht. Nach Schluß der Versammlung war, wie in Braunschweig üblich, das gesamte Polizei- und Nachwächterpersonal aufgebieten, um die nach dem Schloß führenden Straßen abzusperren. Die heimkehrenden Versammlungsbesucher wurden infolgedessen zum Zuge zusammengezwängt, der sich noch eine Zeitlang durch die Straßen bewegte.

Leblichkeits Meldungen liegen vor aus Königsberg i. Pr., Breslau, Striegau, Magdeburg, Halle, Erfurt, Frankfurt a. M., Köln, Essen, Elberfeld, Barmen, Solingen, Mannheim, Darmstadt, Mainz, Göttingen, Jittau, Jwidau, Chemnitz.

Aus der Partei.

Die Abhängigkeit der „Neuen Zeit“ vom Parteivorstand.

So weit ich die Parteipresse übersehen kann, begegnet sie sich in der Ansicht, daß der Ausgangspunkt des Zwistes zwischen Wehring und mir eine persönliche, kleinliche Angelegenheit darstellt, die nicht vor die Öffentlichkeit gehört. Das ist ganz meine Meinung. Wenn Wehring, als er glaubte, durch die Redaktion der „Neuen Zeit“ in seinen Rechten gekränkt zu sein, an die zuständigen Instanzen, den Vorstand und eventuell die Kontrollkommission gegangen wäre, und seine Entgegnung gegen Wehring in der „Neuen Zeit“ erscheinen ließ, wie ich ihm anbot, statt damit in die „Bremer Bürgerzeitung“ zu gehen und gleichzeitig die Abfassung seiner Spigenartikel für uns einzustellen, wäre der Partei der peinliche Disput erspart geblieben.

Nachdem die Sache, ganz ohne mein Zutun und sehr wider meinen Willen, an die Öffentlichkeit gebracht worden war und zu schweren Anlagen gegen mich geführt hatte, fühle ich mich verpflichtet, die Genossen, denen ich Rechenschaft schuldig bin, über die Vorgänge zu unterrichten.

Wenn aber jetzt allseitig gewünscht wird, der Disput möge ein Ende nehmen, so füge ich mich, soweit es sich um die persönliche Seite der Frage handelt, obwohl es mir schwer fällt, auf die Verichtigung aller der Entstellungen und Verdächtigungen zu verzichten, durch die Wehring meine Person herabzusetzen sucht.

Aber es handelt sich heute nicht mehr um die Personen der Streitenden. Wehring hat ein neues Moment vor die Öffentlichkeit gebracht, um seinen Konflikt zu begründen, nachdem ich die Richtigkeit seiner zuerst vorgebrachten Gründe nachgewiesen. Dieses neue Moment ist keine persönliche Angelegenheit mehr, sondern eine Parteiangelengeheit. Dies Moment muß unbedingt erörtert und klargestellt werden, sonst bliebe ein dunkler Fleck nicht bloß auf mir, sondern auch auf dem wissenschaftlichen Zentralorgan der Partei und auf dieser selbst haften.

Darüber und darüber allein muß ich noch reden. Wohl hat der Parteivorstand bereits Wehrings Anschuldigung zurückgewiesen, aber die Interna der „Neuen Zeit“, durch die Wehring jene Anschuldigung zu begründen sucht, konnte er nicht erörtern. Darüber bin ich den Genossen Aufklärung schuldig.

In seiner Richtigstellung teilt Wehring mit, er habe mir am 19. April geschrieben, der Grund seines Ausscheidens aus seiner bisherigen Art der Betätigung an der „Neuen Zeit“ läge daher, daß politische Meinungsverschiedenheiten zwischen uns beständen. Er hielt es für einen großen Fehler, wenn das wissenschaftliche Zentralorgan sich völlig abhängig vom Parteivorstand machte. Im Brief war das noch bestimmter ausgesprochen:

„Ich halte es für einen großen Fehler, daß die Zentralorgane der Partei einfache Parteivorstandsorgane werden, und mag dabei nicht mitteln. Und selbst wenn ich wollte, so wäre das kein Leben mehr, wenn ich jedes Wort in den Spigenartikeln darauf abwägen wollte, ob es den Beifall Wehrs und des Parteivorstandes fände.“

Das sieht so aus, als ob ich derartiges Wehring zugemutet hätte, und als ob es ein Gebot der Ehre wäre, solche Ungebühr mit Entrüstung zurückzuweisen. Welcher Parteigenosse möchte ihm darob nicht begeistert zustimmen!

Der Parteivorstand hat schon darauf hingewiesen, daß er auf die Haltung der „Neuen Zeit“ keinen Einfluß übt. Die „Neue Zeit“ ist wohl ein Parteiorgan und als solches den Parteigenossen verantwortlich, nicht so völlig von der Partei losgelöst, wie etwa die „Sozialistischen Monatshefte“, die ihre Selbstständigkeit gegenüber den Parteiorganen gern rühmend hervorheben. Ich weiß nicht, ob Wehring die gleiche Selbstständigkeit für die „Neue Zeit“ wünscht. Ich für meinen Teil muß gestehen, daß mir die demokratische Unterordnung des einzelnen Organs unter die Gesamtheit des Parteikörpers noch nie drückend zum Bewußtsein gebracht wurde.

Die „Neue Zeit“ untersteht keiner Vorkommission, sondern direkt dem Parteivorstand. Wenn aber eine Vorkommission sich befähigt mit dem ihr unterstellten Parteiorgan beschäftigt, so kann man nicht das gleiche von und sagen. Der Parteivorstand greift in unsere redaktionelle Tätigkeit in keiner Weise ein. Wenn Beschwerden gegen die Redaktion der „Neuen Zeit“ einlaufen, muß er sie natürlich prüfen und darüber entscheiden. Das kommt aber äußerst selten vor. Aus den langen Jahren des Erscheinens der „Neuen Zeit“ als Parteiorgan kann ich mich nur dreier solcher Fälle erinnern.

Es gibt in der ganzen Welt kein Parteiorgan, dessen Redaktion freier und unabhängiger dastünde als die der „Neuen Zeit“.

Sollte also das wissenschaftliche Zentralorgan sich völlig abhängig vom Parteivorstand gemacht haben, so müßte das aus einem freiwilligen Bedürfnis nach Anknüpfung entspringen sein. Nachdem ich drei Jahrzehnte lang die „Neue Zeit“ in völliger Unabhängigkeit redigiert, hätte ich mich demnach angelehnt, ihren Eintritt in das vierte Jahrzehnt durch ihre freiwillige Degradation zum offiziellen Organ des Parteivorstandes zu feiern!

Irgendwelche Motive, um diese seltsame Wandlung des „Großinquisitors“ begründet zu machen, gibt Wehring nicht an. Aber vielleicht sind die Tatsachen um so schlagender, die uns zwingen, das Unbegreifliche zu glauben. Sehen wir zu.

Erste Ursache. Der Vorstand hat im November vorigen Jahres sein Bedauern über einen Artikel Wehrings ausgesprochen. Ich selbst habe aber den Artikel nicht bedauert und die Ansicht des Vorstandes nicht geteilt. Was der Fall für meine Offiziösität beweisen soll, vermag ich absolut nicht einzusehen. Aber allerdings, für das Verständnis des Konflikts ist er wichtig.

Zweite Ursache. Das Stichwahlabkommen. Ja, habe ich je an Wehring das Annehmen gestellt, darüber im Sinne des Vorstandes zu schreiben oder ihn gehindert, am Abkommen Kritik zu üben? Ich habe dieser Kritik in der „Neuen Zeit“ nicht das mindeste in den Weg gelegt. Wenn außer dem Wehringschen Artikel keiner im gleichen Sinne bei uns erschien, rührte dies daher, daß uns seiner eingeschandt wurde. Wehring selbst gegenüber habe ich niemals auch nur eine Silbe des Bedauerns über seinen Artikel fallen lassen. Um doch ein Zeichen meiner Einwirkung auf ihn im Sinne des Parteivorstandes vorbringen zu können, bleibt ihm nichts übrig, als sich auf den großen Unbekannten zu berufen, der ihm verriet, was ich selbst ihm „verfäwieg“: ich sei „gekränkt“ durch seinen Artikel. In Wirklichkeit hat mich an dem Artikel nur die Tatsache unangenehm berührt, daß Wehring dort gegen mich polemisierte, ohne mir vorher Mitteilung davon gemacht zu haben.

In der Frage des Stichwahlabkommens fand ich die Gegnerkraft nicht Wehrings allein, sondern noch anderer Freunde. Mein gutes Einvernehmen mit ihnen wurde dadurch aber keinen Moment gestört.

So weit dem Wehring meine Offiziösität in der Frage des Stichwahlabkommens nicht aus meiner redaktionellen Tätigkeit in der „Neuen Zeit“, sondern nur aus meiner Tätigkeit als Mitarbeiter des „Vorwärts“ zu deduzieren, für den ich einen „offiziösen“ Artikel schrieb.

Wie sieht es damit?

Am Abend vor dem Abschluß des Stichwahlabkommens lud mich der Parteivorstand zu einer Beratung, ebenso wie die Redaktion des „Vorwärts“. Richt, um uns Beschlüssen zu erteilen, wie wir zu schreiben hätten, wie das bei offiziellen Journalisten üblich ist, sondern um uns zu befragen, was wir von dem vorgeschlagenen Stichwahlabkommen dächten. Da war ich der Meinung, das Abkommen sei eine höchst wünschenswerte Sache, die Dämpfung aber äußerst fatal. So sah der Vorstand die Sache auch an. Aber vor die Frage gestellt, ob man, wenn das Stichwahlabkommen nicht anders durchzuführen sei, es an der Frage der Dämpfung scheitern lassen sollte, glaubte keiner der Anwesenden, sie bejahen zu dürfen.

Das mag ein Fehler gewesen sein. Darum handelt es sich jetzt nicht. Meine Stellungnahme entsprang jedenfalls meiner ehrlichen Überzeugung, die ich nach Erwägung aller für und widerprechenden Gründe gewonnen. Und niemand hat das Recht, diese meine Überzeugung als Liebedienerei gegenüber dem Vorstand zu verächtigen.

Als dann das Stichwahlabkommen kritisiert wurde, hielt ich es für geboten, meine Auffassung vor den Genossen zu begründen. Ich verteidigte das Abkommen nicht, weil es vom Parteivorstand abgeschlossen worden war, sondern weil es meiner Überzeugung nach im Parteinteresse lag. Ich schäme mich, nach bald vierzig Jahren Parteiarbeit noch betonen zu müssen, daß ich meine Überzeugungen aus eigenem Nachdenken schöpfe und nicht fertig vom Parteivorstand beziehe. Mein Artikel war für die „Neue Zeit“ bestimmt, wo er natürlich unter Nennung meines Namens erschienen wäre. Er wurde zu spät fertig, um dort noch vor der Berliner Generalversammlung zu erscheinen, so gab ich ihn dem „Vorwärts“. Als dieser es vorzog, ihn ohne Nennung des Autors, als Meinung der Redaktion zu veröffentlichen, hatte ich nichts dagegen einzuwenden. Es ist nicht das erste Flugblatt und nicht der erste Artikel, die ich anonym veröffentlichte. Ich habe mich nie mit meinem Namen vorgebracht.

Wehring eigens mitzuteilen, daß der Artikel von mir herrühre, lag kein Grund vor. Wo in alledem Offiziösität stecken soll, ist mir unerfindlich, es müßte denn jeder Parteigenosse ein offiziöser Handlanger des Parteivorstandes sein, der in einer Frage mit diesem die gleiche Überzeugung hat. Freilich, wenn man den Parteivorstand einer kapitalistischen Regierung gleichsetzt, die ein Proletariat prinzipiell zu bekämpfen hat, dann wird es allerdings zum Verrat an der proletarischen Sache, mit der Regierung oder dem Parteivorstand Hand in Hand zu geben!

Ebenso wenig wie wegen des Artikels über das Stichwahlabkommen habe ich wegen des folgenden Artikels, in dem unsere Genossen im Reichstag angegriffen wurden, von Wehring je geordert, er solle in anderem Sinne schreiben. Ich hielt den Artikel für sachlich ungerechtfertigt, wegen seiner Verungung auf die Verhandlung Liebedienerei, die tatsächlich einen Standpunkt entwickelte, den heute niemand mehr vertritt, wie jeder zugeben wird, der diese Verhandlung zu Ende liest. Ich hielt den Artikel auch für politisch unklug, denn er diskreditierte nicht den bürgerlichen Parlamentarismus, sondern unsere Genossen im Reichstag oder wenigstens alle, die dort schon längere Reden gehalten hatten. Wenigstens habe ich auch jetzt Wehring nur mein Bedauern darüber ausgesprochen, daß er solche Artikel über den Kopf der Redaktion hinweg veröffentlichte, die vor den Parteigenossen die Verantwortung dafür zu tragen hat.

Er vermag keine Silbe von mir anzuführen, die ich zu ihm jemals im Sinne einer offiziösen Beeinflussung geschrieben oder gesprochen hätte.

Wo bleiben da seine Beweise dafür, daß ich abhängig vom Parteivorstand sei und ihn selbst in solche Abhängigkeit versetzen wollte?

Er beruft sich auf meine Forderung, er solle während der Zeiten meiner Abwesenheit seine Artikel an meine Stellvertreter senden, statt an mich. Darin sieht er eine „Einschränkung seiner publizistischen Bewegungsfreiheit“, die man nur jemand zumuten konnte, der keine Ehre im Leibe hat. Ich vermag irgend eine Einschränkung in dem von mir vorgeschlagenen Modus nicht zu entdecken. Aber das rührt wohl daher, daß mir keine Freunde zur Seite stehen, die so „erfahren in den Gesetzen der Ehre sind“, wie die Freunde Wehrings. Gewöhnlichen Menschenkindern und Parteigenossen sind diese Gesetze offenbar ebenso schwer fahbar, wie die Gesetze der so heißen Offizierslehre.

Was hat aber die Frage, ob meine Kollegen würdig oder unwürdig sein sollen, Wehringsche Manuskripte zu empfangen, mit der Abhängigkeit vom Parteivorstand zu tun? Wehring konstruiert einen Zusammenhang daraus, daß diese Frage aufgeworfen wurde zu einer Zeit, wo er „einige, dem Parteivorstande mißfällige Artikel“ geschrieben hatte. Leider hat er vergessen, daß gerade zu jener Zeit er selbst es gewesen ist, der die Frage, ob er meine Kollegen die Lust behandeln dürfe, auf die Tagesordnung setzte in einem Brief vom 18. April, wo er erklärt, er werde von jetzt an seine Artikel regelmäßig an die Redaktion senden, während meiner Abwesenheiten von Berlin aber keine schreiben.

Das und das allein war es, was zur Diskussion jener Frage führte. Ich hätte gern die Entscheidung darüber dem kompetenten Forum überlassen, sei es den „übergeordneten“ Instanzen oder den Kollegen vom Verein Arbeiterpresse. Ohne jedes aufgeregte Gerede von „Ehre“ ließ sich diese Frage bloßer redaktioneller Technik leicht aus dem Wege schaffen.

Diese Lappalien sind alles, aber auch alles, was Wehring vorzubringen weiß, um seine schwerwiegende Beschuldigung zu stützen, der tiefere Grund seines Konflikts zwischen ihm und mir besteht darin, daß ich die „Neue Zeit“ zu einem Organ grundsätzlicher Willkürigkeit gegenüber dem Parteivorstand herabwürdigten wollte, wogegen er sich auflehnte.

Gerade die Richtigkeit der „Beweise“ bezeugt aufs deutlichste die Richtigkeit der Beschuldigung.

Gleicher erbelt aber aus der Wehringschen Beweisführung der wirkliche tiefere Grund des Konflikts: er ist in der Tatsache zu suchen, daß der Parteivorstand im November vorigen Jahres über Wehrings Artikel in Nr. 7 der „Neuen Zeit“ sein Bedauern aussprach. Die Wirkung dieses Schrittes auf Wehring war bei seiner Natur naheliegend. Ueber diese mich nochmals zu äußern, habe ich keinen Grund. Ich glaube schon in dem Artikel klargestellt zu haben, daß ich im Herbst 1903 nach dem Dresdener Parteitag über Franz Wehring veröffentlichte, damals, als er so schwer angegriffen worden war, daß viele seiner besten Freunde an ihm irre wurden. In dieser Situation hielt ich es für meine Pflicht, dem Bedrängten beizuhelfen. Ich versuchte, in meinem Artikel jene seiner Handlungen, die so manche Genossen abstießen, ihnen menschlich näher zu bringen.

Ohne bei ihm Widerspruch zu finden, mußte ich zu diesem Zweck auf eine Eigenschaft hinweisen, die bewirkt, daß der geringste Konflikt auf ihn weit tiefere und erregendere Wirkungen äußert, als auf gewöhnliche Menschen. Dies hat sich auch jetzt wieder geltend gemacht und bewirkt, daß das Bedauern des Vorstandes von Wehring als Kriegserklärung aufgefaßt wurde.

Seitdem erscheint für Wehring der Parteivorstand als der Feind, mit dem es gilt, abzurechnen. Daß ich in der Frage des Stichwahlabkommens dabei nicht mittel, wurde mein Verbrechen. Nun bin ich der charakterlose, abhängige Offiziösus des Parteivorstandes, ist das wissenschaftliche Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie zum bloßen Sprachrohr des Parteivorstandes geworden.

In Wirklichkeit ist die „Neue Zeit“ geliebten und soll sie bleiben, was sie dreißig Jahre lang gewesen: eine Stätte freier Diskussion im Rahmen der Parteigrundsätze, völlig unbeeinflusst vom Parteivorstand wie von jeder anderen Parteinstanz, aber auch ohne schematische Gegnerschaft gegen irgend ein Organ der Partei, welche es in der resse, im Parlament, in der Parteiorganisation, die alle für die gemeinsame große Sache wirken und kämpfen.

R. Rautsky.

An die Parteigenossen!

Es ist uns unmöglich, bei den unzähligen Anträgen auf Abhaltung von Protestversammlungen, die täglich telegraphisch, telephonisch und brieflich an uns gerichtet werden, auch nur einem kleinen Teile zu entsprechen. Die parlamentarische Lage gestattet es uns nicht, vor der Verhandlung über die Wahlrechtsanträge überhaupt Protestversammlungen abzuhalten, abgesehen von den bereits anderorts beiden Versammlungen in Zehlendorf und Rowatow.

Später werden wir, soweit es in unseren Kräften steht, die Wünsche der Genossen im Lande gern berücksichtigen; wir bemerken aber gleich, daß es völlig ausgeschlossen ist, daß überall, wo es verlangt wird, ein Mitglied der Fraktion referiert.

Berlin, 13. Mai 1912.

Mit Parteigruß

Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Abgeordnetenhauses.

Soziales.

Agrarischer Terrorismus.

Seit fünf Jahren war auf dem pommerischen Gute Streckenthin, einem Herrn v. Kamele gehörig, der Arbeiter-Pommerener beschäftigt. Es wurde ihm ein Lohn von 250 M. im ersten Jahre täglich gezahlt, doch in den folgenden Jahren auf 225 M. im Sommer und 145 M. im Winter gekürzt, ohne daß der Arbeiter gefragt wurde. Als der Arbeiter vor einigen Tagen an den Rentmeister Grabiniski, der als Verwalter des Gutes tätig war, herantrat und diesen bat, infolge der erhöhten Lebensmittelpreise den Lohn auf den alten Satz von 250 M. zu erhöhen, wurde diese Forderung rund abgeschlagen. P. erklärte, darauf, daß er sich lohnenbereiten Verdiensten suchen müßte, und verließ die Arbeit, um bei der in der Nähe des Gutes die Stauwerksarbeiten ausführenden Elektricitäts-Gesellschaft „Gahle“ in Arbeit zu treten. Kaum war er anderthalb Stunden beschäftigt, so wurde er zum Bauarbeiter gerufen und ihm erklärt, man müsse ihn entlassen, denn von Streckenthin aus sei angeklagt worden. P. nahm nun seine Schippe unter den Arm und suchte wieder Arbeit. Nach zwei Tagen gelang es ihm bei der Lackpresse Beschäftigung zu erhalten. Jedoch schon im Laufe des ersten Tages wurde der Schachtmeister, dem die Lackgewinnung übertragen ist, zum Herrn Rentmeister befohlen und ihm gesagt, den P. dürfe er unter keinen Umständen beschäftigen und wenn gleich der ganze Betrieb stehen bleibe. Auf die Entgegnung des Schachtmeisters, daß doch 250 M. nicht zu hoch sei, wurde von dem Rentmeister der klassische Satz geprägt: „Die sollen grasen gehen, im Walde wäshen ja genug, früher haben sich die Leute auch von Kräutern ernährt.“ Das Resultat war, daß P. am anderen Tage entlassen wurde. Ob der Besitzer v. Kamele mit dem Vorgehen seines Rentmeisters einverstanden ist, können wir nicht wissen, jedenfalls ist er für die Handlungsweise seines Vertreters voll verantwortlich. Der Rentmeister und er sind verpflichtet, vollen Schadenersatz wegen des den guten Sitten ins Gesicht schlagenden Verhaltens aus der Arbeit zu leisten und außerdem den zu Unrecht verkürzten Lohn nachzugahlen. Den Anspruch kann freilich der Arbeiter ohne Hilfe einer Organisation nicht durchsetzen. Den Landarbeitern sollte das Vorkommnis ein Ansporn sein, sich der Organisation der Landarbeiter anzuschließen.

Versammlungen.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen. Die ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin fand am Sonnabendabend in den „Arminhallen“ statt. Der Vorsitzende Schwittau erstattete den Geschäftsbericht für das erste Vierteljahr 1912. Verschiedene Lohnbewegungen sind in der Berichtsziffer eingeleitet oder zu Ende geführt worden. Mit der Stimmgenossenschaft ist ein Tarifvertrag zustande gekommen, in der Fabrik von Mengers Söhne ist eine Bewegung erfolgreich gewesen, in Vorsteg wurden teilweise Erfolge erzielt. In der Heilstätte Müllrofe hat der Verband den Tarif gekündigt und erwartet Verbesserungen für seine Mitglieder. — Schwittau trug dann einige geschäftliche Empfehlungen der Verwaltung in bezug auf Beitragszahlungen und Mitträgen der Unterstufung bei. Nachregulierung vor, die in der Diskussion über den Geschäftsbericht feinen Widerspruch fanden. Der Kassenerbericht für das erste Vierteljahr 1912 zeigt eine Einnahme von 13.212,15 M., eine Ausgabe von 12.356,94 M., mithin eine Mehreinnahme von 855,21 M. Der Kassenerbestand am 31. März 1912 betrug 17.388,43 M. Nach der Abrechnung mit der Hauptkasse wurden ausgegeben für Krankenunterstützung 2061,39 M., für Unterstützung an Arbeitslose 1901,41 M., an Streikende 184,65 M., an Ausgesperrte 175,50 M., bei Nachregelungen 185 M., als Sterbegeld 700 M., für Rechtschutz 70,36 M., für außerordentliche Unterstützungen 25 M. Die Gesamteinnahmen für die Hauptkasse betragen 8280,21 M., die Ausgaben 6302,32 M., demnach verbleibt für die Hauptkasse die Summe von 1977,89 M. Der Mitgliederbestand, der Ende vorigen Jahres 1821 betrug, hat um 22 zugenommen, betrug also 1843 am Schlusse des ersten Quartals 1912, 90 Neuaufnahmen und 22 Uebertritte aus anderen Verbänden bildeten den Zugang, dem ein Abgang durch 21 Uebertritte zu anderen Verbänden, 62 Streichungen und 7 Todesfälle gegenübersteht. Der Kassierer Holz beantwortete eine Reihe von Fragen in bezug auf seinen Bericht in zufriedenstellender Weise. — Als Delegierter zur Gewerkschaftskommission berichtete W. a. r. Der Erhöhung der Beiträge zur Erhaltung des Gewerkschaftshauses stimmte die Versammlung zu. Einige Wünsche, den Arbeitsnachweis betreffend, standen dann zur Verhandlung, sowie eine kleine Differenz mit dem Hauptvorstand als interne Verbandsangelegenheit.

Arbeiter-Wanderverein Berlin. Wanderausfahrt am Donnerstag (Himmelfahrtstag), den 16. Mai, durch die Hüttenheide, Selten-Parow, Jlegentzug-Brieclang-Finkenweg. Abfahrt 6 1/2 Uhr Stettiner Hauptbahnhof. Teilnehmer an den Vingtstouren treffen sich Mittwoch, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Böhlisch, Staliger Straße 22.

Aus aller Welt.

Unwetter in Westdeutschland.

Ueber das westliche Deutschland sind am Sonntag schwere Gewitter, verbunden mit orkanartigen Stürmen, niedergegangen. In Bochum wurde durch das Unwetter die am Sonnabend eröffnete Kochkunstausstellung schwer mitgenommen. Das Dach der großen Ausstellungshalle wurde vom Sturm weggerissen, das Gebäude ist teilweise eingestürzt. Der in der Ausstellung angerichtete Schaden ist so bedeutend, daß teilweise Schließungen erfolgen mußten. Die Ausstellungsleitung hofft jedoch, die Ausstellung am Dienstagabend wieder vollständig eröffnen zu können. In Witten entstand eine Panik, als ein von 2000 Personen besuchter Zeltzirkus vom Sturm zerrissen wurde. Feuerwehrt und Sanitätskolonnen wurden alarmiert, größeres Unglück wurde jedoch verhindert. Die Zirkusbesucher konnten sich zum größten Teil rechtzeitig in Sicherheit bringen. Einige jedoch erlitten Arm- oder Beinbrüche, andere leichtere Verletzungen. In Duisburg wurde das Dach einer Bahnhofs-Halle abgerissen und auf die Gleise geworfen, wodurch Verkehrsstörungen bis zu vier Stunden eintraten. Bei mehreren Straßenbahnoberleitungen traten für längere Zeit Störungen ein.

Auch in Dortmund wurde durch den Gewittersturm großer Sachschaden angerichtet. In der Nähe des Hauptbahnhofes, einer der verkehrsreichsten Punkte der Stadt, stürzte infolge des Sturmes das Gerüst eines fünfstöckigen Neubaus ein und riss das Leitungsnetz der Straßenbahn herunter. Die Straße war fast menschenleer, Personen sind dabei nicht zu Schaden gekommen. Auch sonst hat der Sturm große Verheerungen angerichtet. Zahlreiche Schaulustler sind zertrümmert, Bäume entwurzelt und Dächer abgehoben. Ein junger Mann wurde durch einen herabstürzenden Schieferstein schwer verletzt. In der Ränsterstraße wurde ein Haus durch den Sturm derart beschädigt, daß es von der Polizei geschlossen wurde. Der Straßenbahnbetrieb ruhte in den Abendstunden gänzlich, da die Stromleitungen zerstört waren.

In Alfeld a. d. Leine wurde der Zeltzirkus Lorraine während einer gutbesuchten Vorstellung von einem Wirbelsturm erfaßt. Das Zelt wurde aus seiner eisernen Befestigung herausgerissen und in die Luft gehoben, sodas alles in Stücke ging. Nur mit Mühe konnten die Besucher sich in Sicherheit bringen. Etwa 20 Personen wurden durch herumfliegende Splitter verletzt. Einem Manegensperde wurde ein Bein abgerissen, ein Zirkusangestellter verlor ein Auge.

Schwere Verkehrsunfälle.

Ein schwerer Automobilunfall, bei dem zwei Personen getötet und zwei andere schwer verletzt wurden, hat sich Sonntag nachmittag auf der Chaussee nach Rheinsberg zugetragen. Der Ingenieur Karl Poensgen hatte in Begleitung seines Bruders, des Assesors Albert Poensgen, und einer Dame, der Gattin eines angesehenen Charlottenburger Finanzmannes, eine Automobilfahrt unternommen. Kurz vor Rheinsberg verlor die Steuerer, so daß der Chauffeur die Gewalt über das Auto verlor. Der Kraftwagen rammte in voller Fahrt gegen einen Baum. Bei dem Zusammenprall wurden die drei Insassen sowie der Chauffeur von ihren Sitzen auf die Chaussee geschleudert. Ingenieur Karl Poensgen war auf der Stelle tot, während sein Bruder schwer verletzt wurde. Auch die Dame erlitt so schwere Verletzungen, daß sie in bedenklichem Zustande in das Krankenhaus nach Bestend gebracht werden mußte. Der Chauffeur wurde gleichfalls sofort getötet.

Auf der etwas abschüssigen Schwiebus-Frankfurter Chaussee geriet Sonntag nachmittag das Pferd des Fleischermeisters Otto Bauer aus Schwiebus ins Rollen und Schleudern, so daß Bauer die Gewalt über das Pferd verlor. An einer Wegbiegung schlug der Wagen um und sämtliche vier Insassen wurden auf die Straße geschleudert. Eine Frau Klambt war sofort tot. Sie hat einen Schädelbruch erlitten. Kaufmann Wilhelm Bauer aus Berlin, der bei seinem Bruder in Schwiebus zu Besuch weilte, brach beide Unterarme, Kaufmann Schmidt aus Jülichau zog sich schwere innere Verletzungen zu. Otto Bauer blieb unverletzt.

Fliegerabstürze.

In Kassel hat sich am Sonntag ein tödlicher Fliegerunfall ereignet. Als der Flieger Hans Schmigulski aus Berlin, der dort Schausflüge veranstaltete, nachmittags einen Höhenflug unternahm, kippte in etwa 100 Meter Höhe in einer Kurve der Apparat plötzlich um und stürzte senkrecht zur Erde

nieder. Schmigulski erlitt so schwere Verletzungen, daß er nach wenigen Minuten starb.

Einen etwas weniger tragischen Abschluß fand ein Flugunfall, der sich bei Schausflügen in Straßburg i. E. zutrug. Dort stürzte der Flieger Krieger beim Abstieg aus etwa 15 Meter Höhe ab, kam aber mit geringen Verletzungen davon. Sein Passagier, Leutnant Steinbauer, trug einen Bruch des Unterschenkels davon.

Ein Passagierzug von Banditen überfallen.

Wie aus Mexiko gemeldet wird, wurde in der Nähe von Guadaluajara ein mit Flüchtlingen aus dem Erdbbeugebiet überfüllter Passagierzug von Banditen überfallen. Siebzehn Soldaten, die sich zufällig in dem Zuge befanden, stellten sich den Banditen entgegen. Es kam zu einer regelrechten Schlacht, in deren Verlauf acht Soldaten und zwölf Passagiere getötet wurden. Sämtliche Reisende wurden ihrer Wertgegenstände beraubt. Wieviel Tote und Verwundete es auf Seiten der Banditen gegeben hat, konnte nicht festgestellt werden, da diese von den Verbrechern mitgeführt wurden.

Kleine Notizen.

Und wieder Rabbod. Auf der Zeche „Rabbod“ bei Hamm explodierte vorzeitig eine Sprengladung. Durch die umherfliegenden Gesteinsmassen wurden vier Arbeiter lebensgefährlich verletzt.

Die Rache des Verführers. Am Sonntagabend gegen 7 Uhr erschoss im Hausflur des Hotels „Zur Sonne“ in Bismarck der 22 Jahre alte Seemann Karl Prueßing das aus Schwerin gebürtige 19 Jahre alte Dienstmädchen Klara Weber, weil es seinen andauernden Liebesanträgen kein Gehör geschenkt hatte. Dann richtete der Räuber die Waffe auf sich selbst und verletzte sich durch einen Schuß in den Kopf so schwer, daß er bereits in der Nacht im Städtischen Krankenhaus gestorben ist.

Dreifacher Mord und Selbstmord. In der Nacht zum Sonntag hat in Reichenberg in Böhmen der Hausbesitzer Kaufmann Adolf Horn seine Gattin, seinen achtzehnjährigen Sohn und seine elfjährige Tochter erschossen. Horn, der nach der Tat Selbstmord beging, scheint in einem Anfall von Geistesstörung gehandelt zu haben.

Praktische Lehungen im Maschinenbau. Die die Petersburger Zeitung „Kuhstij Inwald“ meldet, stellt ein Zugsbefehl des Kriegsministers Sjachomlinow fest, daß während einer Schießübung durch Artillerieoffizier 42 Infanteristen verwundet wurden. Der Ort, wo sich dies ereignet, wird in dem Befehl nicht genannt.

Eingegangene Druckschriften.

Untersuchungen über die Größe von 1000 norddeutschen Frauen und Mädchen von Dr. F. Kofke, 3 M. F. C. E. Richter, Lindenwalde. Literarischer Ratgeber des Däverbundes, herausgegeben von Dr. h. c. F. Koenig, Verlag Georg D. B. Callwey, München, 3 M. Normen der Ehe, der Familie und der Verwandtschaft von F. Müller-Lyer, 1.80 M., geb. 2.60 M. — Die Familie von F. Müller-Lyer, 5 M., geb. 6 M. J. F. Lehmann, München.

Typographia.

Unseren Mitgliedern sowie allen Interessenten zur Nachricht, daß ein **Sonderzug nach Hamburg** zur **Hinfahrt** bewilligt worden ist. — Abfahrt Pfingstsonnabend **nachm. 5 Uhr** vom Lehrter Bahnhof. — Fahrpreis 5.80 M. **Rückfahrt nach Belieben.** Die Teilnehmer zu diesem Zuge müssen sich bis zum Donnerstag (Himmelfahrt), vormittags während der Übungsstunde im **Klubhaus**, Ohmstr. 2, bindend erklärt haben. (Siehe „Korrespondent“.) Gäste willkommen.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Tätowierung
entfernt Dr. Schönemann
Spezialarzt für Hautkrankheiten
Berlin, Oranienstr. 139.

Restoration
sorgt für, eventuell mit Verwahrung,
Charlottenburger Ufer 64, an der Moritzstraße. 82/9

Wohin gehen wir Himmelfahrt?
Zum Restaurant
„**Hungriger Wolf**“ Strausberg II
Lanzhal — Regelmäßig — Kaffeeküche.
Für gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt. 15896*
Es ladet ergehen ein
Paul Carow.

Gartenhaus
Bernhard Schwartz
Wahl 15 (breit) u. Garbinnen u. Kuppel

Für Sommerwohnungen

Ausnahme-Preise!

Schlafdecken

Halbwolle mit blauer Bordüre 130/180 cm **3 25** M.
Halbwolle, grau-mellert, mit griechisch. Bord. 140/190 cm **3 75** M.
Halbwolle mit Jacquard-Bordüre 140/190 cm **5 25** M.
Kamelhaarddecke m. Streifen-Bordüre 140/190 cm **8 50** M.

Daunen-Steppdecken

von türkisch gemustertem, daunendichtem Perkal, mit federfreien Daunen, Schnittgröße 140/200 cm **17 50** M.
von Seldenglanz-Satin mit federfreien Daunen, in sämtlichen gangbaren Farben, Schnittgröße 160/210 cm **26 00** M.
von 1a halbwollenen Zanella, mit federfreien Daunen, in diversen Farben, Schnittgröße 160/210 cm **37 00** M.

Daunen-Oberbetten

von echt rotem Inlett, gefüllt m. **Monopoldaunen** 130/200 cm **17 00** M.
Daunen-Plumeaux
Von echt rotem Inlett, gefüllt m. **Monopoldaunen** 110/130 cm **11 00** M.
Kopfkissen
von echt rotem Inlett, mit **Monopoldaunen** u. Halbdauen, 82/82 cm **6 50** M.

Metall-Bettstellen

braun, lackiert 190x80 cm **5 00** M.
bronziert, mit Doppel-Spiralboden 190x80 cm **6 50** M.
braun, mit Zugfedermatratze **10 50** M.
Bogen-Bettstelle
schwarz od. weiß lackiert mit Zugfedermatratze. 90x190 cm **17 00** M.
Chaiselongue-Bettstelle
gut gepolstert, mit 15 Sprungfedern **14 00** M.
Chaiselongue
m. gedreht u. poliert. Holzfüßen. 22 Sprungfedern. Moltonbezug, gut gepolst. **24 00** M.



Nr. 1001.

Metall-Bettstelle
mit Zugfeder-Matratze, schwarz, 190x80 cm
14 M.
weisslackiert 50 Pf. mehr.

Gustav Lustig
Berlin S
Prinzenstr. 46-47



Nr. 1010.

Metallbettstelle
mit Zugfedermatratze
schwarz 80x190 cm
26 mm Pfost.
16 50 M.
weisslackiert 50 Pf. mehr.

Diese Ausnahmepreise nur gegen Vorzeigung des Inserats

Ja das haben die Mädchen so gerne!



Sämtliche Artikel
in großer Auswahl zu billigen Preisen
im Warenhaus

achmann Scholz

Turmstr. 76, Ottostr. 1.

Die Rücksicht

GUMMI-ABSATZE



auf sich u. seine Umgebung sollte jeden
veranlassen, Continental Gummi-
Absätze zu tragen. Angenschmweizer
elastischer Gang. Erschütterungen
vermindert. Jeder trägt deshalb

**Continental
Gummi-Absätze**
Enorm haltbar

Schweimer Gummiwaren-Industrie G.m.b.H., Schweim i.W.

Zähne 1,50 N. 10 Jahre Garantie.
Zahnarzt Wolf, Potsdamer Straße 55 (Bahnhofstation).

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kan-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche bekannten Marken Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Kostenlos ein Bad

gebührt gef. geladetes
Hausbad, erpicht
für ein Damen-
bad erforderlich
Delmaterialien und großen Wassermengen. In 3 Minuten für
Warm- oder Kaltbad fast kostenlos bereit. Preis des Hausbades nur
wenige Mark. Zu befehligen in den Warenhäusern von H. Wertheim;
Germ. Tief; H. Jandorf.

Hausbad G. m. b. H., Berlin SW. 68.



Urbin

Bester Schuh-Putz

Blitzblanke Stiefel sonstgleichem
Sind mit Urbin nur zu erreichen.
In Dosen zu 10, 20 u. 25 Pf. überall erhältlich.
Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg.

3. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1913 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

233 339 51 443 741 997 1042 [1000] 66 99 192 883
804 13 722 821 27 84 901 2087 143 306 442 654 66
80 70 725 71 904 97 3097 143 245 337 623 82 652 64
726 4056 69 [1000] 149 74 259 78 304 90 434 609 [500]
612 82 766 810 73 98 5018 49 111 32 246 847 [500]
55 849 900 93 6008 84 439 645 85 320 974 83 84
7031 84 [1000] 96 234 [500] 840 63 708 52 615 8294
814 79 414 85 503 14 90 99 822 670 9010 146 201 95
79 410 84 603 76 705 008 25
10112 96 96 893 682 643 783 876 976 11140 67 80
02 361 420 871 921 33 12158 84 406 540 006 9 [5000]
17 69 899 13241 365 [3000] 790 880 908 14063 263
743 40 909 29 81 15114 346 80 300 80 713 89 876 95
18010 144 95 335 397 445 721 [1000] 93 804 995
17069 132 34 82 846 27076 101 253 301 606 733 925
25051 199 332 48 49 [500] 67 443 628 669 853 63
610 37 29042 155 258 660 807 89 921
30242 97 320 614 609 709 21 50 92 96 802 6 988
07 13031 180 67 262 [1000] 605 748 896 32038 830
66 406 41 [500] 83 738 43 45 85 95 866 33010 [500]
117 99 259 367 877 931 34345 69 95 424 76 [500]
644 48 896 82 [500] 723 903 35244 92 458 [1000] 544
631 [5000] 55 36 36048 [500] 128 283 681 786 91 937
37022 102 [3000] 303 406 13 21 62 [3000] 77 673 [500]
639 707 10 811 12 [3000] 627 30003 178 294 96 479
611 82 634 80 [500] 848 966 38532 600 14
40033 83 108 71 237 38 350 [500] 472 610 49 89
88 658 779 854 85 984 41099 138 346 73 533 647 80
[500] 610 42121 212 17 80 336 [500] 82 465 798 [1000]
880 918 [500] 43231 38 483 676 758 800 62 [500] 903
54 93 44147 84 [500] 242 74 803 3 620 605 826 89 89
[1000] 932 82 45010 38 534 [500] 41 614 73 710 25
[500] 99 618 917 46188 228 378 [500] 493 614 82
706 83 47038 67 148 [500] 79 394 [1000] 533 49 92
676 877 902 74 48152 636 [500] 43 92 [1000] 645 96
850 73 49007 82 317 933 [500]
50090 62 [500] 198 327 424 871 865 87 [3000]
51073 162 261 324 410 40 705 87 70 619 52247 381
662 [1000] 876 93 947 81 53020 312 408 556 63 87
619 712 995 84191 89 498 97 644 89 733 634 84
55048 76 100 [500] 21 91 337 42 496 503 [5000] 84
710 817 80 938 85 56239 61 613 41 89 57114 56 431
851 956 58050 185 231 341 421 555 639 71 96
968 59060 195 266 422 720
60184 207 26 78 369 455 603 96 895 61127 87
204 90 518 496 847 [500] 645 95 739 62205 7 79 [3000]
654 65 918 612 707 860 911 93036 70 270 88 311
71 86 626 761 84002 139 328 58 424 878 830 49 902
78 65029 344 523 67 692 828 930 59 66031 101 99
862 84 88 424 87 690 737 78 850 67319 37 537 72 626
82 818 924 80 68988 157 81 280 393 633 807 969 [1000]
69183 895 448 674 687 780
70171 464 728 31 71093 109 816 413 44 82 [1000]
830 711 41 906 72047 213 345 87 834 680 56 73030
184 [500] 898 [1000] 986 72 76 97 74006 118 [1000]
29 74 209 12 [1000] 14 39 52 414 93 849 75119 81
245 46 379 586 918 708 921 86 78033 51 [3000] 99
371 [1000] 225 74 94 390 484 99 543 65 696 711 88
[500] 893 77600 788 78023 68 121 278 76 880 697
[1000] 733 972 952 82 79081 67 107 [1000] 48 88
292 [500] 629 64 638 77 778 643
89307 9 [1000] 81 430 643 630 718 81 811 634
81286 413 833 81 74 808 81 823 86 95 957 69 82008
[500] 14 48 245 886 428 [500] 68 96 638 86 627 738
83126 456 [500] 851 94 804 23 96 811 84034 45 180
209 77 87 707 898 947 80 85123 93 206 87 85 308
76 84 724 913 40 [500] 86024 103 260 87 773 911
87076 105 383 418 [500] 636 47 [3000] 79 837 60 987
99 88017 44 316 27 458 699 604 89000 [500] 37 83
117 400 21 [500] 690
90101 [3000] 228 40 669 628 36 41 40 735 890
959 91129 73 330 416 40 68 880 [3000] 33 628 66
[3000] 747 [500] 69 810 33 988 82086 [500] 164 440
903 6 [1000] 48 789 93218 [3000] 419 539 49 609 [1000]

3. Ziehung 5. Kl. 226. Kgl. Preuss. Lotterie.

Ziehung vom 11. Mai 1913 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.

(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

5 57 88 [500] 64 191 325 417 54 [3000] 68 882
772 819 1012 98 109 290 432 818 66 86 971 2094 182
215 64 396 748 863 97 900 3008 79 105 201 52 86 803
430 624 90 696 753 [1000] 988 4008 231 547 609
[5000] 867 863 78 5043 378 63 831 67 6090 97 151
310 434 43 61 822 85 879 707 895 82 920 7028 69 194
245 339 51 466 547 767 814 8060 135 71 247 394 447
609 93 612 14 744 68 807 617 8020 79 189 318 20 837
10041 60 [500] 381 651 732 11040 51 170 98 224
318 98 499 740 48 [500] 880 12027 106 446 61 64
[3000] 690 730 47 [500] 91 861 91 89 13019 849 602
6 80 700 015 14130 318 67 [40000] 616 83 638 66
762 903 18 75 15062 140 228 519 475 623 697 708 89
[500] 96 98 16162 304 308 440 562 647 700 30 28
[1000] 48 52 809 78 998 17196 [500] 417 58 522 25
604 64 824 963 18200 88 134 81 497 629 [1000]
44 78 896 93 19040 180 258 352 431 663 765 911 [500]
20064 76 90 186 214 208 12 619 [500] 76 622 34
733 21041 186 482 94 541 89 840 22133 254 357 501
36 670 75 835 23058 173 89 377 400 34 600 704 87 842
950 24025 [1000] 122 421 621 824 [3000] 78 25094
[3000] 142 373 473 629 [1000] 824 928 26007 182
214 327 590 65 87 734 98 803 969 27088 145 98
206 90 606 839 46 58 28066 217 37 817 91 866 712
872 29063 314 514 635 [500] 49 87 757 968 928 89
30009 169 966 225 31119 31 67 240 60 [1000] 98
455 70 632 96 32107 72 512 41 51 421 881 76 601
88 997 33003 62 243 [1000] 329 59 545 [500] 49 90
927 28 89 715 899 980 [1000] 46 34120 30 202 94
[500] 304 454 604 89 710 87 827 35498 637 628 45
737 868 970 36177 99 208 433 87 801 602 767 807
[500] 52 37116 [500] 809 467 617 [1000] 843 87 68
958 38078 151 94 878 658 912 37 39100 96 241 847
71 [500] 486 628 613 710 [500] 954
40222 389 [1000] 92 441 529 85 745 58 [3000]
41169 71 [3000] 368 698 742 817 42031 150 [1000]
333 58 412 74 861 709 868 [500] 91 934 40 86 43000
233 [1000] 480 720 [1000] 898 44078 124 291 [3000]
323 58 473 684 67 45096 156 [500] 421 66 785 [500]
97 821 901 97 46300 151 80 370 782 860 47005 73
596 78 743 68 48027 81 234 78 77 987 90 666 604 82
60 808 982 48021 87 335 70 428 [500] 34 603 745 94
50058 89 42 87 86 213 63 368 473 615 30 845
51000 141 46 67 [3000] 99 201 390 770 52082 109
[1000] 281 992 390 [1000] 883 53104 216 89 354 445
508 13 659 74 800 554071 158 211 31 33 840 83 618
42 830 70 84 808 55021 28 33 210 322 71 [3000] 401
[500] 689 [3000] 761 [500] 95 932 56364 581 694
92 805 960 57012 55 406 93 [500] 822 39 41 967 58280
93 613 757 64 682 59000 72 124 39 62 330 89 342
451 87 85 662 893
60030 846 401 883 846 796 61048 63 122 64
403 816 33 880 941 62047 179 242 61 690 853 953
63048 63 88 99 262 327 626 772 847 64366 837 58
60 484 85000 7 [1000] 145 203 473 529 [500] 31 49
[500] 772 83 818 66000 7 6 85 158 77 93 [500] 372
709 815 974 67079 105 236 [3000] 393 491 646 762
[500] 68372 490 530 70 [500] 791 [600] 986 89031
121 211 40 64 [500] 87 93 309 12 626 62 838
70102 94 318 322 41 88 402 833 680 856 [500]
63 658 71044 84 174 215 17 568 78 803 918 85 72133
46 243 359 42 88 95 390 72 797 880 908 10 80 73099
[1000] 277 518 685 785 917 74041 130 261 78 324
63 609 86 797 909 75094 140 736 851 87 934 82 97
76043 245 [1000] 378 673 671 97 877 [500] 46 819 41
[1000] 48 608 77864 464 678 789 78004 192 98 408
824 78 644 78029 90 88 109 20 208 75 [500] 407 898
724 823 [3000] 98
80035 73 76 [3000] 236 335 [3000] 402 [3000]
25 69 622 86 653 91 776 95 883 917 29 [6000] 81021
58 102 65 510 62 86 98 699 612 63 [500] 82108 276
381 628 776 859 919 [3000] 33 833049 331 41 469
73 610 16 84076 123 503 648 65 714 838 65 983 92
85027 [500] 190 231 80 93 370 498 545 95 99
779 86011 189 343 722 672 977 87000 4 36 91 159

Briefkasten der Redaktion

Die juristische Sprechstunde findet...

Wenn Sie Vermögen oder entsprechenden Verdienst haben...

Marktwert von Berlin am 11. Mai 1912...

Bequeme Hauskur ohne Diät

Garantiert unschädlich

Apotheker Kumbiers

Berliner Stahlbrunnen

seit 27 Jahren von bewährter Heilkraft bei Blutarmut, Bleichsucht, Nervenleiden...

Direkt: 30 Fl. M. 10 prän. 60 Fl. M. 17 prän. 120 Fl. M. 30 prän.

Berliner Stahlbrunnen (Apotheker Kumbiers Erben) G. m. b. H., Berlin NW, Marienstrasse 30.

Fabrik gegründet 1885. Fernsprech-Anschlüsse: Amt Norden 5031 und 4832.

Neue Erfolge.

Seit 10 Jahren trinke ich den Berliner Stahlbrunnen...

34 tolle monatlich Erbrechen, keinen Appetit, furchtbare Schmerzen in der Magengegend...

Ihr Stahlbrunnen hat sich bei meinem langjährigen Gelenk- rheumatismus...

Ihr Stahlbrunnen hat mir sehr gute Dienste geleistet, Luftröhren- katarrh und Asthma...

Ihr „Berliner Stahlbrunnen“, von dem ich bisher 90 Flaschen gebraucht...

Ich kann Ihnen mitteilen, daß ich mein Asthma und Bronchitis...

Tolle Ihnen mit, dass ich mit Ihrem Stahlbrunnen sehr zufrieden...

Ihr Stahlbrunnen hat mir bei meinem Gallensteinleiden vorzügliche...

Analyse: Natriumchlorid 1.502, Natriumsulfat 20.920, Kaliumsulfat 0.172...

Gesetzlich geschützt

Aerztlich empfohlen

Theater und Vergnügungen

Dienstag, 14. Mai 1912. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus...

Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Große Hofjungen. Theater in der Königgrätzer Straße...

Neue Welt. Amerikanischer Vergnügungspark. Konzert des Neue-Welt-Orchesters...

Residenz-Lichtspiele. Blumenstr. 10. Freitag, den 17. Mai 1912: Große Eröffnungs-Vorstellung...

Apollo Theater. Abends 8 Uhr: Ein sensationeller Erfolg Will Bishop...

Folies Caprice. Täglich 8 1/2 Uhr: Die Saison-Schlager Der Polizelhund...

ROSE-THEATER. Große Frankfurter Str. 132. Abends 8 Uhr: 5 x 100 000 Teufel...

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger zum Schluß: Eine Hochzeit in der Müllerstraße...

Luna Park. Eintritt 50 Pf. Saison-Karten alle Tage gültig Mark 5,-...

Admiralspalast. am Bahnhof Friedrichstraße, Z. Z. einziger Eispalast Deutschlands...

Königstadt-Kasino. Ude Palaisstr. u. Alexanderstraße. Täglich nachmittags von 1/2 8 Uhr...

Union-Theater. 7 lustige Abende. Ein Lachen von Film zu Film. Max beim Diner, Die streitenden Mieter...

ZOOLOGISCHER GARTEN. Täglich ab 4 Uhr: Gr. Militär-Konzert. Eintritt 1 M., v. abds. 6 U. ab 50 Pf. Kinder...

Neukölln, Mainzer Str. 1 Minute vom Hermannplatz: Der große skandinavische Zirkus Fischer-Reiffarth...

Trianon-Theater. Anfang 8 Uhr. Der Ehemann am Fenster. Darauf: Ein angebrochener Abend...

Ki-Kok. früher Neues Kgl. Operntheater. Kinemakolor-Lichtspiele in wirklichen Natur-Farben...

Boigt-Theater. Geländeburgen. Badstraße 58. Morgen Mittwoch, den 15. Mai: Abfahrvorstellung I. die Mittwoch-Abonnenten...

Passage-Panoptikum. Das vereinte Riesenpaar. Brühlbild und Dusorc Deutschland u. Frankreich lebend zu sehen...

Casino-Theater. Reiflinger Str. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 29. Mai das glänzende neue Programm...

Schiller-Theater O. Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Große Lea...

Passage-Theater. Claire Waldoff Litke Carlsson Alt-Bonner Studenten und das große Mai-Programm!

